

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement: Preis 1.10 Mark monatlich...
Wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus...
Einzeln Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf.

Erfolgt täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche...

Leitung: Adress: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 11. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Pfui!

Der 10. Februar, der Tag des Beginns der Wahlrechtsdebatten im Landtage, wird ein denkwürdiger Tag in der preussischen Geschichte sein.

Skaun hatte der Vizepräsident Dr. Porzsch Herr v. Bethmann Hollweg das Wort erteilt, da erhoben sich die Sozialdemokraten wie ein Mann, um dem Leiter der preussischen Politik ein Pfui ins Gesicht zu schleudern...

Eine elende Sache ist es wahrlich, die der preussische Ministerpräsident zu vertreten hat und in elender Weise hat er sich seines Liebesdienstes für die Junker entledigt.

Denn die aufreizende Wirkung, die von dem Schandgesetz ausgeht, wird noch außerordentlich verstärkt durch die hinterhältige Art, mit der sein Verteidiger heute wieder zu Werke ging.

Herr v. Bethmann will die Unmoral der Aufrechterhaltung der öffentlichen Wahl rechtfertigen. Er stellt sich also hin und erzählt: Unser ganzes Leben lebt sich aus Abhängigkeiten zusammen.

Und ist es etwas anderes als herausfordernder Zynismus, wenn der Mann in demselben Augenblick, wo er die Entrechtung des preussischen Volkes noch verhärtet, sich hinstellt und feierlich beteuert, er vertrete keine Parteiregierung?

Ist es etwas anderes als Zynismus, wenn der preussische Ministerpräsident sich auf den Ausbau der Selbstverwaltung beruft, auf die Tendenz, einen immer größeren Kreis von Aufgaben den Kommunalverbänden zuzuweisen?

Und ist es nicht vollends der Gipfel des Zynismus, wenn der Mann in dem Moment, wo er eine Vorlage verteidigt, die die Schmach des Rechtsraubes an dem preussischen Volk verewigen will, von der minutiösen Weise zu sprechen wagt, in der sich Preußen zum Rechtsstaat auszubilden versucht?

Wenn es aber kein Zynismus wäre, so bliebe nur die Erklärung, daß da ein völlig weltfremder Bureau-

krat gesprochen hat, der von dem stürmischen Drängen der Massen nach Freiheit, nach Anteilnahme an den Gütern der Kultur keine Ahnung hat.

Herr v. Bethmann hat von England gesprochen und hat erzählt, daß die hundertjährige Kultur und Erziehung den Engländer hindere, politische Gegenstände auf das persönliche Gebiet zu übertragen.

Sonderbare Patrioten! Wir wissen uns frei von nationaler Selbstüberhebung, aber wir glauben sagen zu dürfen, daß die deutsche und preussische Arbeiterklasse an politischer Schulung und Reife sicher hinter keiner anderen zurückbleibt.

Ganz aber läßt sich die Wahrheit selbst in der Rede des preussischen Ministerpräsidenten nicht unterdrücken. Wir befinden uns, so gestand Herr v. Bethmann, „kulturell in einer Periode der Stagnation.“

Ueber den Verlauf der Sitzung wird uns noch geschrieben: Eine volle Stunde langweilte Herr v. Bethmann Hollweg das Haus. Er sprach über alles mögliche, was mit der Wahlreform nur in sehr losem oder auch in gar keinem Zusammenhange steht.

Der ganze erste Teil der Bethmannschen Rede war der Kritik gewidmet, zunächst der Kritik der Presse und dann der Kritik der Parteien. Auf die Presse ist er gar nicht gut zu sprechen, sie hat ihm den Vorwurf gemacht, daß die Regierung gar nicht die Absicht habe, das Dreiklassenwahlrecht zu ändern.

an die Wand und führte den Freisinnigen vor Augen, daß die Stärkung der Konservativen in ihrem eigenen Interesse liege, denn wenn die Macht der Konservativen gebrochen würde, dann würden nicht die Freisinnigen, sondern die Sozialdemokraten die lachenden Erben sein.

Nach einem schwachen Versuch, auch noch den Nationalliberalen gut zuzureden, wandte sich Herr v. Bethmann endlich seinem Thema zu. Er verherrlichte das Dreiklassenwahlrecht, das vor ihm wirkliche Staatsmänner längst in Grund und Boden kritisiert haben auf Kosten des Reichstagswahlrechts.

Die Erörterung der technischen Einzelheiten der Vorlage überließ die Regierung dem Polizeiminister v. Rolke, der sich denn auch so gut oder so schlecht es ihm möglich war, seiner Aufgabe unterzog.

Rebendig wurde es erst, als der konservative Freiherr v. Richthofen zu einer verspäteten Hofnachtspredigt das Wort ergriff. Nach den üblichen Angriffen auf die Sozialdemokratie, deren Demonstration Herr v. Richthofen nicht gefallen hat, leistete er sich eine förmliche Verhimmelung seiner Partei.

Umgekehrt ist für den Freisinn, wie ihr Senior Träger erklärte, jede Reform, die nicht die geheime Stimmabgabe bringt, unannehmbar. Am liebsten hätten die Freisinnigen die Vorlage, die sie als eine Verschlechterung des Dreiklassenwahlrechts bezeichnen und an der ihr Redner kein gutes Haar lieh, ohne Kommissionsberatung abgelehnt, aber sie fügten sich der Ueberweisung an eine Kommission, da sie nicht die Möglichkeit haben, das zu verhindern.

Schließlich scharf kritisierte der Nationalliberale Schiffer den Entwurf. Zwar wollen die Nationalliberalen auf keinen Fall die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, aber sie bezeichnen doch wenigstens die Beseitigung der plutokratischen Starrheit, die Einführung der geheimen Stimmabgabe und die Neueinteilung der Wahlkreise als ihre Mindestforderungen.

Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt. Daß die Vorlage nicht rundweg abgelehnt wird, ist sicher; sie wird einer Kommission überwiesen, in der man an ihr herumzudoktoren suchen wird. Soffentlich wird sie bald zu Tode kuriert sein.

# Wahlrechtskampf.

## Die preussische Wahlkreiseinteilung.

Wie notwendig eine Neuerteilung der preussischen Wahlkreise ist, lehrt eine Aufstellung der „Freisinnigen Zeitung“, in der berechnet wird, wie viele Abgeordnete die einzelnen preussischen Provinzen nach ihrer Bevölkerungsziffer eigentlich wählen müßten und wie viele sie tatsächlich wählen können, da noch immer die Wahlkreiseinteilung auf der Volkszählung des Jahres 1858 beruht. Legt man die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 zugrunde, so ergibt sich — auf rund 84 000 Einwohner ein Abgeordneter gerechnet — folgende Verteilung der Mandate auf die einzelnen Landesgebiete Preußens:

1. Ostpreußen . . . . .	24 Abg., bisher 33 Abg., somit — 8 Abg.
2. Westpreußen . . . . .	19 „ „ 23 „ — 4 „
3. Pommern . . . . .	20 „ „ 26 „ — 6 „
4. Posen . . . . .	24 „ „ 29 „ — 5 „
5. Schlesien . . . . .	50 „ „ 66 „ — 16 „
6. Brandenburg . . . . .	42 „ „ 48 „ — 6 „
7. Berlin . . . . .	24 „ „ 12 „ + 12 „
8. Sachsen . . . . .	35 „ „ 38 „ — 3 „
9. Schleswig-Holstein . . . . .	18 „ „ 19 „ — 1 „
10. Hannover . . . . .	33 „ „ 36 „ — 3 „
11. Westfalen . . . . .	43 „ „ 34 „ + 9 „
12. Hessen-Nassau . . . . .	25 „ „ 28 „ — 3 „
13. Rheinland . . . . .	78 „ „ 68 „ + 10 „
14. Hohenzollern . . . . .	1 „ „ 2 „ — 1 „

Noch größer erscheinen die Unterschiede, wenn man die Steuerleistungen der verschiedenen preussischen Landesteile in den Kreis der wahlstatistischen Betrachtungen zieht. Das erscheint aber sehr angebracht. Denn will man — wie es die Junker predigen — den relativen Wert der einzelnen Provinzen für die Wahlkreiseinteilung maßgebend sein lassen, so muß man sich vor allem an die steuerlichen Leistungen halten. Das entspricht ja auch den Prinzipien des Dreiklassenwahlrechts selbst in der Fassung der neuen Regierungsvorlage, die doch nur einige plutokratische Auswüchse beseitigt und Alter, Bildung und amtliche Tätigkeit nur sekundär zu der Abteilungsabgrenzung heranzieht. An der Steuerkraft gemessen, müßten demnach entfallen auf

1. Ostpreußen . . . . .	10 Abg., bisher 33 Abg., somit — 23 Abg.
2. Westpreußen . . . . .	8 „ „ 23 „ — 15 „
3. Pommern . . . . .	12 „ „ 26 „ — 14 „
4. Posen . . . . .	10 „ „ 29 „ — 19 „
5. Schlesien . . . . .	40 „ „ 66 „ — 26 „
6. Brandenburg . . . . .	38 „ „ 48 „ — 10 „
7. Berlin . . . . .	63 „ „ 12 „ + 51 „
8. Sachsen . . . . .	35 „ „ 38 „ — 3 „
9. Schleswig-Holstein . . . . .	18 „ „ 19 „ — 1 „
10. Hannover . . . . .	27 „ „ 36 „ — 9 „
11. Westfalen . . . . .	35 „ „ 34 „ + 1 „
12. Hessen-Nassau . . . . .	41 „ „ 28 „ + 13 „
13. Rheinland . . . . .	57 „ „ 68 „ — 11 „
14. Hohenzollern . . . . .	1 „ „ 2 „ — 1 „

Deutlicher läßt sich kaum zeigen, in welchem enormen Maße das Junkertum durch die über 50 Jahre alte Wahlkreiseinteilung begünstigt wird.

## Zwei nationalliberale Stimmen.

Der nationalliberale Verein in Charlottenburg hat folgende Resolution beschlossen:

„Die Vorlage ist für den gemäßigten Liberalismus ohne nachträgliche Einfügung der geheimen Wahlunannehmbar. Mit der geheimen Wahl würde für die Regierung auch jedes Interesse an der durch nichts gerechtfertigten politischen Bevorzugung des Beamtentums wegfallen, die eine schwere Kränkung und Schädigung des selbständigen, erwerbstätigen Mittelstandes darstellt.“

Das ist eine Stimme aus dem nationalliberalen Lager. Eine andere gewichtiger aber wird in der „Alln. Ztg.“ laut. In einer anscheinend offiziellen Notiz macht das nationalliberale Organ folgendermaßen für ein Abfinden mit der öffentlichen Wahl Stimmung:

„Wir glauben nicht, daß die von der Vorlage geplante Art des Aufstiegs in höhere Klassen, wenn der Entwurf überhaupt Gesetz werden sollte, sich in der Weise vollziehen wird, wie der Entwurf es will. Nach dieser Richtung handelt es sich lediglich um Regierungsvorschläge, die selbstverständlich der Veränderung durch den Landtag unterworfen sind. Wir glauben nicht, daß die Regierung sich überhaupt auf solche Einzelpunkte festzulegen beabsichtigt. Eine Festlegung der Regierung ist nur erfolgt für das Dreiklassenwahlrecht, und ebenso ist vorauszusehen, daß die Regierung die öffentliche Wahl unbedingt festhalten wird. Was die anderen Punkte anbelangt, so ist vorauszusehen, daß, wenn sich überhaupt eine Mehrheit für die Verabschiedung des Gesetzes bildet, die Regierung über Veränderungen und Verbesserungen gern mit sich reden lassen wird.“

## Das „wahlrechtsfreundliche“ Zentrum.

Aus Essen wird gemeldet:

Die „Essener Volkszeitung“, das Zentrumsorgan Essens, lehnt die Aufnahme eines Inserats für eine am Donnerstagabend von den Essener Demokraten einberufene Wahlsitzung ab, an der sich auch die Sozialdemokraten beteiligen.

Das tut ein Blatt, bei dem sonst Geld nicht fehlt, ein Blatt, in dessen Verhandlung man den „Kaviar-Kalender“ und ähnliche schöne Erzeugnisse kaufen konnte und das auch gelegentlich Streikbrecherinserate nicht verschmähte.

## Der Polizeipräsident gegen Aufklärung der Jugend.

Heute soll in Dichtenberg, Pfarrstr. 74, beäunlich eine Versammlung stattfinden, in der Genosse Tarnow einen Unterrichtskursus für Geschichte für die Jugend beginnen soll. Vorgesien erhält der Referent folgende Verfügung des Polizeipräsidenten:

„Wie ich in Erfahrung gebracht habe, beabsichtigen Sie am 11. Februar 1910 in Dichtenberg „für die Jugend“ einen Unterrichtskursus für Geschichte zu beginnen. Ich fordere Sie auf, mir vor Beginn des Unterrichts den gemäß § 15 der Ministerialinstruktion vom 31. Dezember 1899 zur Ausführung der Kabinettsorder vom 10. Juni 1894 erforderlichen Erlaubnischein zum Unterrichten jugendlicher Personen vorzulegen, widrigenfalls ich den Unterricht verbieten würde.“

Der Hinweis des Polizeipräsidenten auf die vom Kultusminister Holle ausgegebenen Bestimmungen von 1894 und 1899 ist durchaus verfehlt. Sein Hinweis auf ein eventuelles Verbot der Versammlung ist unberechtigt. Die Bestimmungen beziehen sich, wie auch das Oberverwaltungsgericht anerkannt hat, lediglich auf die schulpflichtige Jugend. Nicht für diese, sondern für die aus der Schule entlassene Jugend ist der Geschichtskursus angesetzt. Die Versammlung findet heute statt. Ein Recht, sie zu verbieten, geben die Gesetze dem Polizeipräsidenten keineswegs.

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Februar 1910.

## Fortsetzung der Militärdebatte.

Aus dem Reichstag. 10. Februar. Die zweite Serie Militärfragen, die erst durch die Budgetkommission gefiebt werden, kam heute im Reichstag zur Verhandlung. Wie es bei der Spezialberatung in den zweiten Lesungen zu geschehen pflegt, verzettelte sich die Debatte. Zwischen dem Kriegsminister und dem freisinnigen Abgeordneten Müller-Meinungen kam es abermals zu einer Auseinandersetzung über die Bevorzugung des Adels im Offizierskorps, da der Kriegsminister den ehrenreichen Ausdruck getan hatte: Erst durch die Kritik im Reichstag sei die Verwaltung dazu gekommen, der Sache nachzuforschen, denn früher hätte kein Mensch in der Armee von einer Bevorzugung des Adels etwas gemerkt. Herr Müller-Meinungen konnte sich demgegenüber auf das Eingeständnis des früheren Kriegsministers v. Einem sowie auf die Statistik berufen, aus der sich ergibt, daß bei der Infanterie unter den Leutnants nur 29 Proz. Adlige sind, daß sich dieser Prozentsatz in den höheren Chargen aber stetig steigert bis zu 95 Proz. in den höchsten Kommandoposten. Der Kriegsminister bestritt deshalb doch rundweg jede absichtliche Bevorzugung des Adels.

Genosse Zubeil brachte die Lage der Zivilmusik zur Sprache, denen durch die Militärmusiker eine unlaute Konkurrenz bereitet wird. Trotz mehrjähriger Klagen und einer im vorigen Jahre gefassten Resolution des Reichstages ist diese Konkurrenz nicht abgestellt. Die neueste Verfügung des Ministeriums beläßt es im wesentlichen bei den alten Zuständen. Zubeils Beschwerde wurde unterstützt von dem Freisinnigen Koppich und von dem Nationalliberalen Görde. Dieser konnte es sich dabei indes nicht verkneifen, nach dem Vorbilde seines Kollegen Krause im Abgeordnetenhaus, sich über die „Länge“ von Zubeils Ausführungen aufzuhalten. — Der Oberst Wendel vom Kriegsministerium behauptete, daß die Militärmusik-Konzerte eingeschränkt seien, insbesondere seien die Konzerte in den Berliner Nachtcafés verboten. Zubeil erwiderte, der Herr Oberst befände sich im Irrtum; wenn er mit ihm eine Rundreise durch die Berliner Nachtcafés antreten wolle, so werde er ihm zeigen, daß dort tatsächlich doch noch von Militärmusikern konzertiert werde. Der Oberst schien aber die Rolle eines musikkundigen Horun-al-Hafsid nicht mit seiner preussischen Offizierswürde für verträglich zu halten. Herr Erzberger fühlte sich gedrungen, die Rolle des freiwilligen Regierungskommissars zu spielen, woraus sich ein Duell mit Herrn Koppich vom Freisinn entspann. Beide Herren warfen sich gegenseitig vor, daß sie je nach der Stellung ihrer Partei innerhalb eines Regierungsblochs gegen oder für die Regierung in der nämlichen Frage auftraten. Beide hatten recht.

Morgen geht die Debatte weiter.

## Arbeitskammergesetz und Hausarbeitsgesetz.

In der Donnerstag-Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf eines Arbeitskammergesetzes und dem Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes die Zustimmung erteilt.

## Verkehr mit Kraftfahrzeugen.

Vom Bundesrat sind jetzt die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 8. Mai v. J. erlassen. Am wichtigsten sind die Bestimmungen über die Führung der Automobile. Die Erteilung der Erlaubnis zum Fahren eines solchen Fahrzeuges wird abhängig gemacht von dem Zeugnis eines beamteten Arztes darüber, daß der Antragsteller keine körperlichen Mängel hat, besonders hinsichtlich des Geh- und Hörvermögens, die seine Fähigkeit zur sicheren Führung beeinträchtigen. Die Ortspolizeibehörde hat ferner zu prüfen, ob etwa Tatsachen vorliegen — wie schwere Eigentumsvergehen, Regelung zum Trunk oder zu Ausstellungen, besonders zu Robbeivergehen — die ihn als ungeeignet zum Fahren eines Kraftfahrzeuges erscheinen lassen. Wenn Polizeipräsident in Berlin wird hierzu für das ganze Reich eine Sammelstelle für Nachrichten über Führer von Kraftfahrzeugen eingerichtet. Die Prüfung für den Nachweis der Befähigung zum Fahren von Fahrzeugen ist eine theoretische über Material und Kenntnis der geltenden Vorschriften und eine praktische, bei der eine Probefahrt auf freier Straße und eine mindestens einstündige Dauereinfahrt vorgeschrieben ist.

Ueber das Mitführen von Anhängerwagen sind ebenfalls genaue Vorschriften erlassen, bei deren Erfüllung auch die Benutzung mehrerer Anhängerwagen auf Grund polizeilicher Erlaubnis zugelassen ist. Kraftfahrzeuge, welche den Anforderungen der Bundesratsverordnung nicht genügen, können jederzeit vom Verkehr öffentlicher Wege ausgeschlossen werden; ebenso kann Führer die erteilte Fahrerlaubnis wieder entzogen werden, wenn festgestellt ist, daß die hierfür geltenden Voraussetzungen nicht mehr vorhanden sind.

## Landrätlche Vielseitigkeit.

In der bürgerlichen Presse wird eine Statistik aufgemacht über die Nebenämter, die von den preussischen Landräten bekleidet werden. In solchen Nebenämtern sind die Landräte wie folgt tätig:

4 als kommissarische Polizeidirektoren, 1 als Schiffahrtsdirektor, 3 als Hafenpolizeidirektoren bzw. als Vorsitzender und als Mitglied eines Hafenamts, 4 als Strandhauptmänner, 4 als Vorsitzender der Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen und Gewerbesteuerämter in Stadtkreisen, 4 als Verwalter von Domänenämtern, 8 als Kommissare bei israelitischen Vorsteherämtern, 1 als Stellvertreter des Generaldirektors einer Landesfeuerpolizei, 225 als Kreisfeuerpolizeidirektoren, 24 im Vorstande von Retorations- und Deichgenossenschaften, 1 als Administrator einer Wusterleiche, 9 als Kurator bzw. Verwalter von Stiftungen und Wohltätigkeitsanstalten, 8 als Deichhauptmänner, 1 als Kassendirektor des Domstrukturfonds zu Verden, 1 als Kurator einer Stiftskasse, 1 als Direktor einer Sparkasse, 1 als Kommissar einer Landesirrenanstalt, 1 für Revisionsgeschäfte bei dem Salzwerke Steeten.

Nicht nur, daß damit der Einfluß der Landräte erweitert wird, tragen ihnen diese Nebenämter teilweise auch noch hohe Bezüge ein. Weiter ergibt sich aus dieser Statistik, daß die Landräte keineswegs genügend Arbeit haben in dem Amt, für das sie aus den Taschen der Steuerzahler bezahlt werden.

## Der Entwurf eines Stellenermittlungsgesetzes

ist soeben dem Reichstage zugegangen. Der Entwurf macht den Geschäftsbetrieb der Stellenermittler konfessionell-frei. Die Konzession ist zu verjagen, wenn der Nachsuchende unzuverlässig erscheint, und wenn ein Bedürfnis zur privaten Stellenermittlung nicht vorliegt. Ein Bedürfnis wird als nicht vorliegend angenommen, wenn kommunale oder sonstige öffentliche Stellenermittlungen im ausreichenden Maße vorhanden sind.

Die Landeszentralbehörde ist berechtigt, die Tagen für die private Stellenermittlung festzusetzen.

## Graf Tattenbach.

In Madrid ist heute der deutsche Botschafter Graf v. Tattenbach an einer Lungenerkrankung gestorben, die er sich durch Erkältung auf einem von der englischen Botschaft gegebenen Fest zugesogen hatte. Graf Tattenbach gehörte dem diplomatischen Dienst des Reiches seit dreißig Jahren an. Im Jahre 1846 in Landshut in Niederbayern geboren, trat er 1872 aus dem bayerischen Staatsdienst in den der kaiserlich-preussischen Landesverwaltung über, bei der er acht Jahre tätig war. Im Auswärtigen Amt übernommen, bekleidete er zuerst Posten bei den Gesandtschaften in Peking und Belgrad, war dann drei Jahre lang Vizekonsul in Madrid und von 1890 bis 1896 Gesandter in Marokko. Nachdem er ein Jahr lang Deutschland in Bern und Peking vertreten hatte, kehrte er 1905 als Gesandter in außerordentlicher Mission nach Lissabon zurück und nahm als deutscher Delegierter an der Konferenz von Algeiras teil. Darauf zum deutschen Gesandten in Lissabon ernannt, vertauschte er diesen Posten im vorigen Jahre nach dem Rücktritt des Herrn v. Radowicz mit dem des deutschen Vizekonsuls in Madrid.

## Ein Fiasko der Mansfelder Streikjustiz.

Am Mittwoch erschienen vor dem Schwurgericht zu Halle vier Mansfelder Streikführer, die des Landfriedensbruchs angeklagt waren. Sie sollten ursprünglich wegen geringer Vergehen zum Teil vom Schöffengericht, zum anderen Teil von der Strafkammer abgeurteilt werden, die Richter dieser Instanzen hatten sich aber für unzuständig erklärt, da sie in den Handlungen, die den Angeklagten vorgeworfen wurden, das schwere Delikt des Landfriedensbruchs zu erkennen glaubten. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht ergab indes das Hinfließen dieser Ansicht. Vor den Geschworenen wagte selbst der Staatsanwalt die Anklage auf Landfriedensbruch nicht aufrecht zu erhalten. Schließlich wurde ein Angeklagter wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und Nötigung zu fünf, ein anderer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der dritte wurde gänzlich freigesprochen.

Herabgehoben werden muß, daß von den Arbeitswilligen, an denen die gemeinschaftliche Körperverletzung begangen sein soll, der eine einen Schlag, der andere drei Schläge erhalten hat, die, wie die Verhandlung ergab, nicht sehr gekümmert, gekümmert denn der Gesundheit geschadet haben. Das Urteil gegen die ersten beiden Angeklagten ist demnach sehr hart. — Sie sind freilich Streikführer, die Arbeitswillige genötigt haben sollen!

## Ein unbecommes Gesetz.

Der Breslauer Magistrat hat an den Landtag eine Petition gerichtet, in der um Aufhebung des § 1 des Gesetzes vom 11. März 1880 ersucht wird. Diese unbecomene gewordene Bestimmung stammt aus der Zeit der schlimmsten Reaktion und macht die Gemeinden für öffentliche Zusammenrottung in der Weise haftbar, daß sie den entstandenen Schaden zu ersetzen haben. Diese einseitige Haftung für die Reaktion ist heute zur Plage geworden. Auf Grund dieser Gesetzesbestimmung ist nämlich die Stadt Breslau verurteilt worden, dem Arbeiter Viehwald, dem ein Säugmann die Hand abgehakt hat, eine Rente zu bezahlen. Damit die Schulleute noch rücksichtsloser einhauen können, wird jetzt die Befreiung dieses Gesetzes verlangt.

## Reifeidenschaft ist keine Bier.

Der Turnauschuss der reaktionären Deutschen Turnerschaft hat eine Eingabe an das Kriegsministerium gemacht, in der gebeten wird, die Verordnung dahin abzuändern, daß tüchtigen Turnern die Genehmigung zum Militärdienst als Einjährig-Freiwillige erteilt wird. Natürlich soll dieses Privileg nicht etwa auch Arbeiter-Turnern, sondern nur den Mitgliedern der Deutschen Turnerschaft eingeräumt werden, die die Bürgerschaft für die gute Gestaltung der Bewerber übernehmen will.

## Zwei Militärgerichtsurteile.

Das Oberkriegsgericht in Posen verhandelte diese Tage gegen den Unteroffizier Gahl vom 6. Jägerbataillon als Berufungsinstanz. Gahl hatte Mißhandlungen in 25 Fällen verübt. Das Kriegsgericht hatte ihn dafür zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Anklagevertreter beantragte jetzt das gleiche Strafmaß sowie Degradation. Der Verteidiger wandte sich gegen die Degradation, da diese eine Ehrenstrafe sei und der Angeklagte sich keiner ehrenlosen Handlung schuldig gemacht habe. Das Gericht trat dem bei und verringerte die Strafe auf — sechs Wochen Mittelarrest.

Vor dem Kriegsgericht in Breslau hatte sich der Musikföhrer Ludwig Gruppe vom 51. Infanterieregiment wegen Fahnenraub und Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte ist einer von denen, dem das Soldatenleben nicht gefällt; er war wiederholt delinquent und hatte im Interesse seines Fortkommens sich widerrechtlich verschiedene Sachen angeeignet. Er erhielt drei Jahre und sechs Monate Zuchthaus.

## Ein schneidiger Fährlich als Provokateur.

In der letzten Sitzung des Oberkriegsgerichts des 9. Armeekorps (Altona) gelangte ein Fall zur Verhandlung, der bezeichnend ist für die in der Kaserne herrschende Auffassung von der Unterordnung des Untergebenen unter den Willen des Vorgesetzten. Der schon 18 Jahre zählende, aber äußerst schneidig auftretende Fährlich Egger von der 8. Kompagnie des Regiments „Bremen“ fragte eines Abends als diensttuender Unteroffizier die Stuben ab, und als der als Stubenältester fungierende Musikföhrer Koller meldete: „Alles zur Stelle!“ erwiderte der Fährlich hierin eine falsche Meldung, obwohl sich später herausstellte, daß die Antwort der Instruktion entsprach. Nun spielte sich zwischen dem noch selbst der Erziehung bedürftigen Fährlich und dem bedeutend älteren Untergebenen, der schon drei Jahre in Nordafrika als Fremdenlegionär gedient hat und als unsicherer Herodespflichtiger eingezogen ist, sich aber besser Führung erfreut, folgender Dialog ab: Fährlich (der zurückgekehrt war): „Wo ist der Kerl, der Koller? Werde Sie melden, wissen doch, warum?“ Koller: „Nein!“ Fährlich: „Halten Sie die Schnauze! Oder wollen Sie wieder ins Gefängnis, wo Sie schon waren?“ Koller: „Ich verbitte mir das. Ich bin noch nicht im Gefängnis gewesen.“ Fährlich: „Halten Sie die Schnauze, sonst ziehe ich mein Seitengewehr und Sie kriegen was rüber.“

Beide kamen vor das Kriegsgericht, das den Fährlich wegen unvorschriftsmäßiger Behandlung zu acht Tagen gelinden und den Musikföhrer zu drei Wochen Mittelarrest wegen fortgesetzter Achtungsverletzung und Angehorsam vor verammelter Mannschaft verurteilte. Gegen dieses Urteil hatten beide Angeklagte Berufung eingelegt. Bemerkenswert ist die Aussage des Hauptmanns, der hervorhebt, daß der Fährlich die bejagte Instruktion nicht gekannt habe. Obwohl Koller als unsicherer Herodespflichtiger eingezogen worden sei und in der Fremdenlegion gedient habe, sei er ein sehr guter Soldat, weshalb er ihn zum Stubenältesten über 24 Mann ernannt habe. Durch die Verurteilung des Fährlichen, dessen Föhrerschaft unrichtigen Platz war, Koller sei schon im Gefängnis gewesen, sei dieser schwer gekränkt und gereizt worden. Der junge Fährlich föhlete etwas von der Aufrechterhaltung der Autorität und Disziplin, denn es sei bei der Auseinandersetzung von anderer Seite gelacht worden.

Das Oberkriegsgericht hob das Urteil nur insofern auf, als die Vorinstanz in dem „Nein“ eine Achtungsverletzung erkläre hatte, bestätigte aber im übrigen beide Strafmaße, abgleich es in der Beurteilung des Verhaltens des Fährlichen sich völlig der Auffassung des Hauptmanns anschloß. Der provokierende Fährlich kommt also dreimal so billig davon als der schwergeritzte Untergebene, der alle Invektiven seitens des jugendlichen Vorgesetzten hätte hinab-

wollegen müssen, da ihm ja das Recht der Beschwerde zusteht. Die Militärpsychologie ist dem gewöhnlichen Menschen ein Buch mit sieben Siegeln.

### Sandräthliche Handhabung des Vereinsgesetzes.

Am 10. Januar verlas im Reichstage in Beantwortung einer Interpellation über die Anwendung des Vereinsgesetzes der Staatssekretär Dr. Delbrück einen Erlaß des preussischen Ministers des Innern, wonach unter Bezugnahme auf die Erklärung des Staatssekretärs des Innern in der Reichstagskommission über die Vereinsgesetze betont und die Erwartung ausgesprochen wurde, daß aus Anlaß der Vergabe von Sälen für politische Versammlungen usw. keine gewerblichen Nachteile angebroht werden sollten, wie in Sachen der Polizeistunde usw.

Dieser Erlaß seines Vorgesetzten scheint dem Landrat des Kreises Cronau, einem Sprossen derer v. Puttkamer, nicht zur Kenntnis gekommen zu sein. Denn kaum war in voriger Woche durch den „Volkswille“, Hannover, bekannt geworden, daß am Sonnabend, den 5. d. M., in Elze bei dem Wirte Herrn Gundlach eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Versammlung stattfinden sollte, da ließ der Herr Landrat den Wirt zu sich kommen mit der Wirkung, daß der Wirt sich nunmehr beherlich weigerte, die Versammlung zu beherbergen. Er dürfe es nicht; er wisse, was es heiße, mit Strafmandaten wegen Uebertretung der Polizeistunde überschüttet zu werden. Zeitig stellte sich in der Behausung des Lokalhabers auch ein Gendarm ein, jedenfalls, um sich zu überzeugen, ob die zu neuem Leben entfachte „gute Besinnung“ des Wirtes den Lockungen der roten auch wirklich standhalte. Erst nachdem sämtliche Besucher der geplanten Mitgliederversammlung sich entfernt hatten, ging auch der Gendarm.

Was nützen alle Erlasse des Ministers des Innern, was alle feierlichen Erklärungen des Staatssekretärs, wenn die Nachhader in den Kreisen, die Landräte, nach wie vor durch ihr Eingreifen die erfolgte Vergabe von Lokaltäten zu Versammlungszwecken wieder rückgängig zu machen vermögen! In Preußen ist eben der Landrat allmächtig, auch wenn er aus einem weniger erlauchten Geschlechte stammt.

### Oesterreich.

#### Die deutschen Schiffsabgaben.

Wien, 10. Februar. Im Niederösterreichischen Landtage beantwortete der Statthalter mit Ermächtigung des Handelsministers die gestern eingebrachte Interpellation betreffend die Einführung von Schiffsabgaben auf den deutschen Strömen. Die Antwort verweist auf die durch die internationalen Verträge verbrieften Abgabefreiheit der für die österreichische Industrie wichtigen Elbe. Die österreichische Regierung verlange nicht, daß durch den Beschluß des Deutschen Bundesrates vitale wirtschaftliche und verkehrspolitische Interessen Oesterreichs gefährdet werden, gebe sich aber dennoch dem festen Vertrauen hin, daß diese Interessen in den bestehenden Verträgen einen ausreichenden Schutz finden werden. Die Regierung werde sich gegenüber Vorschlägen zur Abänderung des Statusquo grundsätzlich ablehnend verhalten.

Im Landtage zu Brunn wurde ein Antrag Smrcek, der sich gegen die in Deutschland geplante Einführung von Schiffsabgaben auf der Elbe wendet, weil hierdurch Handel und Industrie auf das empfindlichste geschädigt würden, dem Wasserstraßenausschuß überwiesen.

### Frankreich.

#### Die Altersversicherung der Pächter.

Paris, 10. Februar. Im Senat wurde ein Zusatzantrag Lantillac, wonach die kleinen Pächter und Handwerkermeister an allen Vorteilen des Altersversorgungs-gesetzes und nicht nur, wie die Kommission verlangt, an den Pensionen teilnehmen sollten, mit 105 gegen 100 Stimmen abgelehnt, nachdem Finanzminister Combes erklärt hatte, er sähe sich, falls der Antrag angenommen werde, zur Weiterbefreiung seiner amtlichen Pflichten außerstande, da die Ausführung dieser Bestimmung zu große Kosten verursachen würde.

### Italien.

#### Die Trauerfeier für Costa.

Rom, 10. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Kammer veranstaltete heute zu Ehren ihres verstorbenen Vizepräsidenten Costa eine eindrucksvolle Trauerfeier. Sie wurde eröffnet mit einer warm empfundenen Gedächtnisrede des Präsidenten Marcora, die von der ganzen Kammer und den Ministern stehend angehört wurde. Marcora bezeichnete Costa als einen Mann, der sehr wesentlich dazu beigetragen habe, das italienische Proletariat politisch zu heben, und wies in warmen Worten seine Willigkeit und seinen Opfermut. Dann erhoben sich hintereinander die Führer der Parteien, um auch ihrerseits durch kurze Nachrufe das Andenken unseres Genossen zu ehren. Zuletzt sprach der Ministerpräsident Sonnino. Darauf wurde eine achtstägige Trauer dekretiert und die Sitzung zum Zeichen der Trauer aufgehoben.

Die äußerste Linke beschloß, den Radikalen Sacchini als Nachfolger Costas zum Vizepräsidenten zu wählen.

### England.

#### Parlamentwahl.

Edinburg, 10. Februar. Die Universität hat den Konservativen Finlay ins Parlament gewählt.

### Holland.

#### Der Brief Wilhelms II.

Haag, 10. Februar. Erste Kammer. In der heutigen Sitzung wurde die Debatte über den angeblich vom deutschen Kaiser an die Königin gerichteten Brief fortgesetzt, der die Drohung enthalten haben soll, der deutsche Kaiser möchte niederländisches Gebiet besetzen, wenn nicht die Niederlande ihre Verteidigungsmittel gegen England in Stand setzen würden. Der Minister des Innern erklärte kategorisch und unter Berufung auf seine ministerielle Verantwortlichkeit, die Königin habe niemals einen solchen Brief, noch ein Telegramm, noch eine Note, noch irgend ein anderes Schriftstück betreffend die Verteidigungsmittel gegen England erhalten, sie habe niemals eine Unterredung über dies Thema mit dem deutschen Kaiser gehabt und niemals sei jemand im Auftrag des deutschen Kaisers an die Königin herangetreten, um hierüber zu sprechen. Der Deputierte Santos Venske fragte in Abwesenheit des Deputierten van Goederen, warum man denn

wenn im Jahre 1904 eine Gefahr fremder Einmischung nicht bestanden habe, heimlich Maßnahmen ergriffen habe gegen einen plötzlichen Angriff. Darauf wurde die Debatte geschlossen.

### Amerika.

#### Die Lebensmittelsteuerung.

Washington, 9. Februar. Der Senat hat eine Resolution Ellins angenommen, nach welcher die Kommission VII beauftragt wird, eine Untersuchung über die Ursachen der Lebensmittelverteuerung in den Vereinigten Staaten anzustellen. Man erwartet, daß die Kommission für Mittel und Wege des Repräsentantenhauses zu ähnlichen Erhebungen ermächtigt wird.

#### Die Zollunterschleife des Zuckertruffs.

New York, 10. Februar. Der Lagerausseher der American Sugar Refining Company, Spitze, ist wegen Zollunterschlagung mittels Gewichtsfälschung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

### Reichsamt des Innern.

Die Budgetkommission erledigte gestern in einer einzigen dreistündigen Sitzung den Etat des Reichsamts des Innern, wobei allerdings zu bemerken ist, daß ihr nur ein Teil des umfangreichen Etats zur Vorberatung überwiesen worden war.

Zur Feier der 50jährigen Einseit Italiens soll 1911 in Rom eine „Internationale Kunstausstellung“ veranstaltet werden. Die Ausstellung wird im Februar eröffnet und im Oktober geschlossen werden. Genosse Singer wünscht, daß Vorkehrungen getroffen werden, daß nicht gewisse Kunststrichungen zurückgewiesen würden. — Freiherr v. Hertling hat Bedenken, unter den gegebenen Umständen die Ausstellung deutscherseits überhaupt zu beschließen. Nach dem herausgegebenen Reglement stehe hinter der Ausstellung nur der Bürgermeister von Rom, nicht aber die italienische Regierung. Außerdem fehle die Versicherung gegen Feuer und sonstigen Schaden. — Staatssekretär Delbrück erklärt, daß in Rom ein deutscher Pavillon errichtet werden solle, so daß die deutsche Kunst als etwas Ganzes dort erscheine, und daß dieser Pavillon samt seinem Inhalt selbstverständlich auch gegen Schöden versichert werde. Ueber die Zulassung der angemeldeten Kunstgegenstände sollen die ernannten Kunstfachverständigen der Akademien Düsseldorf, München, Dresden, Stuttgart und Karlsruhe gemeinsam mit dem deutschen Kommissar, Professor Rauh, entscheiden. — Genosse Singer beantragt eine Resolution: anstelle der ernannten Vertreter der einzelnen Akademien eine Jury, die aus Wahlen der Künstlerchaft hervorgehe, zu bilden. Diese Resolution wird mit knapper Mehrheit abgelehnt. Dagegen stimmten das Zentrum, die Konservativen und ein Nationalliberaler. . . .

Zur Förderung des ärztlichen Fortbildungswesens werden 10000 M. verlangt. Im März 1908 ist ein freier Ausschuss für das ärztliche Fortbildungswesen geschaffen worden, der sich die Weiterbildung der deutschen Ärzte insbesondere auf dem Gebiete der Versicherungsgelehrung, der Gewerbehygiene, der Seuchenbekämpfung und der Volkskrankheiten zur Aufgabe gemacht hat. Gegen den Posten wurde geltend gemacht, daß die Erfüllung dieser Aufgabe Sache der Einzelstaaten sei, denen auch die Universitäten gehören. Preußen zahle heute zu dem hier angeforderten Betrag 40000 M.; lehne der Reichstag diese Anforderung ab, so werde Preußen seinen Ansehen entsprechend erhöhen müssen. Der Antrag wurde schließlich mit offen gegen zwei freisinnige Stimmen abgelehnt, jedoch eine Resolution einstimmig angenommen, wonach der Reichsanwalt sich mit den Bundesregierungen in Verbindung setzen soll: daß den Studenten der Medizin und den Ärzten eine bessere Ausbildung in der sozialen Medizin zuteil wird.

Beim Titel Kanalarbeit beschwert sich Abg. Leonhard darüber, daß bei den Erweiterungsarbeiten des Nord-Ostsekanals viele italienische und galizische Arbeiter beschäftigt wurden, obgleich sich genug deutsche Arbeiter anbieten. Der Staatssekretär verspricht, Erkundigungen einzuziehen. Eine Anzahl Petitionen, über die Genosse Singer referierte und bei denen es sich zum Teil um Milderung von Härten in der vorigen Jahr geschaffenen neuen Gehaltsordnung handelte, wurden der Regierung als Material überwiesen.

Vorgens (Freitag) Marinestat.

### Aus der Partei.

#### Parteiliteratur.

Soeben ist im Verlage von J. H. W. Diez Nachf. in Stuttgart erschienen: Die Arbeiterklasse und der Strafgesetzentwurf. Von Dr. Siegfried Weinberg, Rechtsanwalt in Berlin. Preis der Vereinsausgabe 40 Pf.

Der Verfasser schreibt im Vorwort: Die jahrelangen Vorarbeiten zur Reform des deutschen Strafgesetzbuches haben in dem am Ende des vorigen Jahres veröffentlichten Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch ihren gesetzgeberischen Niederschlag gefunden. Der Vorentwurf soll nun nach Absicht der Regierung zunächst einige Zeit der öffentlichen Kritik angesetzt sein und erst dann zu einer offiziellen Vorlage an den Reichstag ausgearbeitet werden. Allgemein ist es zwar nicht das Schicksal derartiger Vorentwürfe, im wesentlichen unverändert Gesetzeskraft zu bekommen, es ist aber sehr große Gefahr, daß diese Regel bei der Reform des Strafgesetzbuchs durchbrochen werden wird. Wenigstens läßt die begeisterte Zustimmung, die der Vorentwurf in allen bürgerlichen Lagern und vor allem auch bei den Männern der bürgerlichen Strafrechtswissenschaft gefunden hat, darauf schließen. Desto mehr Grund für die klaffenbewusste Arbeiterschaft, auf dem Posten zu sein zur Abwehr dieses geplanten Attentats gegen ihren politischen und gewerkschaftlichen Emanzipationskampf, das an Gefährlichkeit alles auf diesem Gebiet bisher Dagewesene übertrumpft. Werden die vorgeschlagenen politischen Ausnahmebestimmungen Gesetz, so wird das fäherlich vielen einzelnen Kammer und Flend bringen; die Sozialdemokratie als Ganzes hingegen, die der Feuertank des Sozialistengesetzes getrotzt hat, wird sich auch durch die grausamsten Strafbestimmungen in ihrem Siegeslauf nicht hemmen lassen.

Die nachfolgende Schrift ist im wesentlichen aus einer Serie von Zeitartikeln hervorgegangen, die ich in der Zeit vom November 1909 bis Januar 1910 im „Vorwärts“ veröffentlicht habe. Ich hoffe, daß sie auch über den Tageskampf um den Vorentwurf hinaus einigen Wert behalten möge. Sie ist in erster Linie als eine politische Kampfschrift gedacht und vermeidet deshalb nach Möglichkeit das Eingehen auf juristische Quisquilien.

#### Badischer Landesparteitag.

Der Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie hat sich nun entlassen, den Parteitag auf den 6. März nach Offenburg einzuberufen. Der vorjährige Parteitag hatte die Abhaltung des nächsten für diese Frist beschloßen. Bekanntlich berief der Landesvorstand auf Mitte Dezember eine außerordentliche Delegiertenkonferenz zusammen, die unter Aufhebung des Parteitagbeschlusses den nächsten Parteitag in den August verlegte, die Erhöhung der Beiträge beschloß, die Delegiertenwahl für den internationalen Parteitag vornahm usw. Die einzelnen Organisationen hatten keine Gelegenheit gehabt, zur Tagesordnung der Konferenz vorher Stellung zu nehmen.

Es erfolgten nachträglich in den Vereinen (Mannheim, Karlsruhe, Forstheim usw.) Beschlüsse, welche die Kompetenz jener außerordentlichen Delegiertenkonferenz nicht anerkannten.

Reichstagskandidatur. Die Kandidatur für den Reichstagswahlkreis Orlau-Kamslau ist dem Genossen Theodor Müller in Orlau übertragen worden. Genosse Müller ist der Geschäftsführer der Orlauer Zählstelle des Fabrikarbeiterverbandes, früher war er in der Redaktion der „Volkswacht“ tätig.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Straffonds der Presse. Weil in einem Gerichtsbericht das Auftreten eines Eisenbahnkassiers gegen einen Arbeiter, der ihn um Auskunft gebeten hatte, als „ruppig“ bezeichnet wurde, erhielt Genosse Steinkamp vom Bochumer „Volkswille“ vom dortigen Schöffengericht 20 Mark Geldstrafe zudiktirt. Dem Vorsitzenden war entgegen seinem Breslauer Kollegen, der vor kurzem einen Genossen von der „Volkswacht“, der nicht in die Anklagebannt wollte, erklärte, daß ihm nichts bekannt sei, die Anweisung des Ministers bekannt und er entband den Angeklagten vom Beitreten der Anklagebank.

### Jugendbewegung.

#### Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nr. 4 hat unter anderem folgenden Inhalt: Zum 70. Geburtstag August Bebel's (Bild). — Bebel als Vorbild. — Bebel's Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Von A. Conrad. — „Die Frau und der Sozialismus.“ Von Therese Schlegler. — Worte Bebel's. — Das erste Berliner Jugendheim. — Des Bebel's Lebenszeit usw.

Beilage: Die Fiddler-Quartettmarc seinen Geburtstag auf dem Jahrmarkt feierte. Erzählung von Wih. Scharrelmann. — „Das Handwerk hat einen goldenen Boden.“ Von Gustav Erdem. — Vom Wandern im Winter. (Austriert.) Von A. Wendemut. — Wie die Kleidung entstand. — Arbeitslosenversammlung. Großstadtbild von Gustav Krüger. — Arbeitslos. Gedicht von Emma Döly usw.

### Soziales.

#### Alkoholismus-Richter.

Der Rutscher H. erlitt am 15. Juli 1907 dadurch einen Unfall, daß er rücklings vom Bod stürzte und sich den Kopf und den Rücken erheblich verletzte. Im Krankenhaus, wohin man den Verletzten gebracht hatte, wurde Gehirnerschütterung festgestellt. H. unternahm dann später einen kurzen Arbeitsversuch, mußte sich aber wiederum als gänzlich erwerbsunfähig in ärztliche Behandlung begeben.

Die Zuhewerks-Berufsgenossenschaft, bei welcher der Verletzte dann seine Ansprüche geltend machte, setzte für die Folgen dieses Unfalls eine Rente von nur 10 Proz. fest. Auf die beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Stadtkreis Berlin, eingelegte Berufung sollte dasselbe ein Gutachten vom Herrn Sanitätsrat Dr. A. ein. Derselbe kam in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, daß die Erwerbsunfähigkeit des H. auf 33 1/2 Proz. zu schätzen sei. Herr Sanitätsrat Dr. A. sagt in seinem Gutachten, daß die Verletzungen, über die H. klagt, nicht ganz in Abrede gestellt werden sollen, daß dieselben aber auf die Schlagaderverhärtung, zum anderen Teil aber auf früheren Alkoholgenuß zurückzuführen sind. Das Schiedsgericht kam trotz der Schätzung des Dr. A., der die Erwerbsunfähigkeit auf 33 1/2 Proz. schätzte, zu der Entscheidung, daß der Verletzte mit einer Rente von 25 Proz. genügend entschädigt sei. Das Schiedsgericht machte sich die Ausführungen des Dr. H. zu eigen und erklärte ein Teil der bestehenden Weiden als aus dem früheren Alkoholgenuß herrührend.

Durch das Arbeitersekretariat Berlin wurde dagegen beim Reichsversicherungsamt Rekurs eingelegt und unter Weisung eines Gutachtens des Spezialarztes für Nervenkrankheiten, Dr. P., nachgewiesen, daß die bei H. bestehenden Verletzungen ursächlich auf den Unfall zurückzuführen sind. Die Firma, bei der H. vom 1. Juni 1893 bis zum 9. April 1903 beschäftigt war, als auch die Firma, bei der sich der Unfall ereignete und in der H. seit Juni 1904 tätig war, bestätigten, daß H. alle ihm übertragenen Arbeiten zur Zufriedenheit der Firma ausführte und sein Betragen zu einer Klage keine Veranlassung gegeben hätte. Wäre H. ein Trinker gewesen, dann hätte er sich nicht während 17 Jahren auf einer Stelle halten können.

Das Reichsversicherungsamt sollte nunmehr vom Herrn Sanitätsrat Dr. A. ein Obergutachten ein. In diesem sagte Herr Sanitätsrat Dr. A. u. a. wörtlich: „Es war von vornherein wohl bedenklich, den H. nur als erwerbsbeschränkt um 10 Proz. durch Unfallfolgen zu erachten. Er hatte einen schweren Unfall mit langdauernder Bewußtlosigkeit erlitten. Hatte alle Zeichen einer Verletzung des Gehirns oder des Schädelgrundes, Lähmungserscheinungen im Gesicht zurückgehalten, und war in einem Alter, in dem dergleichen sich nicht mehr so leicht überwindet. Wiese er trunksüchtig sein soll, das kann ich weder aus den Akten, noch aus dem Befunde erkennen.“ Herr Dr. A. kam zum Schlusse dahin, zu erklären, daß das Nervenleiden des H. eine Folge des Unfalls vom 15. Juli 1907 ist und kläger dadurch seit Ablauf der 13. Woche nach dem Unfall um 100 Proz. in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt ist. Auf Grund dieses Gutachtens, und da auch in dem Termin zur mündlichen Verhandlung der Vertreter der Berufsgenossenschaft sich zur Zahlung der Vollrente bereit erklärte, verurteilte das Reichsversicherungsamt die Genossenschaft zur Zahlung der Vollrente. So wurde nach langem Kampfe dem H. sein Recht.

In diesem Fall ist von dem Unfallverletzten die Folge der ihm angebliebenen Trunksuchtomanie noch abgemeldet. In wie vielen Fällen, in denen die Verletzten veräurmen, die Hilfe des Arbeitersekretariats in Anspruch zu nehmen, wird die Rente infolge der Alkohol- oder Simulationsdicherei einiger Ärzte gekürzt!

#### Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt.

Die Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt wird zurzeit gruppenweise von hierzu gebildeten Fachkommissionen ihres ständigen Beirats daraufhin geprüft, ob die ausgestellten Schulaeinrichtungen noch den modernsten Anforderungen von Technik und Wissenschaft entsprechen.

Die erste dieser Gruppenbestimmungen hat am 25. Januar 1910 stattgefunden. Sie erstreckte sich auf die Gruppen Bergbau, Hüttenwesen, Metallbearbeitung sowie Holzbearbeitung. Unsauberhaltige Betragsmitglieder waren Industrielle, Gewerbesachverständige, technische Beauftragte von Berufsgenossenschaften und ein Arbeitervertreter beteiligt.

Eingelane Ausstellungsgegenstände wurden als nicht mehr ganz den neuesten Anforderungen entsprechend ausgeschlossen. Vor allen Dingen aber wurde angeregt, noch vorhandene Bänden durch Heranziehung neuer Ausstellungsgegenstände zu ergänzen.

Eine häufigere Revision liegt im Interesse des Zweckes der Ausstellung, die im allgemeinen auf der Höhe des Erreichbaren steht.



Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung, Donnerstag, den 10. Februar 1910, vormittags 11 Uhr.

Das Haus ist gut besetzt. Die Tribünen sind überfüllt. Am Ministerische: v. Bethmann Hollweg, v. Holtke, Freiherr v. Rheinbaben, Weseler, v. Breitenbach, Sydow.

Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg: (In dem Augenblicke, wo der Minister sich erhebt, rufen die Sozialdemokraten stürmisch: „Pfui! Pfui! Vorkünder!“)

Vertreibung und große Unruhe. Vizepräsident Forst schwingt die Glocke. Rufe rechts: raus! raus! Erneute Rufe der Sozialdemokraten: „Pfui! Pfui!“

Vizepräsident Forst: Ich bedaure, daß einem Mitgliede der preussischen Staatsregierung ein solcher Empfang zu teil geworden ist. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Erneute große Unruhe.)

Ministerpräsident von Bethmann Hollweg: Mit Ihrer Uebereinstimmung soll nach der Ankündigung der Thronrede vom 20. Oktober 1908 durch das Ihnen vorgelegte Wahlgesetz das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten auf den auf der Verfassung beruhenden Grundlagen

„orga ist fortgebildet“ werden. Ebenso wie damals lehnt es auch heute die Staatsregierung ab, diese Grundlagen zu verlassen. Sie läßt sich in diesem Entschlusse auch nicht wankend machen durch die Kritik, die vorweg an diesem Gesetzentwurf geübt worden ist. Die Staatsregierung hat den Entwurf eingebracht.

keiner Partei zuliebe oder zuleide! (Lachen links, Zurufe der Sozialdemokraten: Mit Ausnahme der Junker!) Sie läßt sich hierin auch nicht von Strömungen der Öffentlichkeit leiten, sei es, daß diese eine radikale Reform fordern, oder jede Veränderung ablehnen. Sucht nach Popularität wird keinen Schritt der Regierung bestimmen. (Lachen links.) Das will ich auch denen gesagt haben, die hinter meinem Bestreben, eine Sache sachlich zu behandeln, Klugheit und Unsicherheit wittern. (Lachen links.)

Aber noch einer anderen Vorstellung muß ich von vornherein entgegengetreten: Man hat es so dargestellt, als sei es gar nicht die wirkliche Ueberzeugung der Staatsregierung, daß das Wahlrecht geändert werden soll. (Ironische Zurufe der Sozialdemokraten), als habe sie diese Vorlage nur eingebracht, weil sie durch den Fall der Thronrede in eine Zwangs- und Notlage verlegt worden sei. Man hat zwischen der Thronrede und der Ueberzeugung der Staatsregierung, ja des Königs selbst, einen Widerspruch feststellen gesucht. Daran ist kein Wort wahr. Was die Thronrede ankündigt, ist

die Willensmeinung Sr. Majestät des Königs, und für diese Willensmeinung tritt die königliche Staatsregierung mit ihrer vollen Verantwortung ein.

Ich sprach vorher von Strömungen in der Öffentlichkeit, die die Reform des Wahlrechts fordern. Laut genug machen sie sich geltend. Aber um so ruhiger muß man sehen, was hinter ihnen steht. Die Sozialdemokratie das Dreiklassenwahlrecht und jede nicht mindestens auf das Reichstagswahlrecht hinauskomme Reform in Grund und Boden verdammt, das ist nicht verwunderlich; bei den Herren Junker der naive Wille zur Macht keine Sprache. (Sehr richtig! rechts; Rufe bei den Sozialdemokraten: Wir wollen nur Jerechtleiten! Lachen rechts.) Sie hoffen, mit einem Wahlrecht auf breiterer demokratischer Grundlage das Staatsgefüge Preußens zu lodern. (Sehr richtig! rechts) und erbliden darin eine Stappe auf ihrem Wege zur allmählichen Unterminierung des monarchischen Staates. (Sehr richtig! rechts; Rufe bei den Sozialdemokraten: Auf dem Wege der Vernunft!) Auf dem Wege werden wir den Herren nicht folgen. (Abg. Borgmann: Sie werden schon müssen! Gegenrufe rechts: Ruhe!) Und darum bleibt jede Agitation und jeder Zwischenruf, der von Ihnen darauf, auf die Entschlüsse der Staatsregierung völlig wirkungslos. (Abg. Borgmann: Abwarten! Sie werden schon lernen! Gegenrufe rechts: Ruhe!)

Vizepräsident Dr. Forst: Ich bitte um Ruhe! Ein Vertreter Ihrer Partei wird dann das Wort erhalten. Ich muß aber verlangen, daß Sie auch diejenige Ordnung wahren, die Sie für sich wünschen. (Lebhafter Beifall rechts, stürmische Rufe rechts: Zur Ordnung rufen!) Die Geschäftsverteilung gibt leider kein Mittel an die Hand, um gegen dergleichen Vorgehen vorzugehen. (Stürmische Rufe rechts: Raus!)

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg: Bei der Forderung des Zentrums und des Freisinnigen nach dem Reichstagswahlrecht scheinen mir nicht Sucht nach eigener Herrschaft als vielmehr ethische und ideologische Motive maßgebend zu sein. Das Zentrum wird kaum an Eigen verlieren, gleichgültig ob nach dem Reichstagswahlrecht oder nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt wird. Es würde auch mit dem Reichstagswahlrecht an Stärke nicht gewinnen; höchstens würden die Persönlichkeiten wechseln. Und der Freisinn — kein Mensch wird den Herren vorwerfen, daß hinter ihren Wünschen eigennützige Bestrebungen stehen. (Weiter rechts.) So glänzende Zeiten wie in den letzten Jahren des Abgeordnetenhauses hat der Fortschritt, der ausgesprochene Fortschritt, im ganzen Reichstage noch nicht erlebt, und damals wurde er doch von einem Bismarck bekämpft. Und heute? Heute geradankt von all den Herren, die die Freisinnige Vereinigung ausbilden, nur ein einziger seinen Sitz einer Majorität auch in der Reichstagswahlklasse, also derjenigen Wählerklasse, der man angeblich mit dem Reichstagswahlrecht zum Siege verhelfen will und die die entrechteten Volksmassen enthalten soll. In dem Reimen um die Wahl der Klassen werden Sie (zu den Freisinnigen) hinter der Sozialdemokratie immer um mehrere Pferdeklängen zurückbleiben (Zustimmung rechts) oder Sie müssen, wie es in dem extremen Flügel der bürgerlichen demokratischen Presse schon heute geschieht, zone anhängen, die nicht mehr damit in Einklang stehen, daß Sie die Vertreter des gebildeten, fortgeschrittenen Bürgertums sind. (Sehr richtig! rechts.) Verlassen Sie aber erst einmal diese Position, dann bilden Sie Ihre Selbständigkeit und damit die Bedeutung ein, die eine Fortschrittspartei für das politische und staatliche Leben hat. (Unruhe links.) Sie würden zwar die Demokratisierung des preussischen Staates, die Schwächung der Konservativen erreichen und damit Ihre Wünsche erfüllen, aber laßbare Erbe wäre ein drittes! (Sehr richtig! rechts.) Ich wiederhole: Sucht nach eigener Herrschaft sieht nicht hinter Ihren Wünschen. Mit dem Zentrum halten Sie jedes abgelehnte Wahlrecht und vollends das Dreiklassenwahlrecht für verwerflich. (Sehr richtig! links) und allein das gleiche Wahlrecht für menschenwürdig. Zur Streit hierüber werden wir uns nie einigen. Sie sind der Ansicht, daß der nackte Zahl und damit der großen Masse der politische Einfluß ausgeliefert werden

muß, damit sich Preußen glücklich entwickle. Ich bin der Ueberzeugung, daß

„die nackte Zahl“

zwar der bequemste, aber nicht der alleinige Gradmesser für die politische Rechte einer Nation ist. Sie halten mit theoretischer Fähigkeit an einer überkommenen Forderung fest, unbekümmert um alle Erfahrungen, welche mit dem gleichen Wahlrecht gemacht worden sind und gemacht werden, unbekümmert um die gewaltige Verschiebung der staatlichen Verhältnisse, die dadurch eingetreten ist, daß die Kompetenzen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten geteilt worden sind und daß wir in Preußen selbst umfangreiche Staatsaufgaben auf die Kommunalverbände übertragen haben. (Zuruf links: Unruhe!) Sie werden es mir daher nicht verargen, wenn ich in eine theoretische Diskussion über die Vorzüge und Nachteile des abgemessenen Wahlrechts einerseits und des gleichen Wahlrechts andererseits nicht eingehe. Wir würden niemals zu praktischen Ergebnissen hierin kommen. Aber weiter: Auch in den Kreisen des gemäßigten Liberalismus, der für Preußen das Reichstagswahlrecht bevorzugt und der im Prinzip an einem abgemessenen Wahlrecht festhält, ist eine Bewegung, welche eine Reform des bestehenden Wahlrechts verlangt, beinahe ebenso lebendig. Ich halte es für falsch, diese Bewegung, wie es wohl geschieht, zum großen Teil auf Stimmungsmache zurückzuführen. Es ist ja möglich, daß die radikalen Wünsche auf gewisse Kreise abgefärbt haben. Die Suggestivkraft ist im Zeitalter der Zeitungen groß (Heiterkeit rechts, Unruhe links), aber ich will das nicht unterlassen. Kein Unbefangener sollte leugnen, daß die Wahlrechtsfrage auch für den gemäßigten Liberalismus zu einer sehr ernstlichen Frage geworden ist. So offen und ehrlich ich dies zugebe und bewerte, muß ich mich doch fragen, ob es wirklich die Mängel des Landtagswahlrechts und die Vorzüge der erstrebten Reform sind, welche der Wahlrechtsfrage zu dieser Bedeutung verholfen haben. Mir scheint vielmehr, daß die Wahlrechtsfrage allmählich die Formel geworden ist, in der alles, was an politischer Unzufriedenheit und politischer Mißstimmung besteht, müge es mit dem Wahlrecht zusammenhängen oder nicht, zusammengefaßt ist. (Sehr richtig! rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Mit Recht!) Und dann wird auch die erstrebte Reform als der Punkt hingestellt, um den sich alles dreht und in dem alle Leiden kuriert werden können. Das ist der Grund, weshalb sich die Wahlrechtsfrage so tief eingegraben und eine Bedeutung gewonnen hat, die psychologisch unendlich weiter reicht als praktisch. Darüber kann man nicht hinwegkommen, auch wenn man unbedenken die

„Schlagworte“

hinnimmt, in denen sich diese Stimmung ausdrückt. Reaktion, Bürokratismus, Polizeiregiment, Agrariertum, agrarischer Feudalismus, Junkertum sind ungefähr die Dinge, die mit der Reform des Wahlrechts beseitigt werden sollen. (Sehr richtig! links.) In ruhiger Diskussion wird wohl auf vielen Seiten zugegeben werden, daß darin handgreifliche Uebertreibungen liegen, aber man verlangt die Modernisierung eines ursprünglich auf überwiegend agrarische, zum Teil angeblich auch auf feudale Zustände zugeschnittenen Wahlrechts, das jetzt veraltet sei, nachdem der Staat seinen feudalen Charakter längst abgestreift habe. Das bestehende Wahlrecht, behauptet man, mache das Großgrundbesitzern, also den einseitigen Konservatismus, zum Herrscher der Situation, während die anderen Stände: Handel, Industrie, Gewerbe, Arbeiterstand, längst in eine gleichberechtigte Stellung eingerückt seien. Lust und Licht für alle, das ist der Grundton der Bewegung. Weil man diese Forderungen mit der Reform des Wahlrechts identifiziert, darum greift die Wahlrechtsfrage so tief.

Nun gibt es am Dreiklassenwahlrecht Dinge, die als Mißstände

empfunden werden und Mißstände sind, und man erwartet von einer radikalen Reform dieses Wahlrechts den Wandel aller Dinge. Das ist die Fäulnis! Es möchte sich hören lassen, wenn es möglich wäre, die politischen Kräfte der Nation rein ziffernmäßig genau gegeneinander abzuwerten und dann die Verhältnisse im Parlament zusammenzufassen. Aber das sind Theorien, und wichtiger als die Theorie scheint mir doch die Praxis. Da ist es zunächst unrichtig, daß das preussische Wahlrecht auf agrarische und feudale Verhältnisse zugeschnitten ist. (Sehr richtig! rechts.) Wie ist es denn in Wirklichkeit gewesen? Das Abgeordnetenhaus ist von fortschrittlichen zu nationalliberalen und von nationalliberalen zu konservativen Majoritäten gekommen. Dafür ist nicht die Form des Wahlsystems, sondern dafür ist die Stellung bestimmend gewesen, die die Parteien zu den aktuellen politischen Problemen eingenommen haben. (Beifall rechts, Widerspruch links.)

Trifft es denn weiter zu, daß die Mängel, die man dem preussischen Wahlrecht nachsagt, die angebliche Entrechtung der Volksmassen, die Bevorzugung des Agrariertums, des Großgrundbesitzes, sein plutokratischer Charakter, daß diese Mängel die Arbeit und Politik des Abgeordnetenhauses auf eine die niederen Stände bedrückende, einseitige und plutokratische Richtung bringen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist so sehr Sitte geworden, Preußen als das Land der finsternen Reaktion hinzustellen (Rufe bei den Sozialdemokraten: Das ist die Wahrheit! Widerspruch rechts), daß ich mich schon im voraus auf die Kritik freue, die mir von denen zu teil werden wird, von denen diese Behauptung aufgestellt wird. Ich fürchte sie aber nicht. Es ist notwendig, einer Force, die immer wieder als ein Gespenst aus vormaliger Zeit hervorsteht und schließlich im In- und Auslande als ein lebendiges Wesen angesehen wird, einmal ins Gesicht zu sehen. (Sehr gut! rechts.) Nicht um einen Lobeshymnus auf die preussischen Zustände anzustimmen, das wäre genau so abgeschmackt, wie das Häufen von Schimpf und Schande, das Beschmähen des eigenen Reiches abgeschmackt und unzulässig ist. (Lebhafter Beifall rechts, Gelächter links.) Was behauptet man nicht alles, um zu zeigen, daß das preussische Gesetz, das mit Ihrer Hilfe und Zustimmung gemacht worden ist, einen einseitigen, rückwärtigen, reaktionären Charakter hat, den man als Signatur seines Wahlsystems bezeichnen. Ich kenne keine Gesetzgebung, die wie die preussische in so minutiöser Weise den Rechtsstaat auszubilden versucht (Lachen links) und jede Polizeilösung so mit dem Schutze von Garantien umgibt. So weit sind wir gegangen, daß wir auf diesem Wege eine neue Art bürokratischer Unfähigkeit und Willkürschere geschaffen haben, zu deren Beseitigung man jetzt um Hilfe ruft.

Endlich, meine Herren, die behauptete einseitige Bevorzugung des Agrariertums zugunsten des vierten Standes. (Lachen links.) Dabei vergißt man doch ganz, daß fast die gesamte Gesetzgebung, wo eine solche Einseitigkeit hervortreten soll, von Preußen auf das Reich übertragen worden ist. Wollte man auch hierfür ein Wahlrecht verantwortlich machen, so wäre es nicht das Dreiklassenwahlrecht, sondern es wäre wiederum das Reichstagswahlrecht. (Sehr gut! rechts.) Wenn das Dreiklassenparlament wirklich die rückwärtige Politik getrieben hätte, die man ihm nachsagt — ohne die Dinge zu kennen — dann würde ich vielleicht die Leidenschaftlichkeit begreifen, mit der man für eine radikale Änderung unseres Wahlrechts eintritt. Wie die Dinge aber liegen, ist es nicht zu begreifen. Oder lassen Sie mich von einem etwas veränderten Standpunkte aus folgendes sagen:

Ich glaube ja nicht, daß der gemäßigte Liberalismus die preussische Gesetzgebung, wie ich sie soeben in einigen Hauptpunkten skizziert habe und an der er durchgehend selber mitgearbeitet hat, für so rückwärtig hält. Ich glaube auch nicht, daß der gemäßigte Liberalismus der konservativen Partei im ganzen absolet rückwärtige Tendenzen zuspricht. Was die Herren meinen, das ist das: Sie behaupten, daß die Regierung in der Verwaltung

und in der Anwendung der Gesetze die Konservativen einseitig bevorzucht. (Lebhafter Beifall links.) Sie werden schon hören, wie weit das richtig ist, meine Herren (Weiterkeit): daß die Regierung einseitig konservative Anschauungen vertritt und daß sie das tue und tun müsse unter dem Druck der mit dem Dreiklassenwahlrecht übermächtig gewordenen konservativen Partei. (Lebhafter Zustimmung links.) Wir werden uns schon noch sprechen! (Weiterkeit.) Darum soll also das Wahlrecht geändert werden. Das führt mich zu der

Stellung der Regierung zu den Parteien.

Ich habe böse Dinge darüber zu hören bekommen, daß ich im Reichstag gesagt habe, wir könnten in Deutschland keine Parteiregierung haben. Wiberlegt hat mich niemand und das kann auch niemand. Wir müßten ja, abgesehen von allem anderen, zunächst einmal die staatsrechtliche Stellung des Bundesrats beseitigen, wenn wir zu einer Parteiregierung kommen sollten. Eine preussische Staatsregierung, die in dem Sinne sich als Parteiregierung etablieren wollte, daß sie einseitig die Geschäfte einer bestimmten Partei führt, daß sie sich als deren Mandatar gebrauchen läßt oder — richtiger gesagt — mißbrauchen ließe, die würde dem historischen Preußen sein Ende vorbereiten, und eine Partei, die es beanspruchte oder die es auch nur veruchte, eine Regierung so in ihren Mann zu zwingen, würde der Fohengräber Preußens sein. (Sehr richtig!) Preußen läßt sich nicht in das Fahrwasser des Parlamentarismus verschleppen, solange die Macht seines Königtums ungebrochen ist. (Beifall rechts.) An der Macht dieses Königtums, dessen stolze Tradition es ist,

ein Königtum für alle

zu sein, wird nicht gerührt werden. (Beifall rechts.) Eine Regierung, die sich in den Dienst einer einzelnen Partei — und sei es auch der stärksten — stellt, die sich nicht in ihrem gesamten Organismus, auch in ihrer Beamtenschaft Selbständigkeit gegenüber den Parteien bewahrt, die würde dem Lande einen halben Parlamentarismus vorkauden, der außer allen übrigen Mängeln des Parlamentarismus noch den besonderen hätte, daß er innerlich unwar und ungerecht wäre. (Sehr richtig! rechts.) Auch die konservative Partei will und muß ihre Unabhängigkeit und ihre Selbständigkeit gegenüber der Regierung wahren. (Lachen und Rufe links: Umgekehrt!) Je mehr Sie (zu den Konservativen) Ihre Stärke allein auf die eigene Kraft und die Ueberzeugung Ihrer Angehörigen begründen, um so besser wird es nicht nur für die Regierung und den Staat, sondern auch für Sie selbst sein, eine um so stärkere Stütze Preußens werden Sie damit werden. (Beifall rechts.) Aber dieselbe Unabhängigkeit auch der Regierung werde ich Ihnen gegenüber wahren. (Lachen links.)

Ich habe in diesem Zusammenhang ausdrücklich und absichtlich die Beamtenschaft

berührt. Das ist ein Punkt, auf den die Herren von den liberalen Parteien in der Wahlrechtsfrage immer wieder hinweisen und über den man sich mit voller Offenheit ausdrücken muß. Sie von der liberalen Seite behaupten vielfach, daß die politischen Beamten, insbesondere die Landräte,

nicht nur die Konservativen unterstützen und bei den Wahlen ihnen Handlangerdienste leisten, (Lebhafter Widerspruch links, vielstimmige Zurufe: So sollte es sein!) sondern daß sie auch eine freie Wahlfaltung verhindern. (Erneute lebhafter Zustimmung links.) Der Beamte ist ein Diener des Staates. (Zuruf bei den Liberalen: Sollte er sein! Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ein Diener der Junker! Lärm rechts.)

Vizepräsident Dr. Forst: Ich bitte wirklich, keine Zwischenrufe zu machen.

Ministerpräsident von Bethmann Hollweg: Der Beamte ist ein Diener des Staates und nicht Diener einer Partei. (Stürmischer Widerspruch links, vielstimmige Zurufe: So sollte es sein!) Wie die politischen Beamten die Regierungspolitik zu vertreten haben, gegenüber allen Parteien zu vertreten haben, darüber bestehen feste und allgemeine bestimmte Grundsätze. (Zurufe bei den Liberalen: Die werden nicht beachtet!) Jede Leugnung dieser Grundsätze würde den Zerfall des Staatsorganismus bedeuten. Natürlich muß der Beamte für seine Person eine feste politische Ueberzeugung haben. Sonst wäre er kein guter Beamter, sonst könnte er sich in seinem Amtsbezirk nicht die Achtung verschaffen, der er bedarf. Es werden aber hierbei an den Takt und das Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten grobe und schwere Anforderungen gestellt. Wenn sich aber die politischen Gegensätze — und Gott sei Dank ist das nicht der Fall — dazu auswachsen sollten, daß der Beamte seine Macht politisch mißbraucht, so kann das für den Staat nur verhängnisvoll sein. (Sehr richtig! bei den Liberalen.) Jede Versetzung des Anderdenken rächt sich. Deutschland und Preußen wissen davon ein trübes Lied zu singen. Denken Sie an die Zeiten der 20er und 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts, erinnern Sie sich des Drucks, der auf dem Volke lastete. Aber so gut ich sage: wo ein solcher Mißbrauch stattfinden sollte, mißbillige ich ihn auf das Entschiedenste. . . . (lautes Lachen links); laden Sie nicht immer, Wenn Sie nichts Besseres dagegen einzuwenden haben, denn schweigen Sie lieber. (Stürmischer Widerspruch links, Zustimmung rechts.) Also ich sage: ich beurteile ebenso auf jeden Mißbrauch, wie ich jede Schlinge beurteile. Alles das sind Kleinliche Maßregeln, die weder für den Staat noch für den Beamten noch für die Partei würdig sind, für die sie geleistet werden. Aber dagegen protestiere ich, daß man unserm politischen Beamtentum, unsern Landräten in ihrer Allgemeinheit oder auch nur in einem irgendeine nennenswerten Umfang die Tendenzen in ihrer Amtsführung andichtet, von denen ich soeben gesprochen habe. Ich glaube das zu wissen, ich glaube das persönlich zu wissen. Ich habe lange genug selber im preussischen Verwaltungsdienst gestanden. Unsere Landräte sind mit den wirtschaftlichen Interessen ihres Kreises so ver wachsen, sie geben in der Arbeit für diese Interessen so auf, sie erfreuen sich auch in ihrer überwiegenden Mehrzahl so des Vertrauens ihrer Kreisbewohner, daß es ein Unrecht ist, Ausnahmen, die überall vorkommen, der Allgemeinheit zur Last zu legen und von Gebrauchen und Mißbräuchen einzelner auf den Geist zu schütten, der in der Verwaltung herrscht. (Lebhafter Beifall rechts.) Glaubt man denn, daß die gemeinschaftliche, große Kosten verursachende Arbeit hätte geleistet werden können, wenn an der Spitze der Kreise Männer ständen, die politisch unzulässig gegen die Kreisangehörigen wären? (Sehr richtig! rechts.)

Noch ein Wort über den Vornur, den man im Zusammenhang hiermit den Beamten macht. Man sagt, das preussische Beamtentum sei

verfeinert.

Der Geist eines Beamtentums wie das preussische ist nicht willkürlich, nicht zufällig. Er ist gewachsen und geworden mit der Geschichte, mit der Entwicklung des Staates, bei der — was man heute so gern vergißt — das Beamtentum wirklich keine unwürdige Rolle gespielt hat. Die ganze Geschichte der Entwicklung Preußens ist ein Zeiden dafür. Das hat seiner Art den strengen und vielfach barocken Charakter gegeben, durch den es das Errungene behauptet hat. Wenn Sie das konservativ nennen wollen, gut — aber Preußen ist dadurch ein Staat geworden (Beifall rechts!) Nicht immer hat dieser Geist sich gehalten, gerade nach seinen besten Zeiten, nach dem großen Aufschwung durch die Steinischen Reformen, erstarrte er bald wieder in Bürokratismus. Der staatliche nationale Organismus Preußens, den wir erhalten wollen, kann nur erhalten werden, wenn er von einem freien und vorurteilslosen Geiste erfüllt ist. (Lachen links.) Ich habe diese Ausführungen gemacht, nicht um der preussischen Ver-

waltung eine Lobrede zu halten, ich habe dabei auch auf Mängel und Fehler hingewiesen, die zu ihrem Teil Schuld sind an dem Mangel, der heute Kreise des Volkes erfüllt. (Sehr richtig! links.) Dieser Unmut greift viel weiter und anderswo hin, als wohin Sie meinen, die Sie mir „sehr richtig!“ zurufen. Hinter diesem ganzen Unmut steckt das unbehagliche Gefühl, daß wir nach dem Aufschwung, den wir genommen haben, und

### Kulturreis in einer Periode der Stagnation

befinden. (Sehr richtig!) Lassen Sie mich nur zwei Punkte herausgreifen. Die Sorge darum, ob wir mit der höheren wissenschaftlichen Erziehung und Bildung unserer Jugend noch auf dem richtigen Wege sind, erfüllt weite Kreise unseres Volkes mit Besorgnis. Wir werfen uns der Lösung dieses Erziehungsproblems auf die Dauer nicht entziehen können. Und auf religiösem Gebiete! Ich will nicht von Konfessionen sprechen, es liegt mir auch fern, irgend welche religiösen oder kirchlichen Ueberzeugungen vorzuziehen zu wollen, aber die tiefe irreligiöse Bewegung, die seit Jahren weite Schichten unseres Volkes durchzieht, gibt mir das Recht dazu zu sagen, daß der Drang nach innerlich vertieftem religiösen Leben, der immer ein Grundpfeiler deutschen Lebens gewesen ist und hoffentlich auch für alle Zukunft bleiben wird, nicht mehr überall vorhanden ist.

Ich bin abgesehen. Aber man muß auf alle diese Quellen zurückgehen, um zu erkennen, weshalb diese

### Mißstimmung.

von der ich sprach, in unserem Volke vorhanden ist, und diese Mißstimmung verlangt auch eine Reform des preussischen Wahlrechts. Man wiegt sich in der Hoffnung, daß der Anfang zu allem Guten gesund sei, wenn erst das preussische Dreiklassenwahlrecht abgeschafft worden ist. Ich muß aber immer wieder betonen, daß das ein großer Fehlgang für alle diejenigen ist, welche in der Demokratisierung des preussischen Staates nicht das große Heil erblicken, und damit komme ich auf meine vorigen Ausführungen zurück.

Wenn es darum zu tun ist, alle Anklänge an einen Klassenstaat zu beseitigen, der wird mir zugeben, daß das Fragen der politischen Kultur und Erziehung sind, die viel weiter reichen als die Form des Wahlrechts, und soweit sie mit dieser Form des Wahlrechts zusammenhängen, behaupte ich, daß politische Kultur und Erziehung nicht gefördert werden, sondern leiden, bei demokratischer Wahlrecht gestaltet ist. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Es hat eine Zeit gegeben, wo das Parlament die politische Bildung des Volkes ausmachte. Mir scheint diese Zeit vorüber zu sein.

Was einer unserer bedeutendsten politischen Schriftsteller die Politisierung der Gesellschaft nannte, kann nur noch von den unteren Elementen der Gesellschaft und des Staates ausgehen. Dort wird der allgemeine formale Rahmen der Gesetzgebung von wirklichem Leben erfüllt. Dort, wo man die Wirkung der Gesetzgebung am eigenen Leibe fühlt, vollzieht sich die Erziehung zum staatlichen Verantwortlichkeitsgefühl, das die Grundlage allen politischen Lebens ist. Und vergleichen Sie: welchen Anteil nimmt denn das Volk an der Tätigkeit der Parlamente in seiner großen Masse?

Ich spreche nicht von Lebensfragen der Nation, wo die Frage „Krieg oder Frieden“ das Volk bis in seine Tiefen aufrührt. Das wäre nicht der richtige Maßstab. Aber welchen Anteil nimmt das Volk an der laufenden sachlichen Arbeit der Parlamente? Die Presse hat die Sitten ausgebildet, von den Parlamentarierhandlungen Stimmungsbilder zu liefern, bei denen man häufig den Eindruck hat, als sollte das ein Bericht über eine Theatervorstellung sein. (Weiterkeit.) Verläuft die Sitzung ruhig und sachlich — und würde es sich selbst um die wichtigsten Gegenstände handeln — dann heißt es, daß die Langeweile über dem Saale lagerte. Aber wenn ein großer Tag ist, dann wird davon gesprochen, welche Wüste der Minister angelegt hatte. (Große Heiterkeit.) Und lustig wird es, wenn berichtet werden kann, daß der oder jener Abgeordnete temperamentvolle Angriffe gegen den Minister richtete, wobei er energische Töne fand und womöglich ein paar Ordnungsrufer erhielt. (Große Heiterkeit.) So wird das Volk verführt, in der Sentimentalität den Kernpunkt der Politik zu finden. Ich will damit keine Kritik an der Tätigkeit der Presse üben; aber ich muß doch fragen, ob die Behauptung gerechtfertigt ist, daß die Parlamente das Zentrum sind, von dem aus politische Bildung und Erziehung auf die Volksmassen ausstrahlt, oder ob nicht umgekehrt die Demokratisierung des Parlamentarismus in allen Ländern dazu beigetragen hat, die politischen Sitten zu verflachen und zu verzerren. (Sehr richtig! rechts.) Und den Fortschrittsprozess zu hemmen, dessen wir dringend bedürfen und zu dessen Förderung jetzt die Reform des preussischen Wahlrechts gemacht wird.

Ich habe alle diese Ausführungen gemacht, um einer Ueberzeugung des Wahlrechts in seinen Gründen und Wirkungen entgegenzutreten. Ich habe damit vielleicht Ihre Geduld übermäßig in Anspruch genommen, aber wenn behauptet wird, daß die Wahlrechtsfrage im Mittelpunkt, im Zenit unseres gesamten politischen Lebens steht, dann konnte auch ich an den allgemeinen Fragen nicht vorbeigehen.

Lassen Sie mich in kurzen Worten und in allgemeinen Zügen gundhaft auf

### die Grundlagen der Reform

eingehen, die mir Ihnen vorliegen. Mir ist mehrfach der Gedanke entgegengehalten worden, die Regierung müsse eine gründliche Liberalisierung des Wahlrechts vorschlagen, sonst werde die Sozialdemokratie noch mehr gestärkt. Der Vorschlag leidet an zwei großen Fehlern: Erstens ist Jurist immer der schlechteste Ratgeber, und zweitens: glaubt man denn, daß die Sozialdemokratie sich mit irgendeinem Wahlrecht begnügen würde, das sie nicht zur Herrschaft bringt? So unschuldig sind wir doch nicht, das zu glauben. Wenn wir aber bereits soweit sein sollten, daß große Teile der bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie übergehen, weil ihnen das Wahlrecht nicht genügt, so trägt nicht dieses daran die Schuld, sondern der Mangel an staatlichem Sinn bei den Ueberläufern. (Zuruf links: Die Regierung ist schuld!) Die Regierung kann nur eine Reform vorschlagen, welche

### „in Anknüpfung an das historische Gewordene“

Bestimmungen beseitigt, die keine innerliche Berechtigung mehr haben, und Vorzüge trifft, die das zu Erhaltende sich nicht zu schädlichen Formen auswascht. Das tut die Regierung in dem Entwurf, und das zu tun ist ihre Pflicht. Wie oft wird in der Wahlrechtsdebatte das bekannte Verdict des Fürsten Bismarck über das Dreiklassenwahlrecht zitiert, namentlich von denjenigen, die seinerzeit die erbittertsten Gegner Bismarcks waren! (Sehr gut! rechts.) Das Bismarck trotz dieses Verdicts in 30jähriger Tätigkeit das Wahlrecht nicht geändert hat, daß er am Ende seines Lebens, als er die Entwicklung in Deutschland und Preußen überblickte, in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ eine ganz andere Anschauung bekundet hat, das wird übersehen. (Sehr richtig! rechts.) Man stellt eben Bismarck als den Theoretiker hin, der uns das Reichstagswahlrecht gegeben habe, weil er es für das vollkommenste gehalten hätte und das Dreiklassenwahlrecht verdammt habe. Aber er hat es nicht geändert! Wenn man Bismarck zum Kronzeugen für eine radikale Reform des Wahlrechts anruft, so ist das also eine grenzenlose historische Voraussetzungslosigkeit.

Auf die einzelnen Bestimmungen der Vorlage will ich hier nicht eingehen, nur einen Punkt, einen negativen, will ich kurz hervorheben.

### Das öffentliche Wahlrecht.

Der Entwurf hält am öffentlichen Wahlrecht fest. Er ist um deswillen von vornherein für unbrauchbar, für unwürdig, für unanständig erklärt worden. (Sehr richtig! links.) Das ist ja das Notum, mit dem man bis in die gebildetsten Kreise der Bürger hinein die Einrichtungen des eigenen Staates zu besorgen liebt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Frage der öffentlichen und der geheimen Stimmabgabe ist auch eine Ueberzeugungsfrage. Das öffentliche Wahlrecht hat so gut seine Vorzüge und Nachteile wie das geheime. Wir haben das öffentliche. Sollen wir von ihm abgehen, so müssen wir überzeugt werden, daß das geheime Wahlrecht theoretisch und praktisch das für Preußen absolut bessere

sei. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung stellt dieser Frage ganz anders gegenüber als vielleicht der einzelne Politiker. Der einzelne Politiker kann von den Vorzügen des geheimen Wahlrechts auf das Leidenschaftlichste überzeugt sein und es deshalb mit der größten Energie verteidigen. Die Regierung hat zu fragen, ob sie ein bedeutungsvolles, prinzipielles bestehendes Recht, das für sie die Grundlage der Reform bildet, preisgeben soll oder nicht.

Die Geheimheit der Stimmabgabe, so meint man, soll es dem Wähler wieder ermöglichen, in voller Unabhängigkeit seiner politischen Ueberzeugung Ausdruck zu geben. (Sehr richtig! links.) Man soll doch den Begriff dieser Unabhängigkeit nicht übertreiben. Unser ganzes Leben steht sich aus Abhängigkeiten zusammen. Die Abhängigkeit, die

### gottgegebene Abhängigkeit,

von der Bismarck einmal sprach. Die Abhängigkeiten, die der Kampf der Parteien nicht zufällig mit sich bringt, nein, sich ausdrücklich zum Ziele setzt, diese Abhängigkeiten begleiten den Wähler auch in die Isolierzelle des Wahllokals hinein, und es ist der dringende und heilige Wunsch jeder Partei, daß ihre Angehörigen bei der Abgabe ihrer Stimmabgabe an ihrer Abhängigkeit recht lebhaft erinnern. Man sagt, daß die Stimmabgabe mache die Wähler von der Rücksicht auf politische, soziale, religiöse Dinge unabhängig. Aber es ist nicht so. Jetzt in diesen Tagen vielfach behauptet wird, daß die Verhältnisse, von denen ich gesprochen habe, in unruhigen Uebergangzeiten stärker seien als damals, wo das preussische Wahlrecht eingeführt wurde. Im Gegenteil. Das patriarchalische Verhältnis, das zu jener Zeit die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in weitem Umfange beherrschte, ist zum Teil heute nicht mehr vorhanden. Wer im praktischen Leben steht, weiß, in wieviel Fällen es schwer ist, einen Arbeiter zu finden und festzuhalten, und daß auch der Arbeiter namentlich immer unabhängiger geworden ist und wie darüber hinaus alle Abhängigkeiten des Lebens nicht verschwunden, aber in ihrer Wirkung geschwächt sind. Die guten Absichten des Gesetzgebers, dem Wähler in der geheimen Stimmabgabe den Ausdruck der eigenen politischen Ueberzeugung zu ermöglichen, schafft noch nicht Unabhängigkeit. Die geheime Stimmabgabe verhilft unzulänglich dazu, alle inneren und geistig schwächeren Wähler unfrei zu machen gegenüber den Einflüssen materieller Instanzen und persönlicher Verhältnisse und dergleichen. Darum hat die Sozialdemokratie beim geheimen Wahlrecht so viel mehr Willkür als beim öffentlichen. Darum ist die Sozialdemokratie, die doch sonst den Fanatismus der Offenheit hat, eine so begeisterte Anhängerin des geheimen Wahlrechts. (Sehr richtig! rechts.) Die Sozialdemokratie, die immer nüchternere und praktische Realpolitik treibt, schätzt also den Suffrag, der ihr aus den Willkürern bei der geheimen Wahl erwächst, höher ein als die Hilfe, die sie bei öffentlicher Wahl durch den Terrorismus erzielt, und daß die Sozialdemokratie Terrorismus in sehr viel größerem Umfange treibt als irgend eine andere Partei, das ist hier in diesem hohen Hause und in der Presse des öfteren ausgeführt. (Lebhafte Zustimmung rechts. Abg. Liebknecht (Soz.): Psst!)

### Vizepräsident Dr. Vork:

Herr Abgeordneter Vorgmann, ich rufe Sie zur Ordnung. (Lebhafte Beifall rechts.) Ich bitte um Entschuldigung; es wird mir eben gesagt, daß der Abgeordnete Liebknecht „Psst!“ gerufen hat. Ich nehme den Ordnungsruf gegen den Abgeordneten Vorgmann mit Bedauern zur Kenntnis und rufe den Abgeordneten Liebknecht zur Ordnung. (Lebhafte Beifall rechts.)

### Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg:

Danach ergibt sich die Gegenrechnung für alle bürgerlichen Parteien von selbst; sie verlieren in ihrer Gesamtheit nicht viel, und zwar nicht, weil sich bei der geheimen Wahl persönliche politische Ueberzeugung frei betätigen kann, sondern weil

### „angelegentliches staatliches Verantwortlichkeitsgefühl“

unter dem Schleier des Geheimnisses Einflüssen nachgibt, zu denen es sich öffentlich nicht zu bekennen wagt. (Lebhafte Beifall rechts.) Aus allen diesen Gründen hält die Regierung an der übernommenen Offenheit der Wahl fest. (Lebhafte Beifall rechts.)

Die Vorlage hat weit über Preußens Grenzen hinaus in Deutschland Interesse wachgerufen. Ich bin der Zustimmung der großen Mehrheit dieses hohen Hauses gewiß, wenn ich die Stimmen mit Entschiedenheit zurückweise, welche für das Reich eine Kontrolle über dasjenige indizieren, was wir hier beraten und beschließen wollen. (Lebhafte Beifall rechts.) Es ist an sich vollkommen berechtigt, daß man sich in ganz Deutschland dafür interessiert, wie sich in dem führenden Bundesstaate die Verfassung gestaltet. Aber es ist für viele Kreise der praktische Wunsch dabei vorhanden, es möge Preußen durch ein modernes Wahlrecht so demokratisiert werden, daß ein im letzten Ende auch demokratisierter Bundesrat die Geschicke des Reiches bestimmen möge. (Sehr richtig! rechts.) Das ist eine Entwicklungslinie, der wir widerstreben und der wir widerstreben müssen, gerade mit Rücksicht auf das im Reich geltende Wahlrecht. (Lebhafte Beifall rechts.)

Vielmehr wird gefordert, daß unsere konstitutionelle Entwicklung in verschiedenen Bundesstaaten homogene Bahnen einschlagen müsse. Das ist eine dogmatische Forderung ohne jedes Verständnis für Deutschlands Geschichte, für seine Kultur. Wenn es deutschem Wesen und deutscher Kultur entspräche, daß wir den Norden und den Süden in gleiche politische Formen packten, dann hätte sich im Laufe der tausendjährigen deutschen Geschichte längst der zentralistische Einheitsstaat entwickelt. Daß dies nicht geschehen ist, ist nicht ein Zufall der Geschichte, sondern es liegt in einem tiefen Zuge des deutschen Wesens, der, wenn er auch die Quelle unseres politischen Elends war, doch mit dem Reichtum und der Innlichkeit deutscher Kultur und allem, was sie geschaffen hat, eng zusammenhängt. Der individualistische Zug im deutschen Wesen, der starke Isolierungstrieb, wie es Bismarck einmal nannte, hat es lange verhindert, eine politische Form zu finden, hat jahrelang Deutschland zum Spielball fremder Interessen gemacht. Aber als endlich die Form gefunden wurde, weil sie gegen das Ausland gefunden werden mußte, da konnte es nur der föderative Staat sein, in dessen Wesen es eben liegt, daß die einzelnen Teile ihre durch Geschichte, Kultur und Charakter der Stämme gegebene Eigenart frei entfalten können, ohne daß das Ganze Schaden erleidet. Man soll mit Schlagworten wie „agrarisch“, „reaktionär“ Preußen nicht in Verzug bringen. Das dient weder dem deutschen Ansehen noch der deutschen Einheit. (Sehr richtig! rechts.) Dann schließlich ist doch Preußen und Preußens Eigenart es gewesen, die nicht an letzter Stelle bei der Wiedererhebung des Reiches mitgearbeitet hat. (Lebhafte Beifall rechts.) Aber diese Tatsache schließt auch eine Verpflichtung in sich. Ich will mit Berufung auf sie sagen, daß nicht etwa in Preußen auf alle Dauer alles beim alten bleiben müsse, daß Ueberlebtes erhalten und versteinert werden dürfe. Preußen muß sich im Zusammenhang mit der ganzen deutschen Entwicklung erhalten. Dazu gehört nicht nur Achtung und Verständnis für die besondere politische und kulturelle, sondern vor allem, daß sich Preußen selbst stark erhält, und daß dann auch diese seine Stärke sich dem Reich dienlich macht. Wenn Sie — und damit will ich schließen — bei der Beratung der gesamten Wahlrechtsfrage neben dem agitatorischen Weiwert auch solche Gesichtspunkte, wie ich sie eben angegeben habe, zu Ihrem Rechte kommen lassen, dann werden Sie Beschlüsse finden, die dem Wohle nicht nur Preußens, sondern auch des Deutschen Reiches dienen. (Stürmischer Beifall rechts. Fischen bei den Sozialdemokraten. Darauf erneuter Beifall rechts.)

### Minister des Innern v. Nolcke:

Wir fällt die Aufgabe zu, Ihnen von dem Aufbau und Inhalt der Vorlage in technischer und rechtlicher Beziehung Kenntnis zu geben. Es handelt sich zunächst, staatsrechtlich betrachtet, um eine

### Verfassungsänderung.

Die bisherigen Wahlvorschriften, die Verordnung vom 30. Mai 1840 mit ihren Abänderungs- und Ergänzungsgeboten, die alle durch das neue Gesetz ersetzt werden sollen, fanden ihrem ganzen Umfange nach unter dem Schutze der Verfassung. Der Artikel 115 der Verfassung, welcher dieses vorschreibt, wird erwidert durch das Gesetz, desgleichen die Verordnung vom 30. Mai 1840 und die einschlägigen Artikel 70 und folgende der Verfassung. Die Verhandlungen über die Vorlage müssen daher in den vom Artikel 107 der Verfassung vorgeschriebenen Formen der Verfassungsänderungen geschehen.

Als Zeitpunkt für die erste Anwendung des neuen Gesetzes sind die ersten nach seinem formellen Inkrafttreten stattfindenden Neuwahlen gedacht. Vorher wird alles zur Ausführung Erforderliche getan werden müssen, insbesondere wird die Wahlordnung erlassen werden müssen, die an die Stelle des heutigen Wahlreglements treten soll. Für inzwischen erforderliche einzelne Ergänzungswahlen sollen die bisherigen Vorschriften noch Gültigkeit behalten.

Dem Inhalte nach betrifft der Entwurf nur das materielle Wahlrecht und das Wahlverfahren, dessen bedeutende Vereinfachung eine Folge der vorgesehenen unmittelbaren Wahl ist. Die Wahl der Wahlmänner fällt fort. Das bedingt bei Stich-, Nach- und Ergänzwahlen allerdings die bisher nicht erforderliche erneute Zusammenberufung aller Wähler. Die heutigen Verhältnisse und die großen Erleichterungen der Stimmabgabe, welche die Vorlage sonst beabsichtigt, gleichwertige Zulassung von Termin- und Stichwahlen, von Gruppen- und Ortschaftsabstimmungen werden, wie ich hoffe, auch in den ländlichen Bezirken eine für die Belebung des politischen Interesses der Wählerschaft wichtige Neuerung nicht dadurch empfindlich werden lassen, daß eine häufigere Zusammenberufung der Wählerschaft dadurch bedingt wird.

### Die §§ 1 bis 3 regeln

#### das aktive und passive Wahlrecht

in allen wesentlichen Punkten übereinstimmend mit dem bestehenden Recht; nur ist eine der heutigen Gesetzespraxis angepaßte Reformulierung gewählt worden. Ueberall hat das Bestreben abgewaltet, die Wahlberechtigung in ihrer Allgemeinheit nicht zu beschränken; sie wird erweitert durch die Vorschrift, daß gewisse Leistungen der Armenpflege künftig kein Ruhens der Wahlberechtigung mehr zur Folge haben sollen, und dies in Anlehnung an das Reichsgesetz vom 15. März 1900.

### In den §§ 4 und 5 finden Sie den

#### Uebergang zur direkten Wahl

und die Einrichtung der

#### Stimmbezirke an Stelle der Wahlbezirke

geregelt. Die Stimmbezirke sind gerade sowohl als Grundlage für die Abteilungsabgrenzung wie auch für die Abteilungsabgrenzung, soweit nicht die erwähnten Orts- oder Gruppenabstimmungen stattfinden. Die Stimmbezirke sollen bis zur doppelten Größe der bisherigen Wahlbezirke bemessen werden können. Das ist besonders wichtig für die großen Städte, wo die Beschaffung der Wahlräume und Wahlvorstände bisher schwierig war. In Berlin waren zum Beispiel bisher über 1400 Wahlräume und über 10 000 Wahlvorstandsmitglieder heranzuziehen. Die Größe der Stimmbezirke bis zu 5000 Einwohnern stimmt mit den entsprechenden Vorschriften für die Reichstagswahlen überein. Dies ist nicht etwa im Interesse der von einigen Vorkämpfern georgwöhnten sogenannten Wahlgeometrie geschehen, im Gegenteil: die Wahlgeometrie wird durch die Föhlung der Stimmen durch den ganzen Wahlbezirk in Zukunft überhaupt unmöglich.

Von dem Uebergang zur direkten Wahl ist eine wesentliche Belebung des politischen Interesses überall im Lande zu erwarten. Dieser Schritt ist daher von besonderer Bedeutung für die dauernde Sicherung der Föhlung zwischen dem Lande und der Volksvertretung. Bei der jetzigen, bekanntlich sehr geringen Teilnahme an den Wahlen war der Angriff gegen das Wahlrecht, daß es an dieser Föhlung fehle, so irrtümlich zu machen sehr schwierig, schwer zu widerlegen.

### Der wichtigste Abschnitt folgt in den §§ 6 bis 10, er enthält

#### die Abänderung der Regeln für die Bildung der

#### Wählerabteilungen

Rückgrat und Grundlage für die Einteilung in die Wählerabteilungen, die Steuerleistung. Die plutokratischen Wirkungen, welche man diesem Teilungsmassnahme nachsagt, sollen durch

#### die „Maximierung“

der Gesamtsteuern der höchstbesteuerten Wähler bis auf den Betrag von 5000 M. über den hinaus die Steuern nicht angerechnet werden, erheblich gemildert werden. Andererseits sollen die einseitigen Wirkungen des Steuermaßstabes überhaupt, der auf die inneren Eigenschaften der Wähler keine Rücksicht nehmen kann, ausgeglichen werden. Die in diesen Vorschriften näher umschriebenen Wählergruppen sollen, insoweit es nicht schon durch die Drittelung der Steuern geschehen ist, nach bestimmten Merkmalen in eine ihrer Bedeutung für das Staatswesen im allgemeinen entsprechende Stelle der Wählerschaft nach Bildung, Erfahrung, Tätigkeit im öffentlichen Leben und im Ehrendienste eingereiht werden; sie sollen den höheren Abteilungen hinkommen. Wenn man auf der Grundlage der Verfassung die Drittelung beibehalten und darauf fortbauen wollte, so könnten die Merkmale der Bildung, des Einkommens und der Erfahrung nur als Momente der Abteilungsabgrenzung in Betracht kommen, nicht aber als Merkmale für die Einteilung des Stimmgewichts des einzelnen Wählers, wie dies bei dem Dreiklassenwahlrecht zum Beispiel möglich wäre. Dieser Umfang ist nicht dazu, sich auf wenige, große Wählergruppen umfassende Merkmale für das Aufheben zu beschränken. Sonst würden sofort Bedenken auf Erweckung dieser Kriterien laut werden, mit denen man bei der Vielgestaltigkeit des Erwerbs- und sozialen Lebens unserer heutigen Tage doch nicht imstande wäre eine allgemein befriedigende Gruppierung zu gewinnen.

#### Die Bildungsmerkmale

legen nach unten ein bei der Befähigung zum Einjährigendienst, die im Laufe der Zeit mehr und mehr zum Abschluß eines mittleren Bildungsganges geworden ist. Sollte man aber die Einjährigendienstprüfung als Bildungsmerkmal nicht übergehen, so war es schon seit gerechtigt, auch nicht

#### die Zivilversorgungsberechtigten

unberücksichtigt zu lassen, die vielfach — und nicht nur für einzelne Stellen — als gleichberechtigt betrachtet werden. Das ist natürlich auf die Befähigung zum Einjährigendienst wäre es auch möglich gewesen, zum Beispiel die Lehrerschaft mit diesen Merkmalen zu subsumieren. Uebrigens sind große Zahlen von Wählern mit Einjährigendienstbefähigung oder Zivilversorgungschein überhaupt nicht beantragt.

Auf die übrigen Merkmale gehe ich nicht ein, sie werden so ohnehin sehr eingehender Begründung unterliegen, bei der alle Möglichkeiten ihrer Vermehrung oder Verminderung Würdigung finden können.

Der § 6 enthält noch die im Einkommensteuergesetz vorgesehene Bestimmung, daß die Ermäßigungen der Staatseinkommensteuer bei der Abteilungsabgrenzung nicht abzuziehen sind.

Zu der Maximierung, in dem Ausmaß nach besonderen Merkmalen und in der Berücksichtigung der eben genannten Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes ist es begründet, daß die beiden Abteilungen eine Vermehrung an Wählern erfahren, aber es ist eine Ueberfüllung dieser Abteilungen dadurch keineswegs eintreten würde, wollte man das Recht zum Aufsteigen schon an ein gewisses Lebensalter schiedlich knüpfen.

#### Die Aufstellung der Wählern

wird freilich wegen der besonderen Bildungsmerkmale schwieriger als bisher werden. Es soll aber im ersten Jahre nach der letzten

allgemeinen Wahl — analog dem Reichstagswahlrecht — für einzelne Wahlbezirke eine erneute Vorkommnisse im Interesse der Kosten- und Arbeitersparnis für die Gemeinden unterbleiben.

Die Zahl der Wähler bei der Ausführung des Wahlgeschäfts wird von mindestens drei auf mindestens zwei herabgesetzt. Zur Ermittlung des Wahlergebnisses beruft der Wahlkommissar einen Vertrauensmännerversammlung, ähnlich wie auch für die Reichstagswahl geschieht. Die

### Stimmzählung nach Abteilungen durch den ganzen Wahlbezirk

beseitigt die bisherige Ausschaltung der Stimmenminderheiten und bringt das politische Gleichgewicht der drei Wahlkreise abteilungen auch einer und vollständiger als bisher zum Ausdruck.

Zum Schluss noch einige Worte über die Wahlbezirke.

Die letzte umfassende Teilung von Wahlbezirken fand 1906 statt, zu dem Zweck, die ordnungsmäßige Durchführung der Wahl dort zu gewährleisten, wo sie nicht mehr gesichert erschien. Gründe gleicher Art, jetzt wiederum zu neuen Wahlbezirksveränderungen zu schreiben, liegen zurzeit nicht vor. Das jetzige Wahlverfahren, das ja noch wertvolle Vereinfachungen erfährt, sichert die ordnungsmäßige Durchführung der Wahl durchaus und überall. Eine völlige Umgestaltung der bestehenden Einteilung, bei der einzigen Vorbedingung ein Teil ihrer Vertretung in diesem Hause entzogen werden würde, um die anderer Vorbedingung zu verdrängen, kann nicht in Frage kommen. Abgesehen von der Unausführbarkeit, daß ein solcher Voranschlag die Zustimmung beider Häuser des Landtags fände, würde er auch in Widerspruch stehen mit den Grundlagen des Wahlsystems, wie die Verfassung sie sich vorstellt. Der Artikel 69 der Verfassung bestimmt die Bildung fester und im allgemeinen unänderlicher Wahlbezirke als räumlichen Unterbau des Systems. Dieser Grundgedanke ist von allen gesetzgebenden Faktoren wiederholt anerkannt worden.

Man hat zur Begründung für das Verlangen nach einer durchgreifenden Umänderung der Wahlbezirke auf die großen Verschiebungen in der Bevölkerung hingewiesen. Wollte man das als zureichend erachten, so müßte nach jeder ordentlichen Volkszählung eine Neueinteilung vorgenommen werden, ein Grundgedanke, der längst aufgegeben und als verfassungswidrig erklärt ist. Man hat auch hingewiesen auf die Verschiedenheit der Steuerkraft, aber in Preußen ist noch niemals ein Wahlbezirk nach der Steuerkraft abgegrenzt worden. Entscheidend sind stets die gesamte Bedeutung, die historische, wirtschaftliche und politische Zusammengehörigkeit der zum Wahlbezirk zu vereinigenen Kreise und Städte gewesen. Wo es sich also, wie zurzeit, nicht um Abstellung offenkundiger Mißstände handelt, die durch eine natürliche Entwicklung in den einzelnen Bezirken hervorgerufen sind, kann es nicht die Aufgabe der Regierung sein, auch diese Frage jetzt erneut zur Erörterung zu stellen. Ich bitte Sie, nicht zu vergessen, daß die Vorlage gegenüber der gestellten schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe eine gesunde Fortentwicklung des Bestehenden und geschicklich Bewordenen anstrebt, daß sie schon, was brauchbar, bewährt und zweckmäßig ist, aber zugleich, wo Änderung notwendig oder für das Staatswohl nützlich ist. (Beifall rechts.)

Abg. Freiherr v. Nitschhofen (L.):

Ich glaube, daß eine große Anzahl der Mitglieder dieses Hauses mit mir derselben Auffassung in der Beurteilung der Vorgänge sein wird, die sich hier zutragen, als der Vertreter der Staatsregierung das Wort ergreift. Eine Grundbedingung unseres konstitutionellen Lebens ist doch die gegenseitige Achtung der Faktoren der Gesetzgebung (Beifall); vorher ist aber der Vertreter der Staatsregierung von Mitgliedern dieses Hauses mit Zurückhalt begrüßt worden, die nicht einmal auf die Straße gehören (Lebhafte Beifall rechts) und die ich aufs schärfste verurteile (Erneuter Beifall rechts). Was bei den Sozialdemokraten; sie sind geradezu unerhörte (Erneute Zustimmung rechts). Der Präsident erklärte vorher, daß unsere Geschäftsordnung kein Mittel gegen solche Ungehörigkeiten gewährt. In anderen Staaten gibt es solche Mittel, sogar im Deutschen Reichstag. Dort kann eine gewisse erzehrerische Wirkung auf die Abgeordneten ausgeübt werden. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Didenburg!) Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, daß das englische Volk eine hundertjährige Erziehung hinter sich habe. Wir haben hier heute gesehen, daß manche Abgeordnete noch eine viel längere Erziehung nötig haben. (Zustimmung rechts.) Die Abgeordneten, die heute diese Vorgänge haben zusehen können lassen, werden wohl die Zeit nicht mehr erleben, bis sie sich eine solche Erziehung angeeignet haben. (Heiterkeit rechts.)

Wir haben nie daran gedacht, daß etwa der Ministerpräsident seinen Schwerpunkt nicht in der preussischen Politik setzen sollte. Wir sind völlig damit einverstanden und billigen es, daß er sich so eingehend gerade mit der wichtigsten Materie unseres preussischen Staatslebens im gegenwärtigen Augenblick beschäftigt hat. Die Ideale, die er und in seiner Rede vorgeführt hat, berühren sich nicht bloß in sehr vielen Richtungen mit unseren Idealen, sondern sie sind auch vielfach mit ihnen identisch. Auch wir wollen keineswegs eine Stagnation im preussischen Staatsleben.

Wir sind keine Reaktionsäre.

(Lachen links.) Wir wollen einen gesunden Fortschritt. (Erneutes Lachen links.) Wir sind in vieler Hinsicht viel fortschrittlicher gewesen als die Freisinnigen, ja sogar als die Sozialdemokraten (Stürmisches Gelächter links). Denken Sie doch an die sozialpolitische Gesetzgebung, die wir mit Bismarck zusammen erdient haben, als die Freisinnigen noch auf dem Standpunkte der absoluten Negation standen!

Auch was der Ministerpräsident über Bildung sagte, entspricht durchaus unseren Tendenzen. Wir wollen nicht, daß unser Volk in der Bildung zurückgeht, wir wollen die Bildung in Stadt und Land auf das größtmögliche Niveau gehoben wissen. (Ruf: Na! na! links. Heiterkeit.) Wenn das erreicht wäre, so wäre ein Vorgang wie der heutige unmöglich. (Heiterkeit.) Wir wollen keine agrarisch einseitige Partei sein. (Lachen links.) Wir treiben keine einseitige Politik für das plattdeutsche Land. Auch in den Städten wohnen gleichberechtigte Bürger. An Bildung haben wir es nicht fehlen lassen. Denken Sie doch an die großen Geister, die wir mit anderen Parteien gemeinsam geschaffen haben! Wir achten in politischer und religiöser Beziehung jede Meinung. (Widerspruch links.) Die Worte des Ministers über das Interesse der Bundesstaaten untereinander ist stark, vor allem aber steht fest, daß es sich hier um

„eine interne preussische Angelegenheit“

handelt, über die wir allein nach unserer Überzeugung zu entscheiden haben. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Im vorigen Jahre habe ich bei Beratung der freisinnigen Wahlrechtsanträge namens meiner Partei erklärt, daß wir an den Grundlagen des preussischen Wahlrechts nicht rütteln lassen

würden, da die Sprünge ins Dunkle schon vielen recht schlecht bekommen sind. (Sehr richtig! rechts.) Ich warne vor Experimenten. In der Thronrede ist das Parlament jetzt eingeladen worden, in eine pflichtgemäße Prüfung dieser ersten Sache des Wahlrechts auf Grund der getroffenen historischen Erhebungen einzutreten. Ob auf allen Seiten dieses Hauses diese Prüfung eine solche sein wird, scheint mir nach den Vorgängen der letzten Zeit zweifelhaft. Auf dem sozialdemokratischen Preuentag ist gesagt worden: Wir Sozialdemokraten haben nicht bloß das Recht, sondern die ethische Pflicht, diese Bestie von preussischer Wahlreform in ihrem eigenen Wille verrecken zu lassen. (Lachen rechts.)

Wir werden die Vorlage sorgfältig prüfen, und ich kann gleich jetzt erklären, daß wir nicht die Absicht haben, die prinzipiellen Fragen der Vorlage hier im Plenum zu entscheiden und nur Einzelheiten in der Kommission zu erörtern, sondern wir glauben, daß die Kommission in erster Arbeit die gestellte Aufgabe betrachten muß. Ich beantrage deshalb die Nichteröffnung einer besonderen

Kommission von 28 Mitgliedern. Ich will aber bereits jetzt erklären, daß wir

sehr ernste und schwerwiegende Bedenken gegen viele Einzelheiten der Vorlage

nicht zurückstellen können, aber immer wird unsere Triebfeder sein, daß diese Vorlage zu Preußens Wohl dienen muß. (Beifall rechts.) Es gibt kein ideales Wahlrecht. Schon Engel wies darauf hin, daß die Menschen nicht gleich sind in ihrer Bedeutung für das Staatsleben. Das preussische Wahlrecht hat sich bewährt. Ist denn Preußen nicht die Vormacht Deutschlands geworden? (Abg. Strick (Soz.): Leider! Auf rechts: Psi! und Aus!) Ich stelle fest, daß ein preussischer Abgeordneter „Leider“ rufte, daß ein preussischer Abgeordneter es bedauert, daß Preußen die Vormacht Deutschlands ist. (Hört! hört! rechts.) Sagen bei den Sozialdemokraten. In der „Morning Post“ ist anerkannt worden, daß kein Staat der Welt in irgendeiner Hinsicht besser organisiert sei als der preussische. (Hört! hört! rechts.)

Die demokratischen Parteien legen sonst immer außerordentlichen Wert auf Statistiken. Jetzt, wo die Statistik ihnen unangenehme Tatsachen vorführt, heißt es, sie sei gefälscht. Aus der Statistik ist ganz rechnungsmäßig zu folgern, daß die zweite Abteilung im preussischen Klassenwahlrecht ein Jünglein an der Woge ist, daß die zweite Abteilung gewachsen ist und daß in den bei weitem größten Bezirken nur ein Einkommen notwendig ist für die zweite Abteilung, das dem Mittelstande entspricht: 3000 M. oder 2700 M. Wir, die wir sagen, eine gesunde, konservative Politik muß sich ganz besonders auf den veränderten, besonderen Mittelstand in Stadt und Land gründen, können gar kein geeigneteres Wahlrecht finden als das bisherige. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb haben wir schon im vorigen Jahre die Erklärung abgegeben, daß tatsächlich dieses Wahlrecht der Hort der bestehenden Arbeit großer Bevölkerungskreise in Preußen ist. (Beifall rechts.)

Das jetzige preussische Wahlrecht ist ein Mittelstandswahlrecht in des Wortes wahrster Bedeutung. (Zustimmung rechts.) Nun legt uns die Regierung ein recht erhebliches abweichendes Wahlgesetz vor. Es hieß früher

„organische Weiterentwicklung“.

Wir war nicht klar, was damit gemeint war. An ein berufständisches Wahlrecht ist nicht zu denken, denn der Abgeordnete soll mit Recht nicht Vertreter eines Berufs sein, sondern des ganzen Volkes, auch nicht Vertreter allein der Arbeiter. Sie (zu den Sozialdemokraten) sind ja auch gar keine Vertreter des Arbeiterstandes! (Lebhafte Zustimmung rechts.) Zwei Arbeiter haben wir hier im Hause, diese gehören aber der Zentrumspartei an. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Bei den Sozialdemokraten finden wir keinen Arbeiter. (Hört! hört! im Zentrum und rechts.) Beim Zentrum und in unserer Partei sind Handwerker und Bauern, die des Tages Lohn und Pfluge anders getragen haben als sozialdemokratische Abgeordnete. (Lebhafte Zustimmung rechts; Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Herr Liebknecht, arbeiten Sie etwa so? (Stürmisches Gelächter rechts.)

England ist das Musterland des Liberalismus. Wenn wir für den Reichstag das englische Wahlrecht hätten, ließe sich unter Umständen auch hier noch mehr über eine Wahlreform reden. (Sehr richtig! rechts.) Nach dem englischen Wahlrecht sind überhaupt nur die selbständigen Leute wahlberechtigt, und da hat der Liberalismus an eine Änderung nicht gedacht. (Hört! hört! rechts.)

Die öffentliche Wahl

kann ich mit vollem Recht eine liberale Forderung nennen. Korruption des Liberalismus, wie Sybel und Ueblin, haben die öffentliche Wahl als absolut notwendig bezeichnet, und Fürst Bismarck hat sie als dem deutschen Volkscharakter entsprechend hingestellt. Auch heute gibt es nationalliberale Stimmen, die mit den schärfsten Gründen für die öffentliche Wahl eintreten. (Hört! hört! b. d. Preis.) Ich erinnere nur an den Artikel des Kollegen Schmieding in der „National-Zeitung“, der mir auch nach vielen anderen Richtungen hin äußerst sympathisch ist. (Heiterkeit.)

Die Frage der Maximierung ist diskutabel. Aber hat — abgesehen von diesen Dingen, über die wir mit uns reden lassen — die Regierung wirklich an den Grundlagen des bestehenden Wahlrechts festgehalten? Glaubt sie wirklich über die Einführung der direkten Wahl mit so kurzen Worten hinweggehen zu können? Die indirekte Wahl ist auch von liberalen Männern auf das schärfste verteidigt worden. Wenn die Regierung das bestehende Wahlrecht organisch fortentwickeln wollte, dann hätte sie

an der indirekten Wahl festhalten

müssen! (Sehr richtig! rechts.) Jedenfalls werden wir uns über diesen Punkt mit der Regierung in der Kommission noch sehr eingehend unterhalten.

Entspricht weiter die Zusammenzählung der Stimmenminderheiten den Grundlagen des bestehenden Wahlrechts? Ich glaube nicht, denn nach dem bestehenden Wahlrecht sollte das Gleichgewicht doch hergestellt werden in den einzelnen Klassen.

Wir haben es an Anerkennung für

die preussischen Beamten

nie fehlen lassen. Wir haben sie erst im vorigen Jahre auf eine bessere finanzielle Grundlage gestellt und infolge dieser höheren Vergütung werden die Beamten zweifellos auch in höhere Klassen aufrücken. Deshalb sollen die Beamten noch herausgehoben werden? Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. (Sehr richtig!) Welche Kräfte des Mittelstandes in Stadt und Land können mit demselben Recht emporgehoben werden. (Sehr richtig! rechts.) Gerade wenn man sagt, daß das bisherige Wahlrecht ein Mittelstandswahlrecht war, muß man unglücklich bemerkt sein, keine Bestimmung gesetzt werden zu lassen, die den erwerbenden Mittelstand irgendwie zurücksetzt. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Und die Arbeiter?) Die Sozialdemokratie hat die Führung im Wahlrechtskampf übernommen und will Preußen nicht nur demokratisieren, sondern sozialdemokratisieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das hat der Abgeordnete Strobel auf dem Preuentag offen ausgesprochen. (Hört! hört! rechts.) Dort befand sich zwar auch ein Spruch an der Wand: „Ein Herz, ein Volk, ein Vaterland“ aber was man von der preussischen Bestimmung der Sozialdemokraten zu halten hat, zeigt deutlich ein Artikel in der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, worin gesagt ist, daß nicht nur die Polen und die Dänen, sondern selbst die Regentkinder schreiben: Wir wollen keine Preußen sein! (Große Heiterkeit.) Noch gefährlicher als die Sozialdemokraten sind aber die, welche mit der Sozialdemokratie koalieren. (Achter Beifall rechts.) Wenn die Sturmflut kommt, so wird sie auch die hinwegspülen, die jetzt der Sozialdemokratie die Strohhalme halten. (Sehr richtig! rechts.) Preußen soll von seiner Vormachtstellung heruntergerissen werden. (Abg. Borgmann: Nur in seiner Kultur gefördert werden!) Meine Herren, Sie sprechen von Kultur? (Rebber tippt sich auf die Stirn. Stürmisches Gelächter rechts.) Wir wollen ein Parlament, welches die großen idealen Gesichtspunkte aufrecht erhält, die der Ministerpräsident sozialisiert hat, ein Parlament, welches das Königtum festigt, und zwar kein Scheinkönigtum (Lebhafte Bravo! rechts), ein Königtum, welches nicht abhängig ist von Parteien, sondern von einem Höheren: von dem König aller Könige. (Andauernde Zustimmung rechts.) Die Kirche soll nicht über den Staat herrschen, aber wir wollen, daß die christliche Volksschule zu Gottesfurcht und Königstreue erzieht. Ein solches Parlament wünschen wir und nicht eins, worin die Herren herrschen, die solche Forderungen machen, wie wir heute gehört haben. Wir werden in die Kommissionsberatung mit vollem Gefühl unserer Verantwortung eintreten. Unsere Endentscheidung zu den Einzelheiten der Vorlage müssen wir uns je nach dem Fortgang der Beratungen vorbehalten. Es sind nicht nur materielle, sondern große ideale Güter, die wir zu berücksichtigen haben. (Lebhafte andauernde Beifall rechts, starkes Zischen links.)

Abg. Träger (fr. Sp.):

Ramens meiner Freunde erkläre ich, daß wir diese Vorlage als für uns

unannehmbar

ablehnen müssen, schon deshalb, weil das geheime Wahlrecht darin nicht enthalten ist. (Beifall links.) Eine glatte Ablehnung wäre uns am liebsten. Wenn aber große Parteien des Hauses Kommissionsberatung wünschen, so werden wir uns daran beteiligen, um vor dem Lande unsere Stellung im einzelnen zu rechtfertigen. Wir behalten uns die Stellung von Anträgen vor.

Nach den Januarvorgängen von 1908 waren unsere Hoffnungen auf die Wahlreform keine allzu hohen. Das vorliegende Resultat hat uns aber doch unangenehm überrascht. (Sehr richtig! links.) Die Vorlage ist sogar

eine Verschlechterung des bisherigen Wahlrechts.

Der Ministerpräsident hat seine Rede in demselben ruhigen Ton der wohlwollenden Erwägung aller Momente gehalten wie bei der Wahlrechtsnovelle von 1908. Der Ministerpräsident scheint es zu verurteilen, daß eine politische Partei den Willen zur Macht hat! Der Ministerpräsident hat auch von der Agitation abweisend gesprochen und scheint die Verhandlung dieser Vorlage als ein Zusammenbrechen für allen möglichen Anruf anzusehen. Heute kann aber auch eine noch so starke Regierung nicht gegen den ausgesprochenen Willen der großen Mehrheit eines Volkes regieren. (Sehr richtig! links.) Es ist richtig, daß Preußen in Deutschland die Vormacht ist, aber das darf nicht heißen: wir in Preußen machen was wir wollen. Mit diesem Standpunkte kommt man nicht weiter. (Sehr richtig! links.) Ich bedauere, daß der Ministerpräsident durch seine Begründung dem deutschen Reichskanzler einen sehr schlechten Dienst erwiesen hat. (Lebhafte Zustimmung links.)

Wenn von „organischer Fortentwicklung“ die Rede war, so war damit doch nicht etwas gemeint, eine organische Fortentwicklung innerhalb des Dreiklassenwahlrechts, sondern: die gesamten Wahlvorschriften sollten organisch fortentwickelt werden. (Sehr richtig! links.) Nun hat die Regierung die Wahlmänner beseitigt und die direkte Wahl eingeführt. Schon mit dieser Änderung verläßt sie die Bahn der organischen Fortentwicklung innerhalb der bestehenden Vorschriften, und sie sollte nun auch noch einen Schritt weitergehen. (Sehr richtig! links.)

Der Abg. v. Nitschhofen hat vom Wahlmann, wie er heute besteht, offenbar ein ganz falsche Vorstellung. Er sieht in ihm nicht bloß eine Dekoration, ein unnützes Beiwerk, sondern den Vertreter und die Stütze der ganzen Wahlhandlung. Wenn die Regierung diesen wichtigen Wahlmann beseitigt, dann hat auch das System der Klassen-einteilung absolet seinen Wert und seine Bedeutung mehr. (Sehr richtig! links.) Dann wird eine inhaltslose Hülle konserviert, nichts weiter.

Die Regierung hätte ohne weiteres nun auch den Weg zum gleichen Wahlrecht

finden müssen. Wenn sie das nicht getan hat, so geschah es nicht aus Furcht, Bestehenbesitz zu beseitigen, sondern es geschah aus ganz anderen Gründen. (Sehr richtig! links.) Also das Klassenwahlrecht ist geblieben, und die Ungleichheit ist damit erneut befestigt.

Die Begründung sagt, daß das Gewicht der einzelnen Stimmen sich richtet nach der Zahl der Wähler, die jeweils in derselben Klasse wählen. Damit ist klipp und klar ausgesprochen, daß wir im preussischen Wahlrecht

ein ungleiches Wahlrecht

haben! (Sehr richtig! links.) Fällt der Wahlmann, so hätte auch die Klassenwahl fallen müssen, denn fällt der Herzog, so muß auch der Rantel fallen! Aber den Mantel hat man nur noch fester um die Schultern gezogen! (Sehr richtig! links.)

Nun ist die eingeführte Maximierung: eine Vereinerung unserer Sprachhörsen, aber keine Vereinerung der Materie. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Ich bete durchaus nicht — wie Herr v. Nitschhofen — die Statistik geradezu an, aber ich sage auch nicht gleich, sie sei gefälscht, wenn sie mir nicht paßt. Es kommt bei einer Statistik nicht bloß auf die Zahlen an, sondern auf die Fragestellung. (Sehr richtig! links.) Es kommt vor allem darauf an, was man von einer Statistik hören will. Was wollen wir nun damit anfangen, wenn nachgewiesen wird, daß unter Umständen Abgeordnete von allen drei Klassen gewählt worden sind? Was sollten wir mit einer Erörterung der tiefstimmigen Frage, wie oft die Wähler erster und zweiter Klasse die Wähler dritter Klasse überstimmt haben usw.? Das ist uns gleichgültig. Für uns ist

das Prinzip der Gleichberechtigung die Hauptsache.

(Lebhafte Beifall links.) Mit der Einführung der Maximierung will man die bisherigen Schönheitsfehler — die Bezirke mit ein und zwei Wählern — beseitigen. Im ganzen trifft aber die Maximierung

nur 13 000 Wähler

und nur eine geringe Zahl von Wahlkreisen. Im übrigen wird

alles beim alten

bleiben! (Sehr richtig! links.) Bei der Begründung des Aufstehens einzelner Kategorien von Beamten in höhere Klassen hat sich die Regierung ins eigene Fleisch geschnitten. Erst hat man uns hier des langen und breiten auseinandergesetzt, daß in den meisten Kreisen der Abgeordnete von der zweiten und dritten Klasse gegen die erste Klasse gewählt worden ist und daß deshalb der Wille der Wähler dritter Klasse bei der Wahl zum Ausdruck gekommen sein. Jetzt aber sagt die Regierung selbst, daß das Wahlrecht bei geistig hochstehenden Wählern in der dritten Klasse nicht ins Gewicht fällt. (Lebhafte Hört! hört! links.) Deshalb sollen sie in die höhere Klasse. Also

selbst die Regierung sagt, daß die Wähler dritter Klasse entrechtet sind.

(Sehr richtig! links.) Einige Berufsgruppen sollen nun durch die Vorlage die Möglichkeit bekommen, in die höhere Klasse aufzurücken, wo bleiben aber die anderen Kategorien? Wo zum Beispiel hervorragende Künstler? Wo bleiben so viele andere Stände? Wo bleiben die Handwerker, wo die freien Erwerbsgruppen, die vermöge ihrer praktischen Tüchtigkeit, durch die sie im Leben vorwärts gekommen sind, einen berechtigten Anspruch auf die gleiche Berechtigung haben wie die bevorzugten Kategorien? (Sehr richtig!) Wir haben hier inselgebeffen

eine politische Entrechtung der Erwerbsstände zugunsten der Beamten

vor uns. (Sehr richtig! links.) Ich gönne den Beamten alle Verbesserungen, alles Ansehen von ganzem Herzen, aber es fragt sich nur, ob das der richtige Weg ist, ihnen Anerkennung zu geben. Und dann mögen sich die Beamten, indem ich ihnen Kottowitz entgegenrufe, einmal fragen: Ist es eine goldene Kette, die ihnen umgehängt wird, oder sind es

eiserne Fesseln,

an die sie gelegt werden sollen?! (Lebhafte Zustimmung links.) Es scheint doch da eine ganz bestimmte Absicht obzuwalten, und gerade nach den Vorgängen von Kottowitz muß man darauf kommen. Wir stellen unsere Forderungen hier nicht aus Rücksicht auf Agitation, sondern wir gehen unseren Weg nach unserer besten Überzeugung, und die verlangt ein gleiches und gerechtes Wahlrecht! (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Schiffer (natl.):

Herrn Trägers Rede haben wir mit großer Freude begrüßt, weil sie eine intransigente Haltung in Sachen des Reichswahlrechts nicht zeigte. Das ist ein Fortschritt des Freisinn. Wir lehnen die Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen nach wie vor ab. Einmal, weil es ohnehin zurzeit eine Unmöglichkeit ist, dann aber auch, weil wir es nicht für zweckmäßig halten. Daß wir dabei im Reiche das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht nicht antasten, versteht sich von selbst. Die Vorlage genügt uns bei weitem nicht, wenn auch die Einführung der direkten Wahl ein Vorteil ist. Freilich wohl mehr

ein formeller Vorteil.

Wir fordern neben der Befestigung der indirekten Wahl die Befestigung der pluralistischen Stimmkraft und der Öffentlichkeit der Wahl und eine Neuerteilung der Wahlkreise.

Die Bevorzugung der Beamten erfolgt offenbar nach dem Maße: Wenn Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand.

In einer Zeit, wo man mit dem Examenanfang auf räumen will, ist das doch eine merkwürdige Erweise.

Die Nazimierung

führt zu einer enormen Bevorzugung des platten Landes, denn die großen Vermögen sitzen in den Städten.

Neuerteilung der Wahlkreise?

Wir haben sie stets verlangt, freilich nicht so, daß die Kopfzahl, sondern daß geschichtliche, kulturelle und wirtschaftliche Erwägungen dabei maßgebend sein sollten.

Man hat uns vorgeworfen, daß der Abgeordnete Schmieding als Nationalliberaler für die öffentliche Stimmabgabe eingetreten ist.

Herr von Bethmann sprach

von der „gottgegebenen Abhängigkeit“.

Er übersieht aber, daß wir alle der illegitimen Abhängigkeit entgegenzutreten verpflichtet sind. Daß die geheime Wahl nicht gegen den Verstand in Preußen verstößt, lehnen eine ganze Menge preussischer Wahlreglements, zum Beispiel das für die Kreis-

Die Vorlage ist — unorganisch!

(Heiterkeit links.) Diese Vorlage entspricht nicht dem, was Fürst Bülow seinerzeit in Aussicht stellte — übrigens würde Fürst Bülow auch durch das Gesetz benachteiligt werden, da er nicht volle zehn Jahre im Amte war.

Die Regierung hält die Vorlage für notwendig, weil sie der König versprochen hat. Nein, weil sie notwendig ist, hat sie der König versprochen, nicht umgekehrt!

Die Öffentlichkeit der Wahl muß beseitigt werden.

Der Landrat, der Wahlvorsteher braucht nur im Wahllokal zu sein, er braucht nur mit den Augen zu zwinkern, um die Bauern und Landarbeiter in ihrer Stimmabgabe zu beeinflussen.

Wir werden unseren Weg gerade gehen und uns nicht beirren lassen durch Straßendemonstrationen, die heute infolge des schlechten Wetters vielleicht unterblieben sind.

einen so wohlpraparierten Theatercoup, wie wir ihn heute zu Beginn der Sitzung erlebten, der uns empört hat, weil er den Anstand und die Sitte dieses Hauses störte.

11. Verbandstag der Maurer Deutschlands.

Leipzig, 9. Februar. (Eig. Bericht.)

Zur Verhandlung steht die Frage der Verschmelzung mit den Bauhilfsarbeitern.

An Stelle Páplows, der verhindert ist, referiert Wömelburg: Er weist darauf hin, daß schon seit langer Zeit unter den deutschen Bauarbeitern der Einigungsgedanke lebendig gewesen ist.

In der Debatte über die Verschmelzungsfrage wird zugleich eine Vorstandsvorlage besprochen, die die Beiträge und die Unterstützungen neu regelt.

Thabor-Kresfeld empfiehlt die Annahme der Verschmelzung. Er hält aber eine Aenderung der Krankenunterstützung nicht für angebracht.

Haecke-Berlin hofft, daß gerade die Organisation der Spezialberufe durch die Verschmelzung gewinnen wird.

Wusch-Leipzig erklärt, daß die Leipziger gegen die Verschmelzung sind, weil bei den Hilfsarbeitern noch viel Affordarbeit geleistet wird und darunter auch die eigenen Bestrebungen auf ihre Abschaffung leiden müssen.

Auf eine Resolution der Steitiner Kollegen, in der gegen Änderungen des Statuts und gegen höhere Bezahlung der Ange-

stellten protestiert wird, erklärt Wömelburg, daß die Gehälter für die Verbandsangestellten so festgesetzt worden sind, daß möglichst die Verhältnisse in beiden Verbänden berücksichtigt werden.

Peters-Münster gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Bauhilfsarbeiter auch dann der Verschmelzung nicht widersprechen, wenn die Krankenunterstützung im Winter wegfällt.

Subrich-Fredhan spricht gegen eine Verschmelzung. Es mühte erst ein kollegiales Verhältnis zwischen den Berufsgruppen hergestellt werden.

Stark-Breslau bringt gegen die Verschmelzung vor, daß die Breslauer jemandem, der nicht eine geregelte Lehrzeit hinter sich hat, nicht als Kollegen anerkennen könnten.

Darauf erhält Wömelburg das Schlusswort: Gegen die Verschmelzung sind wirklich stichhaltige Gründe nicht vorgebracht worden.

Darauf wird die Verschmelzung mit 249 gegen 23 Stimmen beschlossen. Statutenänderungen werden im Hinblick auf die Verschmelzung nicht vorgenommen, auch alle Anträge als erledigt erklärt.

Der Gesamtvorstand wird dann entlastet; und damit sind alle Tagesordnungspunkte erledigt. Der Verbandstag wird vorläufig vertagt.

Der Gesamtvorstand wird dann entlastet; und damit sind alle Tagesordnungspunkte erledigt. Der Verbandstag wird vorläufig vertagt.

Der Gesamtvorstand wird dann entlastet; und damit sind alle Tagesordnungspunkte erledigt. Der Verbandstag wird vorläufig vertagt.

Table with 4 columns: Wasserland, am, seit, Wasserland. Lists various water bodies and their levels.

Table with 4 columns: Wasserland, am, seit, Wasserland. Lists various water bodies and their levels.

Das Hochwasser der Rofel hat gestern mit 548 cm am Pegel Trier (3 m über Anstufungshöhe) den Höchststand, fast denselben wie dem Hochwasser im letzten Januar erreicht.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis. Begrüßt 140a. Um Mittwoch, den 9. Februar, verstarb unser Mitglied Oskar Liedel.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Richard Liebelt am 8. d. Mts. an Blutvergiftung gestorben ist.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin und Umgegend. Bezirk 26. Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied Rudolf Goerke am 8. d. M. an der Proletarierkrankheit verstorben ist.

Dankagung. Für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, des Gastwirts Eduard Worm sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Mitgliedern des Sozialdemokr. Wahlvereins für Schöneberg und dem Verband der Fr. Gast- und Schankwirte Deutschlands (Zahlstelle Schöneberg) und vor allem Herrn Stadtv. Ernst Oßki für die tröstenden Worte am Grabe, ferner Herrn Kassendirektor Koch für die Ruffl meinen herzlichsten Dank.

Dankagung. Für die zahlreiche Beteiligung und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, des Studentens Christian Böhm sagen wir hiermit allen Verwandten, Bekannten und den Genossen des Wahlvereins unsern herzlichsten Dank. Ludwig Böhm u. Frau. Edwin Böhm. Richard Böhm. [6175]

Dankagung. Für die herzliche Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Studenens Christian Böhm sagen wir hiermit allen Verwandten, Bekannten und den Genossen des Wahlvereins unsern herzlichsten Dank. Ludwig Böhm u. Frau. Edwin Böhm. Richard Böhm. [6175]

Um 9. d. M. nach langem Leiden unser Kollege, der Schriftsteller Oscar Liedel im Alter von 34 Jahren. Sein liebevoller, ehrenwerter Charakter sichern ihm ein dauerndes Andenken. Die Verbandskollegen der Buchdruckerei H. Arendt's Verlag.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. (C. S.), Ortsverwaltung Nixdorf. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Richard Liebelt am 8. d. M. an Halsentzündung verstorben ist.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Verwaltung Groß-Berlin. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kollfuhler Hermann Schubert am 8. d. M. im Alter von 22 Jahren an Lungenerkrankung verstorben ist.

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstraße 70. Billigste, bestsortierte Einkaufsquelle für Händler. Zigaretten, Zigarren und Tabake. Größte Niederlage von: G.A. Hanewacker, Nordhausen. nur echt in 10 Pfg.-Rollen. 5 Pfg.-Stangen — und Twist mit Kopi. Jede Rolle nur echt mit Firmenzettel!

Reichstag.

82. Sitzung. Donnerstag, den 10. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratlich: v. Heeringen.

Auf der Tagesordnung steht die

Vortsetzung der zweiten Beratung des Etats für die Verwaltung des Reichsheeres.

Beim Kapitel „Höhere Truppenbefehlshaber“ ergreift das Wort

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.): Unter 30 kommandierenden Generalen sind nur 2 bürgerliche, unter 44 Generalleutenants nur 7 bürgerliche, während 3 bürgerliche Leutnants auf einen abliegen kommen. Aber der Kriegsminister sagt, eine Bevorzugung des Adels findet nicht statt, die Statistik zeigt freilich das Gegenteil. Herr v. Einem wünschte Abhilfe gegen diese für die Armee schädliche Entwicklung, der jetzige Kriegsminister aber beschönigt und entschuldigt diese Verhältnisse.

Herrn bitte ich um Aufklärung darüber, daß ein wegen Mißhandlung strafvertehter Hauptmann nach 8 Jahren unter Vordatierung von 4 Jahren zum Major befördert und zum Adjutanten des Generalkommandos ernannt worden. Darin liegt eine Verschönerung des Reichstages und eine Geringschätzung des gesamten Volksempfindens. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Zubeil (Soz.): Beim Schießplatz bei Sperenberg wird ein Reizgrundstück bei den Übungen besänftigt von Gefassten bestrichen, so daß der Besitzer überhaupt keine Arbeiter mehr bekommen kann. Die Militärverwaltung sollte dies Grundstück dem Besitzer doch abkaufen; seine dahin zielenden Gesuche sind aber abschlägig beschieden.

Kriegsminister v. Heeringen: Einen Gegensatz zwischen abliegen und unabliegen Offizieren beim Advancement kann ich auch jetzt nicht anerkennen. Ebenso wenig ist ein Gegensatz zwischen der Auffassung meines Amtsvorgängers und meiner vorhanden. Der zuletzt von Herrn Müller-Meiningen erwähnte Fall ist schon einmal von Herrn Erzberger zur Sprache gebracht und von meinem Amtsvorgänger beantwortet worden. Ueber die Verhältnisse beim Schießplatz bei Sperenberg werde ich Erkundigungen einziehen.

Abg. Gothein (freis. Vp.): In der Budgetkommission stellte der Kriegsminister die Lage der kommandierenden Generale als zurückbleibend hinter derjenigen der Generale Frankreichs hin. Das ist aber unrichtig; die französischen Generale sind schlechter als unsere, ebenso ist es in anderen Ländern. Deshalb lag gar keine Veranlassung vor, bei den Gehalts erhöhungen der kommandierenden Generale noch besonders zu gedenken.

Oberst Wendel bestritt die Richtigkeit der Angaben des Abgeordneten Gothein.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.): Der Kriegsminister wünscht die Namen meiner Genährsmänner zu wissen. Dann würden die betreffenden Offiziere diszipliniert werden. Die Offiziere haben das Recht, wie jeder andere Beamte und Staatsbürger sich an Abgeordnete zu wenden. (Lebhafte sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Daß die bürgerlichen Offiziere bei der Beförderung zurückgesetzt werden, hat Herr v. Einem im vorigen Jahre selbst zugegeben. (Widerspruch rechts.)

Den Fall des Hauptmanns Grolman hat Herr Erzberger zur Sprache gebracht, aber eine Antwort darauf, weshalb er vier Jahre bei der Beförderung vordatiert wurde, hat er nicht erhalten! (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Ist es wahr, daß Herr Grolman ein Verwandter des General-Kommandeurs ist?

Abg. Hans Eder zu Pautsch (L.): Die Angriffe des Abg. Müller-Meiningen sind ungerecht; von einer Bevorzugung des Adels in der Armee ist nicht die Rede. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Gothein (freis. Vp.) betont, daß die Mehrheit der Budgetkommission seinen Standpunkt geteilt habe.

Abg. Erzberger (Z.) befragt, ob er auf die Frage, warum der Hauptmann v. Grolman unter Ueberspringung mehrerer hundert Vordermänner befördert wurde, im vorigen Jahre keine Antwort erhalten habe. Nach meinen Informationen bestehen verwandtschaftliche Beziehungen zwischen dem jetzigen Major v. Grolman und dem Generalkommandeur. (Hört! hört! links.)

Kriegsminister v. Heeringen: Ich lehne es ab im Namen der Armee, daß ein Offizier sich an einen Abgeordneten wendet und gleichzeitig um Verschweigung seines Namens bittet. Den Gegensatz zwischen bürgerlichen und nicht-bürgerlichen Offizieren

tragen Sie erst durch Ihr ewiges Darauffhinweisen in die Armeehinlein. (Lachen links.)

Abg. Gothein (freis. Vp.): Wenn Sie ein einheitliches Offizierkorps haben wollen, so schaffen Sie doch den Adel ab! (Sehr richtig! links.)

Kriegsminister v. Heeringen betont noch einmal, daß das Offizierkorps einheitlich zusammensteht.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.): Die Zurücksetzung der bürgerlichen Offiziere wird nicht nur von uns zur Sprache gebracht und beklagt, sondern auch von vielen hervorragenden ehemaligen Offizieren. (Sehr richtig! links.) Auch Herr v. Einem hat — ich betone das noch einmal — im vorigen Jahre diese Zurücksetzung zugegeben und beklagt.

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel „Adjutanturoffiziere und Offiziere in besonderen Stellungen“ bemerkt

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.): Die Stellung des Kriegsministers gegenüber dem Militärkabinett kann sehr wohl gestärkt werden, ohne daß — wie der Kriegsminister in der vorigen Woche meinte — eine Aenderung der Reichsverfassung notwendig ist. Daß dem Militärkabinett die gerichtlichen Angelegenheiten überwiesen sind, halten wir direkt der Verfassung widersprechend. (Lebhafte Zustimmung links.) Das Heer sollte nicht nur auf den obersten Kriegsherrn, sondern auch auf die Verfassung vereidigt werden.

Herr v. Oldenburg hat vor wenigen Tagen nur ausgesprochen, was Sie (nach rechts) denken, wenn Sie beim Militär alles aus der Kommandogewalt ableiten. Das muß die Kluft zwischen Krone und Volk erweitern, wovor uns der Himmel behüte. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Kriegsminister v. Heeringen bleibt dabei, daß zu einer Aenderung der Stellung des Militärkabinetts und Kriegsministers eine Aenderung der Verfassung notwendig sei.

Das Kapitel sowie einige weitere werden bewilligt. Beim Kapitel „Geldbeschaffung der Truppen“ wünscht

Abg. Krehl (L) bei der bevorstehenden Revision der Rationen eine bessere Berücksichtigung der Feldartillerie. Als bürgerlicher Offizier könne er feststellen, daß eine Bevorzugung adliger Offiziere ihm nicht bekannt sei.

Abg. Gothein (freis. Vp.) bedauert, daß es den jüdischen Mitbürgern unmöglich gemacht wird, auch nur Reserveoffizier zu werden.

Kriegsminister v. Heeringen: Vielleicht mag hier und da bei der Nichtbeförderung zum Reserveoffizier der jüdische Glaube entscheidend gewesen sein, aber es muß doch vor allem die ganze Persönlichkeit beurteilt werden; diese muß achtunggebietend sein, und bei unserem niederen Volk herrschen den Juden gegenüber Vorurteile, denen wir zuweilen Rechnung tragen müssen. Im übrigen ist die Wahl zum Reserveoffizier in das freie Ermessen der einzelnen Offizierkorps gestellt und diesem demokratischen Zug sollten gerade die Herren Links respektieren.

Abg. Gothein (freis. Vp.) bedauert die Antwort des Kriegsministers, die einen erheblichen Rückschritt gegen die von seinem Vorgänger im vorigen Jahre erteilte Antwort darstelle, und fragt, ob durch die Taufe ein Jude eine achtunggebietende Erscheinung bekomme. (Heiterkeit.)

Kriegsminister v. Heeringen verwahrt sich dagegen, daß in seinen Worten eine antisemitische Tendenz liege und daß er etwas anderes gesagt habe als sein Amtsvorgänger.

Abg. Dr. Mugdan (fri. Vp.) weist darauf hin, daß seit 1880 nur ein einziger Jude Reserveoffizier geworden sei! Es ist doch wahrhaftig nicht schwieriger, Leutnant zu sein als Amtsrichter. Also wenn Juden zu Richtern befähigt sind, warum auch nicht zu Offizieren? Die Zurücksetzung der Juden widerspricht der Verfassung. Uebrigens: wenn die Rechte so eifrig antisemitisch ist, warum hat sie sich denn so lange von dem Grafen Limburg-Strum führen lassen? (Lebhafte sehr gut! Große Heiterkeit und Beifall links.)

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Militärveterinäre“ verlangt Abg. Dr. Osann (natl.) die Verleihung der Offiziersqualität an die Militärveterinäre.

Abg. v. Liebert (Sp.) erklärt, er sei ursprünglich gegen die Offiziersqualität der Veterinäre gewesen, seit aber der frühere Oberst Gädle sich dagegen erklärt habe, sei er, Liebert, dafür, denn er wolle in keinem Punkte mit dem früheren Oberst Gädle übereinstimmen. (Lachen links.)

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Militärmusikinspizient bringt Abg. Zubeil (Soz.) die fortwährende Schmutzkonkurrenz zur Sprache, die die Militärkapellen den Zivilmusikern machen. Trotz aller Klagen und Beschwerden der Zivilberufsmusiker,

trotz der Ausstellungen, die im Reichstag an der Behördlichkeit begünstigten Konkurrenz der Militärkapellen erhoben worden sind, blüht das Unwesen munter weiter. In manchen Fällen läßt man sogar die militärischen Zwecke zurücktreten, um den Militärmusikern zu ermöglichen, Privatmusik zu machen. Ein Artikel, der dies unabweislich feststellt, ist unabweislich durch die ganze Presse, auch durch die bürgerliche Presse gegangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Militärkapellen drücken den Lohn der Zivilmusiker herab, denn die Kapellmeister bieten sich zu wahren Scheuderpreisen an. Natürlich! Die Mitglieder der Militärkapellen haben um einen wahren Hungerlohn zu musizieren. Daß hier in Wahrheit eine Schmutzkonkurrenz schlimmster Art vorliegt, (Sehr wahr! links.) ist sogar von einzelnen einsichtigen militärischen Behörden anerkannt worden. Durch Fahrkartenpreisermäßigung wird dafür gesorgt, daß die Militärkapellen auch außerhalb ihrer Garnisonen den Zivilmusikern Konkurrenz machen können. Als Zivilmusiker sich darüber beschwerend bei den Kriegsministern wandten, erhielten sie den Befehl, darüber könne keine Auskunft erteilt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Liegt hier etwa ein Dienstgeheimnis vor? Das wird man uns doch nicht glauben machen wollen! Nicht besser, schlimmer ist es neuerdings geworden, denn jetzt ist es den Kapellen auch erlaubt, während des Manövers auf den Dörfern im weiten Umkreis des jeweiligen Quartierorts zu musizieren. Ich bitte das hohe Haus im Interesse der säuber am ihre Erziehung ringenden Zivilmusiker beim Kriegsminister auf eine Verminderung — besser natürlich noch auf eine völlige Beseitigung — dieser militärischen Schmutzkonkurrenz hinzuwirken. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Die Musikkorps könnten sehr beträchtlich herabgesetzt werden, wodurch auch eine nicht unwesentliche Ersparnis herbeigeführt werden könnte. Gleichzeitig würde man dadurch den feuergebenden Zivilberufsmusikern die Existenz erleichtern und vielfach überhaupt erst ermöglichen. Ich bitte Sie, für eine durchgreifende Remedur dieser Mißstände zu sorgen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Görke (natl.): Die Militärverwaltung hat vor zwei Jahren anerkannt, daß die Klagen der Zivilberufsmusiker nicht ganz unberechtigt sind, und hat Verfügungen erlassen, um die berechtigten Klagen zu beseitigen. Leider werden diese Verfügungen nicht durchgeführt. Auch die Wächermacher haben unter der Konkurrenz der Militärbüchsenmacher zu leiden.

Abg. Göring (Z.) beklagt ebenfalls die Konkurrenz der Militärbüchsenmacher.

Abg. Kopsch (fri. Vp.): Der Wortlaut der vom Kriegsministerium zur Einschränkung der Konkurrenz der Musikler getroffenen Verfügung kann leicht sogar zu einer Ausdehnung dieser unberechtigten Konkurrenz führen; ich hoffe, daß die Verfügung entsprechend abgeändert wird.

Oberst Wendel: Von einer „schmutzigen“ Konkurrenz der Militärmusiker zu sprechen, ist unbedeutend; ganz von der Verwendung von Militärmusikern bei Privatveranstaltungen abzusehen, ist nicht möglich, wenn nicht erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, denn die Offizierkorps allein können die Kapellen nicht unterhalten. Auch wünschen viele Private bei ihren Veranstaltungen Militärmusik. Die freie Fahrt der Militärkapellen für solche Zwecke ist bereits beseitigt. Daß die Konkurrenz der Militärbüchsenmacher in dem behaupteten Umfange besteht, muß ich bestritten.

Abg. Zubeil (Soz.): Von meinen Ausführungen kann ich nichts zurücknehmen. Wenn die Militärminister zu niedrig entlohnt werden, so ist das kein Grund, daß sie den Zivilmusikern Schmutzkonkurrenz machen. Noch vor zwei Jahren konzertierten im Zirkus Zivilkapellen für 150 Mark, jetzt Militärkapellen für 100 Mark! Ist das keine Schmutzkonkurrenz? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Musizieren in Nachtcafés ist den Militärmusikern verboten, sagte Oberst Wendel; da möge er sich einmal nach dem Cafe „Scandinavia“ bemühen; dort wird er sehen, daß trotz des Verbotes Militärmusiker dort konzertieren! Offenlich wird der Reichstag bei der neuen Festsetzung der Präsenzstärke auf eine Einschränkung der Musikkapellen Bedacht nehmen.

Herrn habe ich schon im vorigen Jahre gebeten, daß Truppen, die nachts von einer Felddienstaßung zurückkehren, Rücksicht auf die Bevölkerung nehmen und nicht singend durch die Straßen ziehen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.): Der Landbevölkerung, die nicht oft gute Musik zu hören bekommt, wollen wir die Freude an der Militärmusik nicht nehmen.

Kleines feuilleton.

Londoner Straßenverkehr. Während auf den Straßen Groß-Berlins kein Pferdebahnwagen mehr zu finden ist, standen nach Angaben des englischen Handelsamtes im Jahre 1908 in London noch über 800 Pferdebahnwagen im Betrieb. Allerdings war die Zahl der Pferdebahnwagen vor fünf Jahren fast viermal so groß, während die Zahl der elektrischen Straßenbahnwagen in dem gleichen Zeitraum von 570 auf 2003 gestiegen ist. Eine große Bedeutung spielen im Londoner Straßenverkehr die Motoromnibusse, deren Zahl über 1100 gegenüber circa 2200 Pferdeomnibusse beträgt. Der Bericht betont, daß der Motoromnibus in naher Zukunft den Pferdeomnibus möglicherweise ganz verdrängen wird. Wahrscheinlich werden die Motoromnibusse für längere, insbesondere radial von der Mitte der Stadt ausgehende Strecken verwendet und ihre Motorleistungen so erhöht werden, daß alle Steigungen mühelos bewältigt werden können. Die Straßenbahnen hingegen werden auf breiten Straßen und unter günstigen Verkehrsverhältnissen ebenfalls das Feld behaupten können.

Auch die Pferdebesitzer wird in London von der Motorbesitzer allmählich verdrängt. Die Zahl der Pferdebesitzer fiel in den letzten fünf Jahren von circa 11500 auf circa 8500, während es im Juli 1909 bereits 2400 eingetragene Motorbesitzer gab, von denen im Jahre 1908 nur eine einzige existierte. Der gegen Motorwagen häufig erhobene Vorwurf, sie würden die Straßen übermäßig ab, läßt sich für die Londoner Vororte nicht aufrecht erhalten. Obwohl in den letzten fünf Jahren eine so große Steigerung des Verkehrs, insbesondere mit Motorfahrzeugen, eintrat, sind die Gesamtkosten für Erhaltung, Ausbesserung und Reinigung nahezu unverändert geblieben. Sie betragen für ein Netz von rund 840 Kilometer Straßen im Jahre 1908/9 ungefähr 29,9 Millionen Mark und für 840 Kilometer im Jahre 1907/8 29,8 Millionen Mark. Auch über die Verkehr, die Staub- und Schmutzvermehrung durch geeignete Vorsehrung einzuführen, kann der Bericht günstige Resultate mitteilen. Im Frühjahr 1909 wurden 33,6 Kilometer Macadamstraßen in der Londoner Vorstadt Fußkamm mit Teer beschwung, mit dem Erfolge, daß 309 000 Kilogramm weniger Schmutz abgeführt zu werden brauchten als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Eisenerzreichtum Norwegens. Norwegen besitzt ungewöhnlich bedeutende Ablagerungen von Eisenerz, deren Ausbeutung erst in letzter Zeit begonnen hat. Die reichsten Lager finden sich in Norland und in der Landschaft von Trondheim. Die Minen von Syd-Fargger verfügen allein über 100 Millionen Tonnen, von denen jährlich 600 000 Tonnen gewonnen werden sollen. Die Arbeiten werden voraussichtlich in diesem Sommer beginnen. Die Minen von Dunderland haben den Betrieb für einige Zeit eingestellt, doch soll er unter Anwendung des schwedischen Verfahrens zur Behandlung des Erzes bald wieder aufgenommen und auf 1 Million Tonnen

jährlich gebracht werden. Dazu werden die Minen von Tromsö mit 80 Millionen Tonnen Erz und einem jährlichen Ertrag von 200 000 Tonnen hinzukommen.

Musik.

Die Volksoper schwingt sich zusehends zu immer fähigeren Taten auf; still, aber zielbewusst arbeitet die Direktion an der Verbesserung von Orchester, Chor und Solisten, und auch in der Auswahl der Rollen wie in deren Darstellung verrät sich ein guter Kunstverstand. So kann man das einaktige Opernschauspiel „Ahasver“, das Paul Racho geschickt aus dem gleichnamigen in Berlin bekannten Schauspiel von Hermann Heijermans geformt hat, getroffen ein bedeutendes Werk nennen, bedeutend nicht sowohl durch die Originalität, aber doch durch die innere Kraft der Begeisterung. Ein charakteristisches Kapitel aus der menschlichen Klemmlosigkeit an unserer Seele vorüber. Am heiligen Sabbat lehrte Petrus in das Haus der Eltern zurück, die ihn schon ermordet glaubten. Er lebt noch, aber einem Getösefremdel hat er sein Leben zu verdanken; er hat sich taufen lassen. Wie ein Ahasver wird er nun seines Daseins erst recht nicht froh, die eigenen Eltern verstoßen, versuchen ihn, sie, die selbst von Hans und Hof gejagt werden. Die ahasverische Ahasverie des Juden wird in diesem Schauspiel erschütternd gemalt. Dem Komponisten Friedrich Ritter ist es zum mindesten vom Theaterstandpunkt aus durchaus gelungen, Willen und Stimmung des Schauspiels zu treffen, zwar mit vorwiegend äußerlichen, tonmalischen Mitteln, aber doch auch in der Färbung der Streicherinstrumenten und an gewissen dramatischen Höhepunkten mit innerer Anteilnahme. Nur das Rosakleinmord drängt sich etwas naiv vor und eine gewisse italianisierende Süße in der Melodik paßt nicht völlig zu dem russischen Milieu, und doch ist mir solche Ehrlichkeit lieber als die Pseudooriginalität gewisser musikalischer Russifizierer. Hervorragend gut war die von G. Enders geleitete Aufführung mit Julius Rürger und Rosa Sacke-Friedel als Eltern und F. Hörnik als Sohn. Dem Bahnbau Herrn Fischötter will es allerdings nicht völlig glücken, für die Gestalt des höhnischen fortumpeierten Popen den rechten Ton zu finden. Die Hervorrufe der Autoren waren durchaus berechtigt. — Schade, daß die Aufführung von Donizettis melodienreicher Oper „Marie“, die den langen Theaterabend abschloß, nur bescheidenen Ansprüchen genügt. Es ist nicht eben diplomatisch gehandelt, an einem Abend, zu dem die Kritik geladen wird, die zweite Klasse der Darstellenden ins Treffen zu führen. Außer Herrn Fischötter (als Sergeant Sulpis), einem Komiker, der freilich seiner Stimme noch bedeutende Pflege angedeihen lassen sollte, hielten sich die Darsteller nur eben auf dem Niveau des gerade noch ausreichenden Durchschnitts. Nur das Orchester unter Tomichs Leitung spielte brav und sauber.

A. N.

Humor und Satire.

Begründung.

Die treue deutsche Seite will das öffentliche Wählein, drum soll auch in der neuen VII nicht dies Verfahren fehlen.

Doch läßt, wer da behauptet led, es sei nur beim Votieren in aller Offenheit der Zweck, die Wahl zu kontrollieren.

War unsere Absicht so etwas, da brauchen wir nicht eigens derlei; es geht auch ohne das — die Reichstagswahlen zeigen's.

Es läßt bei geheimer Wahl der preussischen Regierung getreue Zunker tausendmal genaue Kontrollierung.

Der Wähler wird herangeführt an die Zigarettenliste, wo man die Zettel sorgsam häuft im Einklang mit der Liste.

Gefehlt, bedarf man da wohl groß ein öffentliches Verfahren? Nein, wie gesagt, wir wollen bloß die deutsche Seite wahren

(und sorgen, daß auch in der Stadt — wo solche Seiten fehlen — ein jeder, der ein Wähler hat, weiß, wen er hat zu wählen).

Franz.

Notizen.

— Eine Statistik der Welthäfen hat die amerikanische Handelskammer veröffentlicht. Aus ihr geht hervor, daß New York jetzt an der Spitze der Welthäfen im Tonnagehalt der Schiffe für den Auslandsverkehr steht. Im Jahre 1908 waren es 12 154 780 Tonnen, was gegenüber dem Jahre 1898 eine Zunahme von 56,4 Proz. bedeutet. London nahm hingegen in den zehn Jahren von 1897—1907 22,4 Proz., von 1 110 925 Tonnen auf 1 160 367 zu und sank damit an die dritte Stelle, während sich Antwerpen mit einer Zunahme von 81 Proz., von 6 181 922 Tonnen auf 11 211 803 Tonnen, auf den zweiten Platz emporzuschwang. In derselben Periode konnte Hamburg eine Zunahme von 82,7 Proz., von 6 000 515 Tonnen auf 10 888 553 Tonnen verzeichnen und damit die vierte Stelle einnehmen, während Liverpool 48,2 Proz., 8 167 420 Tonnen gegen 5 445 894 Tonnen gewann.

Abg. Rapp (freil. Sp.): Im vorigen Jahre hat gerade Herr Erzberger in der Budgetkommission weitgehende Anträge auf Einschränkung der Militärkapellen gestellt, er wollte vier oder fünf Millionen sofort abgeben, um dies zu erreichen. Heute urteilt er anders. (Weiterkeit.)

Abg. Erzberger (Z.): Bei den Freisinnigen scheint mit dem Vordringen der Militärkapellen in Trümmer gegangen zu sein; man vergleiche nur ihre heutigen Angriffe gegen den Kriegsminister mit ihren vorjährigen Reden. (Weiterkeit im Zentrum.)

Der Titel wird bewilligt.  
Beim Kapitel „Naturabverpflegung“ fährt  
Abg. Wehl (natl.) Beschwerde darüber, daß die Militärverwaltung Proviant zum Teil vom Auslande beziehe.

Oberst v. Bastraw erklärt, daß die Militärverwaltung im vorigen Jahre leider nicht in der Lage war, den Bedarf an Heu zu 1/2, wie sonst im Inlande zu decken; soweit möglich solle aller Proviant im Inlande gekauft werden.

Das Kapitel wird bewilligt.  
Darauf vertagt das Haus die Fortsetzung der Beratung auf Freitag 1 Uhr.  
Schluß 1/2 Uhr.

## Das Prebecho der Bethmannischen Rede.

„Berliner Tageblatt“:

Mit stürmischen Pfaukräusen von der Handvoll sozialdemokratischer Abgeordneter im Dreiklassenparlament wurde der preussische Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg empfangen, als er sich zu seiner Begründung der Wahlrechtsvorlage anschickte. Und man muß es diesen Abgeordneten lassen, daß sie zum mindesten eine feine Bitterung bewiesen, als sie gleich mit einem lebhaften Protest einsetzten. Denn je weiter Herr v. Bethmann Hollweg sprach, um so deutlicher stellte sich heraus, daß es zwischen ihm und der ganzen Linken, zwischen ihm und allen modernen und freisinnigen empfindenden Elementen des Volkes wirklich keinen Schatten einer Verständigung geben kann. Der Herr Ministerpräsident tat auch diesmal wieder, als wolle er sich über die Parteien stellen, und er versuchte mit einem historischen und geschichtsphilosophischen Mantelchen die reaktionäre Tendenz seiner Rede zu verhüllen. Aber diese langatmige und ausdruckslose Rede bedeutete doch nichts anderes als eine tiefe Verbeugung vor dem agrarischen Junkertum und ein Loblied auf den preussischen Staat, wie er heute ist.

Was an der Bethmannischen Rede am unsympathischsten berührte und zugleich seine reaktionäre Anschauungsweise und seine Unzulänglichkeit am deutlichsten erkennen ließ, das waren seine Stichleien auf das freie und gleiche Wahlrecht. Dieser Minister, der doch einstweilen noch recht wenig gekümmert hat, behauptet, daß politische Kultur und Erziehung um so mehr leiden, je demokratischer das Wahlrecht wird! Er wirft den Parlamenten vor, daß sie dazu beigetragen hätten, die politischen Sitten zu verflachen und zu zerstören. Und er wehrt mit einer Entrüstung, die einer besseren Sache wert gewesen wäre, eine Kontrolle Preußens durch die übrigen Bundesstaaten ab. In Wirklichkeit will Preußen die übrigen Bundesstaaten kontrollieren. Das verriet Herr v. Bethmann Hollweg etwas zu offenkundig, als er sich gegen eine Demokratisierung des Bundesrats wandte. Das Deutsche Reich soll auch weiterhin unter der preussischen Amate stehen.

Auch die Frage, ob öffentliches oder geheimes Wahlrecht, ist „Ueberzeugungsfrage“. Mit solchen Phrasen läßt sich schließlich auch jede Schurkerei beschönigen. Das sollte man aber die Begründung der öffentlichen Wahl durch den Satz: „Unser ganzes Leben steht auf dem öffentlichen Wahlrecht.“ Wir wollen aus der Gebundenheit zur Freiheit, Herr v. Bethmann Hollweg! Wir wollen vor allen Dingen, daß der politische Wille des einzelnen Wählers nicht entstellt wird, daß man den Beamten wegen seiner Abstammung nicht schurkelt, daß man den Arbeiter und den kleinen Handwerker nicht terrorisiert. Wer gegen diese von allen Seiten erhobenen Forderungen nichts weiter vorzubringen weiß als einen seichten Rechtsch, der macht sich seine Aufgabe entweder sehr leicht, oder sie ist — und das ist in diesem Falle das Wahrscheinliche — für seine Schultern zu schwer.

„Vossische Zeitung“:

Als Herr v. Bethmann Hollweg heute im Abgeordnetenhause vor überfüllten Tribünen das Wort zu seiner Wahlrechtsvorlage nahm, wurde er von einigen Sozialdemokraten mit überflüssigen Pfaukräusen empfangen, worauf aus den Reihen der Rechten die noch überflüssigere Antwort ertönte: „Kaus mit den Hundeln!“ Es war eine ziemlich stürmische Szene. Aber die Aufregung begann sich bald zu legen. Denn der Ministerpräsident sprach so einseitig, seine Ausführungen waren so professoral, sie ergingen sich so wunderlich in Allgemeinheiten, daß man oft ein gelindes Staunen nicht zurückhalten, aber kaum je auch nur in herzhaften Unwillen ausbrechen konnte. In der Tat, anders als sonst in Menschenköpfen malt sich in diesem Kopf die Welt. Vielleicht hat einst der romantische General v. Radomitz ähnliche Staatsräume gehabt. Vielleicht muß man auf Anillon zurückgehen, um ein Muster zu finden, oder auch man wird in Herrn v. Bethmann Hollweg den allerneuesten Hegelianer erblicken, der an den preussischen Einrichtungen den Satz erläutert: „Alles, was ist, ist vernünftig.“

Herr v. Bethmann Hollweg sprach philosophisch über die Frage, ob wir mit der höheren Bildung der Jugend noch auf dem richtigen Wege sind, und theologisch von der tiefen religiösen Bewegung unserer Zeit und dem Drang nach innerlicher Vertiefung, kulturhistorisch über das ungeliebte Verhältnis der Kultur zur Demokratisierung und feilheitsmäßig über parlamentarische Stimmungsbilder, die er nicht leiden mag. Er sagte dem Parlament just keine Schmeichelei, wenn er bezweifelte, daß es zur politischen Erziehung und nicht vielmehr zur politischen Verflachung beitrage. Aber — du lieber Gott, was hat das alles mit der Wahlrechtsvorlage zu tun? Es war eine sehr mächtige Plauderei eines Ansehens, nachdem er ungefähr eine Stunde lang geredet hatte, verabschiedete Herr v. Bethmann Hollweg, jetzt komme er zur Wahlrechtsvorlage. Alles atmete erleichtert auf. Aber es war ein Irrtum. Noch kam ein Exkurs über die Jurat als schlechte Raigerbin und über Bismarck als Wahlrechtspolitiker und über den Reichstum deutscher Kultur und über den individualistischen Zug im deutschen Volk und über die schwedischen und schottischen Stämme und über die Eigenart des preussischen Volkes — fast hätten wir die wunderbaren Auslassungen gegen die geheime Wahl vergessen. . . .

„Freisinnige Zeitung“:

Vielfach hatte man geglaubt, daß der Beginn der Wahlrechtsdebatte auch der Umgehung des Abgeordnetenhauses seinen Stempel aufdrücken und Straßendemonstrationen der Sozialdemokraten hervorrufen werde. Damit war es nun freilich gar nichts. In dem Saal freilich versuchten die Herren, die sich dort als die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung aufspielen, zu demonstrieren, indem sie den Ministerpräsidenten sofort bei seinem Erscheinen mit Pfaukräusen und mit den sonst aus der sozialdemokratischen Presse schon hinlänglich bekannten Schimpfnamen überschütteten. . . .

Die Erwartungen, die man auf das persönliche Eingreifen des Herrn v. Bethmann Hollweg zu setzen berechtigt war, wurden zum größten Teile enttäuscht. Allerdings bemühte sich der Reichskanzler, nachzuholen, was die schriftliche Begründung des Gesetzentwurfs verfaumt hat, und gewissermaßen eine allgemeine Begründung der Vorlage zu liefern. Aber nach seiner Gewohnheit verlor er sich allzu oft so sehr in den weitesten Allgemeinheiten, daß das zur Diskussion stehende Thema davon nichts profitierte. Gewiß, man hört Herrn v. Bethmann Hollweg, wenn er sich in philosophischen und wissenschaftlichen Exkursen ergeht, nicht ungerne zu; seine Ausführungen sind, falls man die Voraussetzungen gelten läßt, in sich konsequent, und er versteht es, die Dinge von

einem besonderen Gesichtswinkel zu betrachten und ihnen eine originelle Seite abzugewinnen; aber zu überzeugen vermag er nicht. Er kann nicht einmal blenden; dazu ist er zu sachlich-trocken. So waren seine theoretischen Betrachtungen über das Wahlrecht wirkungslos, und seine Rechtfertigung des Dreiklassenwahlrechts insbesondere bewegte sich in derartigen staatsrechtlichen und historischen Spekulationen, daß sie schon dadurch völlig kühl ließ.

„National-Zeitung“:

... Mit der Frische und Energie, die auch einem preussischen Major gut anstehen würden, gepflückt der Reichskanzler, gleich in medias res hineinspringend, all die zahlreichen, zum Teil recht hinterhältigen Verdächtigungen, mit denen man seit Erscheinen der Vorlage die Haltung und die Absichten der Regierung, namentlich von liberaler Seite, begleitet hat. . . . Die Behauptung, daß das Dreiklassenwahlrecht auf agrarische und feudale Verhältnisse zugeschnitten sei, weist der Reichskanzler in ihrer ganzen Haltlosigkeit zurück. All die vom „Berliner Tageblatt“ und dem „Vorwärts“ in kürz gelesenen Verbeugungsphrasen erledigt Herr v. Bethmann in schlagender und für den ruhigen, sachlichen Zuhörer überzeugender Weise. Es ist nicht nur die beste Rede, die Herr v. Bethmann Hollweg je gehalten hat, sondern auch eine der vortrefflichsten reberischen Darlegungen, die an dieser Stelle überhaupt vom Ministerpräsidenten geäußert worden sind. Die Rede steigert sich allmählich zu einer allgemeinen Uebersicht mit all der Unzufriedenheit, die in dieser Frage ausgesprochen worden ist. Von rechts Beifall, von links Zwischenrufe, die der Redner schlagfertiger als je glänzend zurückweisen versteht. Historische Rückblicke, Parallelen mit der Parlamentsgeschichte anderer Länder, alles unter großzügigen Perspektiven, bringt der Reichskanzler und weiß so immer aufs neue das Interesse des Hauses zu fesseln und alle auf der linken vorhandenen Unruhe wirksam zurückzudämmen. „Preußen läßt sich nicht in das Hohwasser des Parlamentarismus verschleppen, solange die Macht seines Königtums ungebunden ist“, ruft der Kanzler mit erhobener Stimme aus und eine mächtige Bewegung geht durch das Haus. Mit Recht! Diese Worte sollen Herrn v. Bethmann Hollweg nie vergessen werden. Geben sie doch die Stimmung aller ernst zu nehmenden, so recht an der allpreussischen guten monarchischen Ueberlieferung festhaltenden Politiker wieder. . . .

„Germania“:

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten über die Frage der geheimen oder öffentlichen Wahl waren nicht überzeugend, aber sie waren auch nicht so entschieden ablehnend gegenüber der Forderung der geheimen Wahl, wobei man daraus nicht die Hoffnung schöpfen dürfte, die Regierung werde die geheime Wahl annehmen, wenn die Mehrheit des Hauses diese als die bessere anerkennt und annehmen würde. Zum Schluß pries der Minister in vollen Tönen die „preussische Eigenart“, die es nicht erforderlich erscheinen lasse, daß die verschiedenen Bundesstaaten in ihren konstitutionellen Entwicklungen homogene Bahnen einschlagen; er betonte dabei auch den föderativen Charakter des Reiches. . . .

„Reichsbote“:

... Unentwegt schrien die 6 Männer im Talle ihre „Pfui“ in den Saal. Waren die StrakenDemonstrationen fortgefallen, so mußte die sozialdemokratische Theatertruppe doch eine andere Sensation erfinden, war sie auch noch so albern und ordnungslos. Allmählich legt sich der Sturm und der Ministerpräsident kann beginnen. In fünfviertelstündiger Rede läßt er seinen Gedanken freien Lauf, und es muß gesagt werden, daß es zwar ein Genut war, seinem Gedankenflug zu folgen, doch an die Aufmerksamkeit aber harte Anforderungen gestellt wurden. Vielleicht wäre die Rede noch eindrucksvoller gewesen, wenn sich der Ministerpräsident etwas mehr Beschränkung auferlegt hätte und seine staatsrechtlichen Abschweifungen nicht zu sehr ausgedehnt hätte. Seine Rede machte mehr den Eindruck einer akademischen Vortragsweise über die Gründe des Scheiterns nach einer Wahlreform, als den der Begründung der inneren Notwendigkeit für die Einbringung von Ueänderungsvorschlägen seitens der Regierung. . . .

## Französischer Parteitag.

3. Tag.

Rimes, 8. Februar. (Fig. Ver.)

Die Diskussion über die Altersversicherung wird fortgesetzt.

Quiblier (pro) betont die Autonomie der Partei gegenüber der C. G. T. Wohl wären aber gemeinsame Erörterungen wichtiger Arbeiterfragen angezeigt. Der Einwand, daß die Beitragsleistung der Arbeiter den Gewerkschaften Abbruch tun werde, wird durch den Auffassung der Vergarbeiterorganisation seit dem Pensionsgesetz widerlegt.

Lafargue (kontra): Die Vorlage ist eine Wahlmache. Immer wird die Altersversicherung vor den Wahlen präsentiert. Die jetzige Vorlage bietet weniger als das bestehende Altersunterstützungsgesetz. Der Redner bespricht ihre Einzelheiten. Es ist eine Illusion, daß die Kapitalisation öffentlichen Arbeiten zugunsten kommen würde. Aber wichtiger als die Kapitalisation ist die Altersgrenze und die Beitragsleistung. Von 11 408 000 für Lohn Arbeitenden sind nur 807 000 über 65 Jahre alt. Günstig und Verteilung haben für 1898 berechnet, daß nur 7 Proz. das Alter von 65 Jahren erreichen, Verteilung kommt zu einer Ziffer von 4 Proz. für Paris, ja in manchen Vierteln, wie im 13. Arrondissement, verschwinden überhaupt alle Arbeiter vor 65 Jahren.

Crozier bespricht den Wert dieser Ziffern: Nach der Bevölkerungsstatistik bleiben 35 Proz. bis zum 65. Jahre am Leben, geht man nur die Personen über 15 Jahre in Betracht, wie dies richtig ist, sogar 40 Proz. Berücksichtigt man die geringe Sterblichkeit der Besitzenden, so kommt man noch immer zu dem Ergebnis, daß von den Arbeitern über 15 Jahre 25 die Altersgrenze erreichen.)

Lafargue schildert die Kollage der Textilarbeiter im Norden, den Steuerdruck, der auf der Landwirtschaft lastet und äußert die Furcht, daß die Partei für die neuen Lasten verantwortlich gemacht werden werde. Der Redner hält den Befürwortern des Gesetzes den Wechsel ihrer Stellung zur Konföderation vor. Ich habe nie an die Autonomie von Gewerkschaft, Genossenschaft und Partei geglaubt, sondern immer ihre Zusammenarbeiten befürwortet. Nehmen Sie das Gesetz an, so ist das der Krieg mit der Konföderation. Stimmen wir gegen das Gesetz und beginnen wir sofort eine Agitation für eine neue, von uns ausgearbeitete allgemeine Versicherungsvorlage, gemeinsam mit der Konföderation. (Sembat: Die wird ja gegen das Gesetz sein.) Nun, dann werden wir allein die Propaganda ins Land tragen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Sembat (pro): Was hier in Frage ist, ist nicht die Altersversicherung allein, sondern unsere Taktik, unsere Methode überhaupt. Darum gibt es hier auch kein Ausweichen, keine Abstinenz, sondern wir müssen mit dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit Ja oder Nein sagen. Von den Einwendungen, die gegen das Gesetz erhoben werden, kann diejenige keine Geltung haben, die darauf verweist, daß Angehörige der bürgerlichen Parteien wie Ribot dafür sind. Da ist Herbe mit seinem Antiparlamentarismus wenigstens losig. Denn wenn wir die Unterstützung der Bürgerlichen nicht wollen, müssen wir gegen jedes Gesetz stimmen, solange wir nicht die Mehrheit im Parlament haben. Die Vorlage bedeutet bei all ihren Mängeln eine wichtige Errungenschaft. Zum erstenmal ist in ihr das Prinzip anerkannt, daß der alte Arbeiter ein Recht darauf hat, von der Gesellschaft unterstützt zu werden. Wenn Sie jetzt uns vordrehen, wie wenig Arbeiter die Altersgrenze erreichen, sehen Sie sich da nicht der Gefahr aus, daß die Gegner der Versicherung Ihnen entgegenhalten: Die ganze Zeit her habt ihr gefordert, daß etwas für die alten Arbeiter geschehen müsse und nun stellt ihr selbst fest, daß es überhaupt keine gibt! (Weiterkeit und Beifall.) Ich will Ihnen selbst zugeben, daß wir

nur 7 Proz. das Bezugsalter erreichen. Aber was wird daraus folgen? Daß man, förmlich automatisch, dieses herabsetzt. Ist das Gesetz der Verbesserung fähig? Das ist die ganze Frage. Sie wollen keine Ablehnung und eine Agitation für eine neues Gesetz, unsere Methode ist das Erzeugnis festzuhalten und für weitere Verbesserungen zu kämpfen. Sie scheitern mit besser, Scheitern mit jedwemfalls ein Zeitgewinn. 24 Jahre sind seit dem ersten Antrag Jaurès verfloßen. Denken Sie an die Umständlichkeit des parlamentarischen Apparates! Was die finanzielle Bedienung anlangt, ziehe ich das Umlageverfahren vor, aber je mehr ich die Kapitalisation schmähen höre, desto günstiger denke ich über sie. — Man darf die Rente nicht nur unter dem Gesichtspunkt des augenblicklichen Vorteils betrachten, den sie dem alten Arbeiter bietet. Sie gibt dem Arbeiter überhaupt einige Sicherheit. Neben der Herabsetzung der Altersgrenze haben wir als Verbesserungen vor allem zu erkämpfen die Erhöhung des Staatsbeitrags und die Selbstverwaltung der Kassen durch die Arbeiter. Diese Verbesserungen sind für uns erreichbar. Redner erörtert dann das Verhältnis zur C. G. T. Wir sind verpflichtet, sie zu hören. In Berufsfragen ist sie kompetent, aber nicht in der Politik. Sie selbst hat sich in Amiens jenseits der „Sekten“ gestellt. Sie wirft uns vor, nur „Reinungen“ zu betreiben, aber in ihrer Aktion beruft sie sich selbst auf Meinungen, die Reinungen von Marx u. a. In freien Ländern aber ist die öffentliche Meinung eine große Macht, ohne sie kann kein großer Streik gewonnen werden. Und sie drückt sich, Herbe mag sagen, was er will, im Refus der Wahlen aus. Wir treiben keine Populärkascherei, sonst hätten wir uns nicht der verfolgten Anarchisten, Syndikalist, ja Herbes selbst angenommen. Ebenso wenig wie am Schlepptau der Konföderation wollen wir an dem der Radikalen sein. Geben Sie uns eine klare Ordnung, für oder gegen das Gesetz zu stimmen! Ich bin der Meinung, daß wir uns nicht damit begnügen sollen, es zu beschimpfen, sondern daß wir Verbesserungen vorschlagen sollen. Dann aber wollen wir, mit einer öffentlichen Erklärung auf der Tribüne, für das Gesetz stimmen. (Anhaltender Beifall.)

Nachmittagsitzung.

Die Debatte wird fortgesetzt.

Quiblier (Seine, kontra) spricht vom Standpunkte der C. G. T., deren Sekretär er war. Er verwahrt sich gegen Sembats Darstellung, als ob die Konföderation gegen die sozialen Reformen sei. Aber die Vorlage sei gar keine wirkliche Reform. Er erklärt die Arbeiterbeiträge für unannehmbar und bezweifelt, daß die Herabsetzung der Altersgrenze so leicht herbeizuführen wäre. Er bekämpft auch die Kapitalisation. Die C. G. T. würde an der Verwaltung der Kassen vermutlich nur dann teilnehmen, wenn der Staat kein Aufsichtsrecht in Anspruch nähme, und dies ist nicht zu erwarten. Die vorliegende Frage ist vor allem eine Arbeiterfrage und darum hat die Partei, ohne ihrer Autonomie etwas zu vergeben, ihrer Mission folgend, den Willen der Arbeiterklasse zu vollstrecken und der Entscheidung der C. G. T. zu folgen. Die Kapitalisation liefert dem Staat die Möglichkeit zu Verdrügeren, zur Konfiskation im Kriegsfall. Die Vorlage ist eine neue Anwendung der Methode Waldeck-Rousseau. Die radikale Partei macht die Reform nicht um der Arbeiter willen, denn dann würde sie sie anders machen. Sie macht sie vor allem für die Bourgeoisie, für ihre Profitbedürfnisse. Wenn Sie schon Kapitalisieren wollen, dann verlängern Sie die Kapitalisationsperiode gleich auf 80 Jahre und Sie machen die Arbeiterbeiträge überflüssig. Kapitalisieren Sie überhaupt alle öffentlichen Ausgaben für den Militarismus usw. — Ich bitte Sie, den Graben zwischen der Partei und der Konföderation nicht zu vertiefen. Es ist nicht richtig, daß die Konföderation der Partei unfreundlich gesinnt ist. Nehmen Sie Akt von ihrer Entscheidung und zeigen Sie, daß die Partei die politische Vertretung der Arbeiterklasse ist. Erschweren Sie nicht die Situation der Konföderierten, die für ein gutes Verhältnis mit der Partei arbeiten. Wenn Sie gegen das Gesetz stimmen, so bleibt die sozialistische Partei wohl eine politische Partei, aber nicht die der Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.)

Jaurès begrüßt die Intervention Duques als ein Angehen der Besserung der Beziehungen zwischen Partei und Konföderation. — Quiblier selbst hat bis auf die Kapitalisation die Möglichkeit von Verbesserungen zugegeben. Die Bedeutung dieses Kongresses ist, daß zum erstenmal die Partei, nach der Feststellung ihrer allgemeinen Regeln vor eine große Reform gestellt ist. Redner verweist auf die einstimmige Zustimmung der Fraktion im Jahre 1906. Und diese Zustimmung geschah nicht um des Gesetzes willen, sondern vor allem in Hinblick auf seine Verbesserungsfähigkeit, trotzdem die Beiträge dreimal so hoch waren. Damals hat sich keine Stimme dagegen in der Partei erhoben. (Bazargue protestiert und verweist darauf, daß er im 2. Wahlkreis gegen das Gesetz gesprochen habe.) Um so bestrebender war ich über die vor ein paar Wochen begonnene Campagne, in der man von Bezug und Diebstahl sprach. Aber auch die Konföderation hat nicht protestiert. (Quiblier: 1906 war das Gesetz nicht ernstgenommen!) Trotzdem hätten die sozialistischen Gewerkschaften uns warnen müssen. Sie halten Verbesserungen für unmöglich. Aber damals schon haben wir die wichtige Verbesserung der Aufnahme der Teilpächter unter die Versicherten durchgesetzt. Während der drei Jahre, als wir auf das Ministerium eintrugen, das Prinzip des Gesetzes zu verwirklichen, auf allen Parteitagen haben Sie keinen Protest vernommen lassen. Wenn Sie uns jetzt zwingen, unsere Haltung zu ändern, so leidet nicht der moralische Kredit der Fraktion allein, sondern der ganzen Partei. In allem Haf, dem wir in der Kammer begegnen, lebt die Akt u n g vor uns, als einer Partei, die weiß, was sie will, und ihre Entscheidungen mit klarer Ueberzeugung trifft. Gefährden Sie sie nicht, indem Sie von uns verlangen, uns zu desabundieren. — Ich bedauere, daß man uns ungenaue Ziffern zitiert. Ueber das Verhältnis derjenigen, die die Vorteile dieses Gesetzes genießen werden, zur Gesamtzahl der Beitragsleistenden wird erst die Erfahrung Aufschluß geben. Bei einer Zahl von 1 200 000 Rentenzüglern würde die Rente 400 Frank betragen. Bazargue glaubt, daß nur 800 000 die Vorteile des Gesetzes genießen werden. Ich habe von tüchtigen Akteuren eine Berechnung über die Höhe der Rente bei 800 000 Berechtigten anstellen lassen, und wissen Sie, zu welchem Betrag sie gekommen sind? Zu einer Rente von 1080 Frank. (Bewegung.) Der Opposition liegt ein Irrtum in der Methode zugrunde. Sie verkennen, daß es in der Demokratie kein unbewegliches, erstarres Gesetz gibt. Das Gesetz spielt in der sozialen Oekonomie, im Leben der Klassen die Rolle, die die Gewohnheit im Leben der Individuen gibt. Wenden wir die Methode der Verbesserung an. Redner verweist auf den prinzipiellen Unterschied zwischen der Altersunterstützung und dem unbedingten Recht der Verzinsung, die die moralische Würde des Arbeiters hebt, auch dessen, der noch nicht 65 Jahre erreicht hat. An die Ueberwindung der Unternehmerbeiträge glaube ich nicht. Sie ist durch das Gesetz verboten. (Quiblier ruft: Die Arbeiter werden sie als Ankerpunkte bezahlen.) Quibliers Einwurf ist das Argument der liberalen Schule gegen jede Sozialreform. Man fürchtet auch die Herabsetzung der Löhne. Aber die ganze Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung spricht gegen diesen pessimismus. Denken Sie auch daran, welche materielle und moralische Bedeutung die Pension der Alten in den Arbeiterfamilien in Stützzeiten haben wird. Der Staatsbeitrag von 120 Millionen oder wird durch die am schwersten überwälzbare progressive Erbschaftsteuer fristen werden. Es ist also keine „Pension für die Toten“, sondern eine Pension durch die Toten — der Bourgeoisie nämlich. Wenn Sie die Deputierten tadeln, die das Gesetz votiert haben, so beurteilen Sie auch die Parteien der Internationale, die wie die deutsche und die österreichische Sozialdemokratie das Prinzip des Arbeiterbeitrags und der Kapitalisation akzeptiert haben. Redner beruft sich auf Mollens Ausführungen in der „Dumaine“. Mollensbuche ist nicht weniger als Revisionist. Für die Arbeitslosenversicherung waren die deutschen Genossen bereit, die Beitragspflicht zu übernehmen. Sie forderten vor allem einen Anteil an der Verwaltung. Ein solcher ist in der Vorlage immerhin gegeben. Jaurès beruft sich auf Adlers Erklärung

über das österreichische Projekt über die Arbeiterversicherung, das Beitragsleistungen von 6,50-88 Franz jährlich vorschlägt. Sind Kollensbub, Dr. Adler, Böttger, sind die Millionen deutscher und österreichischer Sozialdemokraten, die Sie uns so oft als Muster vorgehalten haben, unteillose Duplerte? (Beifall.) Jaurès stellt fest, daß das Altersversicherungsrecht die bestehende Altersunterstützung nicht berührt. Die ohne Beitragspflicht konstituierte englische Reform trägt den Charakter der Unterstützung an sich; in Frankreich, wo wir bisher nur verschiedene Arten von Wohltätigkeit kannten, ist die Reform, die ein neues Recht begründet. Wie wollen Sie ohne Beitrag der Arbeiter die Kosten decken? Durch die Einkommensteuer? Werthvoll, diese hat unter Ihnen nie so viele Freunde gehabt, wie seitdem sie schläft. Sie misstrauen dem Staat. Aber diesem „Dieb“ wollen Sie die großen Monopole übergeben. Ihre Vorliebe für das Umlageverfahren stammt zum Teil aus der Vorstellung, daß es einfach sei und viel Bürokratismus erspare. Diese Vorstellung aber ist irrtümlich, weil sie individuelle Durchführung voraussetzt. Und was ist mit den in das Proletariat herabgedrängten Kleinbürgern? Jaurès polemisiert gegen die Annahme, daß das angeammelte Kapital vom Staat angeeignet werden könne und führt aus, daß es vielmehr für sozial nützliche Zwecke verwendet werden könne. — Zum Schluß spricht Jaurès über das Verhältnis zur Konföderation. Niemals haben wir gesagt, daß die Partei die Entscheidungen der Konföderation einfach zu registrieren habe. Immer haben wir ihre, aber auch unsere Autonomie verteidigt, während manche von Ihnen ebendem die Gewerkschaft der Partei und nun die Partei der Gewerkschaft unterwerfen wollten. Ich begrüße das wachsende Interesse der organisierten Arbeiterklasse an der geschickten Arbeit. Wir aber sind es, die diesmal dem wahren Geist der Konföderation, welcher der der fortgeschrittenen Realisationen ist, treu bleiben. — Man sagt, wir spielen das Spiel der Radikalen. Ich glaube nicht, wie viele meiner Freunde, daß der Radikalismus bankrott ist, daß er sein Programm preisgegeben hat. Vielmehr meine ich, daß er es erfüllt hat. Jetzt sucht er Felsen in unserm Programm sich anzueignen. Unter der Devotion der Arbeiterklasse macht er Zugeständnisse an Forderungen, die wir aufgestellt haben und die er selbst ebendem für Utopien erklärte. Kennen Sie das einen Sieg des Radikalismus? Wir treiben keinen Wählerfang. Dem Volk Reformen zu versprechen, für die es keine Opfer zu bringen braucht, das ist eine Popularität, die dem Sozialismus nicht geizig ist. Wir wollen unsere Einwendungen gegen das Gesetz laut werden lassen, aber wir wollen dafür stimmen, um am Tage nach seiner Annahme die nötigen Verbesserungen zu fordern und dafür in ununterbrochener Aktion zu kämpfen, mit der Kraft, die die Ergebnisse, der Glaube an unser Ideal uns verleiht. (Stürmischer, sich wiederholender Beifall, an dem sich die überfüllte Galerie beteiligt.)

## Belgischer Parteitag.

Brüssel, 7. Februar. (Fig. Ver.)

### II.

(Fortsetzung der Beratung über die Wloppolitik und die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung.)

Delporte teilt der Auffassung entgegen, daß es sich um die „systematische“ Unterstützung einer liberalen Regierung handle. Wir werden uns die Freiheit zu wahren wissen, die Regierung nur dann zu unterstützen, wenn sie „vorwärts marschiert“. Delporte ist dagegen, daß man sich verpflichtet, für das Kriegsbudget und das Kontingent zu stimmen. — (Wanderbeweise macht da den Zwischenruf: Niemand hat das Gegenteil behauptet!) Delporte: Dagegen können wir nicht sagen, daß wir systematisch unsere Mitarbeit der Regierung verweigern. Wir werden nicht eintreten, solange die Majorität der Linken gering ist, denn wir tragen die Mitverantwortung für die liberale Ohnmacht. Aber in dem Augenblick, wo wir stärker sind, werden wir an der Regierungsmacht teilnehmen. Dann werden wir uns die Reformen selber machen! Unden wir uns nicht, stimmen wir für jene Budgets, die Reformen verzeichnen und vertreiben wir die anderen. Die Arbeiterklasse wartet auf den Sturz der Ministerialen wie auf eine Befreiung und wir sollen dazu helfen, daß sie wieder zurückkommen. Würde sich eine liberale Regierung etwa der Forderung des Achtstundentages widersetzen und lände sich eine Majorität ohne und gegen die Regierung, nun, dann werden wir den Achtstundentag zum Siege führen und die Regierung stürzen.

De Brouckere wendet der Resolution Wanderbeweise vor, daß sie eine Serie widersprechender Texte vereinige, wogegen man seiner (de Brouckere) wenigstens Klarheit zugestehet. Unter den Unterzeichnern der Resolution Wanderbeweise sind Anhänger und Gegner der Wloppolitik. Abg. Royer z. B. erklärt, daß man sich der Antistandener Resolution unterwerfen muß, Wanderbeweise will sie „interpretieren“: was nicht dasselbe ist! Die Einen sagen weis, die Andern schwarz, und dann verständigen sie sich, um grau zu sagen. Man behauptet, man will nicht die Teilnahme eines einzelnen an der Regierung, sondern eine unierem Kräfteverhältnis entsprechende Vertretung. Bis dahin akzeptieren wir die Mitarbeit an der Majorität. Etwas mehr Klarheit und Logik wäre für die sozialistische Gruppe in Zukunft wünschenswert. Es handelt sich darum, zu wissen, ob wir noch eine Arbeiterpartei der Unabhängigkeit und des revolutionären Geistes sind. Das war die Stärke unserer Partei in der Vergangenheit und sie wird es in der Zukunft sein. Es ist freilich nicht mehr Mode, sich revolutionär zu nennen. Das Wort „revolutionär“ macht heute in unieren Reihen lächeln und man gilt als Utopist, wenn man behauptet, daß die Revolution das Proletariat zum Siege führen wird. (Beifall.)

Der Wert der Reformen wird durch ihren revolutionären Geist bestimmt, ohne ihn bleiben sie immer armüthig. — Seit Jahren sind wir immer mehr der linke Flügel der liberalen Partei geworden. Zuerst haben wir auf den braven Herrn Janjon (Demokrat), dann auf den braven Herrn Hymans (liberal) und endlich auf den braven Herrn Renkin (liberal) gezählt.

(Da de Brouckere prophezeit, daß die künftigen Reformen nur Wfschwert sein werden, ruft man ihm zu: Wir sind nicht die Herren!)

De Brouckere: Das ist wahr! Bleiben wir daher auf unserem Platz in der Opposition und begnügen wir uns nicht mit Scheinreformen. Ich frage mich auch, wie denn eine das Proletariat repräsentierende Massenpartei noch bestehen soll, wenn unsere sozialistischen Deputierten nicht in einer unerkennbaren Opposition mit den bürgerlichen Vertretern stehen. Man wird das politische Interesse beim Proletariat erlöten. Ich das Beispiel Frankreichs, in dem diese Methode zur sozialistischen Anarchie, und das Amerika, in dem sie zur gewerkschaftlichen Zentralität geführt hat. Man wendet ein, daß die sozialistischen Abgeordneten in der Minorität zur Ohnmacht verurteilt sind, aber sie sind es nicht, wenn sie die organisierten Massen hinter sich haben. Ist es nicht das Verdienst unserer parlamentarischen Fraktion, wenn sich seit vierzehn Jahren die Situation unserer Arbeiterklasse verbessert hat?

Dem Vorstand, daß die Anhänger seiner Auffassung demnach alle bürgerlichen Regierungen gleichermaßen bekämpfen wollen, begegnet de Brouckere, indem er sagt: Es gibt bürgerliche Regierungen mit gewalttätiger und mit milder Politik; immer aber, ob sie mehr oder weniger schlecht sind, müssen sie der zu bekämpfende Feind bleiben, und es wäre eine schlechte Taktik, die die Arbeiterklasse dahin brächte, den „wenigst schlimmen“ Feind zu unterstützen. — Eine Regierung, die sich übrigens auf so heterogene Elemente stützen muß, könnte gerade knapp leben und wäre zur Ohnmacht und Unbeweglichkeit verurteilt. Man wirft mir vor, die liberal-liberale Konzentration zu wollen, und ich gestehe, daß ich es lieber sähe, die Liberalen verbänden sich mit einem Teil der Rechten, um unerbittliche Reformen durchzuführen, als daß sich die Sozialisten zuerst mit den Liberalen assoziieren, um dann bei der nächsten Schau zu suchen. Wenn eine Partei sich kompromittieren muß, so bin ich dafür, daß es die Liberale ist. — De Brouckere kommt dann auf die Frage der Votierung des Budgets zu sprechen, die

unfehlbar einen Verlust der Unabhängigkeit der Sozialisten mit sich brächte und erinnert an den Vorfall in Süddeutschland, der einen solchen Empörungsausbruch hervorgerufen hat. Er kritisiert die Bestimmung der französischen Revolution, die die Votierung des Budgets unter „außerordentlichen Umständen“ mit Zustimmung der Partei gestattet. (Zwischenruf Wanderbeweise: Wir sind einzig über diese Resolution!)

De Brouckere: Ja, aber man darf das Wort „außerordentlich“ nicht heuchlerisch interpretieren, wie das im Ausland geschehen ist. Die Votierung gegen die Budgets muß der Grundlag der Partei bleiben. Mit dieser Politik werden wir vielleicht mandats Weigern bei den Wahlen haben, aber unsere Kraft ruhte in der Arbeiterklasse und die Zukunft gehörte uns. (Bei einem Teil der Versammlung stürmischer Beifall.)

Ansele wendet sich gegen den Vorwurf de Brouckeres, daß die Wanderbeweise Resolution der Klarheit mangelte: es sei vielmehr die Resolution de Brouckeres, die Verwirrung stiften und in der Arbeiterklasse Unklarheit erzeugen würde. Er sucht das folgendermaßen zu beweisen: Eine arbeitereindliche Regierung ist gefallen, eine neue ist mit unserer Mitwirkung da, um Reformen durchzuführen. Hält die liberale Regierung Wort, so werden die Arbeiter in jeder Session Reformen bekommen, und ich ziehe vor, daß die Liberalen ihr Wort halten, als daß sie es verleugnen. Auf diese Weise erhalten wir stufenweise Reformen, die uns sonst mehr Mühe und Opfer kosteten. (Zwischenruf: Ist das Sozialismus?) Es handelt sich hier nicht um die sozialistische Theorie, sondern um das praktische Mittel, so rasch wie möglich Reformen für die Arbeiter, aber die wir uns alle einig sind, zu verwirklichen. De Brouckere mag unbesorgt sein, wir werden niemals die Gefangenen der Liberalen sein. Haben Sie Vertrauen zu uns! Auch wir sind „Revolutionäre“, aber nicht der „revolutionäre Geist“, sondern die Organisation und die Disziplin wird die Arbeiterklasse zum Siege führen. (Zwischenruf: Und der sozialistische Geist!)

Ansele verweist auf die wirtschaftliche Entwicklung, die zeigt, daß das Heil in dem siegreich anstehenden Wege des Proletariats ruht. Wird einmal eine Veränderung der Taktik nötig sein, dann werden wir Genossenschaften, Gewerkschaften, politische Aktion beiseite tun und das Gewehr zu nehmen wissen und die „Gemäßigten“ werden nicht die Feigsten sein.

Wir zählen nicht auf die „Bourgeoisie“, wie de Brouckere und vorhält, man sage uns das nicht in der Zeit der Ausperrungen von Verbots, Sent, Wetteren usw. Diese Kämpfe stigen in unserem Fleisch und wir fühlen nur auf uns allein! Wir sind nie vom Wege abgewichen! Wir sind keine jungen Mädchen, die auf dem ersten Voll gehen, wir sind alte Motronen. Und doch fürchtet man für uns! Gewiß wird es nötig sein, die Liberalen auszutreiben, um eine schmerzliche Geburt herbeizuführen und wenn möglich die schönste Zwillingsgeburt.

Das de Brouckere Argument, daß die Votierung des Kriegsbudgets der antimilitaristischen Propaganda ins Gesicht schlägt, sucht Ansele durch die Analogie zu entkräften, daß er den Eid auf die Konstitution schwört, um den Tag darauf für die Revision zu arbeiten. Die Arbeiterklasse verheißt sehr wohl die Notwendigkeit dieser Schwüre und wird uns niemals solche Normalitäten verweigern, wenn wir damit zu Reformen kommen. Wenn mich die Umstände dazu zwingen, werde ich für das Kontingent und die Budgets stimmen, weil ich dazu gezwungen bin. Wenn man kein liberal-reformistisches Ministerium unterstützen darf, so müssen die Sozialisten in Lüttich und im Hennegau aus der Provinzialverwaltung austreten. Wollen Sie die Mitarbeit in neuen Provinzen gestatten, aber nicht die Mitarbeit für die Staatsregierung zulassen? Ansele wehrt sich gegen den Vergleich mit Gompers, der sich mit kapitalistischen Unternehmern vereinigen und die Masse der eingewanderten Arbeiter gepflegt hat, um die privilegierte Stellung einer Arbeiterminorität aufrecht zu erhalten. Wir werden niemals um Reformen betteln. Unsere Tagesordnung sagt: diese und diese Reformen wollen wir; wenn Ihr sie durchführen wollt, Liberaler, gut, werden wir Euch unterstützen — wenn nicht, werden wir Euch stürzen! Ist das die Sprache von Bettlern? De Brouckere meint, daß wir eher Reformen bekommen, wenn wir gegen das liberale Ministerium stehen, aber wenn wir ein reformistisches Kabinett bekämpfen, wird das ein Triumph für die Liberalen und die Doktrindären sein. Die Progressisten und die Christlichen Demokraten werden geschlagen sein, und auch wir werden besiegt und geschwächt sein. Und die neue Regierung wird sich als die realistischste gegenüber der in die Minorität zurückgedrängten Demokratie zeigen. Es wäre die Entfesselung aller kapitalistischen Kräfte und Willkür. An dem Tage, an dem wir das demokratische Ministerium stürzen, würden die Schloßherren und Kapitalisten Illuminieren und wir verlore an diesem Tage ein Viertel unserer Anhänger.

Bezüglich der Budgetvotierung sagt Ansele noch: Wenn wir nach dem Sturz der Ministerialen ein liberales Ministerium haben, werden wir ihnen feierlich unser Reformprogramm bis zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht vorlegen — dies wird die „außerordentliche Situation“ sein, von der die Pariser Resolution spricht und die uns gestatten wird, für das Budget zu stimmen. — Die Taktik de Brouckeres scheint die reinste und unverfälschteste; sie ist aber nur eine Taktik der Furcht und des Mißtrauens, die vor der Verantwortung zurückläuft. Seien wir nicht mit einer Klassenpartei, sondern auch eine praktische Partei. — Was man in den Gewerkschaften macht, um den Unternehmern Verbesserungen für die Arbeiter zu entreißen, das wollen wir auf politischem und parlamentarischem Gebiete tun! Ansele begegnet noch dem Einwand, daß der Ministerial Senat die Reformarbeit hinterziehen würde, indem er sagt: Dann wird eben der Senat die Forderung bezahlen. Er schließt mit den Worten: Mit der Resolution Wanderbeweise gehen wir einer Seite der Reformen entgegen, die uns dazu verhelfen werden, den Kapitalismus allenthalben wegzufegen, denn sie werden uns das Wissen und die Erfahrung geben, um die neue Gesellschaft zu erobern. (Stürmischer Beifall beim anderen Teil des Kongresses.)

Mit dieser Rede, die ja alle Vorzüge der Rede- und Ueberredungskunst Anseles reichlich zeigte, war die Debatte erschöpft. Genosse Guymans brachte — für die Diskussion freilich zu spät — ein Amendement ein, in dem ausgesprochen ist, daß auf Grund der prinzipiellen Erklärungen der internationalen Kongresse die Partei weder an einer Bourgeoiseregierung teilnehmen, noch ihr ihre systematische Unterstützung leisten kann. — Die Votierung der wesentlichen Budgets, wenn von ihnen die Eröberung einer Reform abhängt, kann nur nach vorhergehender Beratung mit der Partei erfolgen. — Guymans hat dieses Amendement eingebracht, weil die Wanderbeweise Resolution, wie er sagt, zu viel „offene Türen“ hat und keine Pflanz enthält. Wanderbeweise sprach sich gegen diese Resolution aus, die nach ihm der Situation „unbewußt“. Der Kongress mag zwischen den zwei diskutierten Resolutionen entscheiden. Noch lebhafter Debatte, in der Guymans bemerkt, daß auch Wanderbeweise auf Kongressen oft in letzter Minute mit Änderungen komme, wird zur namentlichen Abstimmung geschritten, die das bereits gemeldete Resultat ergab. Damit war der erste Verhandlungstag zu Ende, der in beiden Lagern tiefe Eindrücke erzeugt hat.

## Erster Verbandstag der Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 9. Februar. (Fig. Ver.)

### 3. Verhandlungstag.

#### Zum wichtigsten Punkte der Tagesordnung

#### Verschmelzung mit den Maurern

referierte Wehrendt-Hamburg. Die Verschmelzungsfrage sei für die Bauhilfsarbeiter keine neue Frage. Schon vor zwei Jahren sei von den Bauhilfsarbeitern betont worden, daß die Form eines großen Bauarbeiterverbandes die geeignete wäre. Fast auf allen großen Kongressen ist diese Ansicht zum Ausdruck gebracht worden. Wenn man es einmal nicht tat, so deshalb, weil bei den

Maurern dieser Gedanke keine Gegenliebe fand. Unsere beiden letzten Verbandstage haben sich besonders ausgiebig mit der Verschmelzungsfrage beschäftigt. Der letzte Verbandstag, im vorigen Jahre in Köln, hat einstimmig die Verschmelzung im Prinzip beschlossen. Und bei der Abstimmung in den Mitgliederversammlungen sind 85 Proz. der Abstimmenden für die Verschmelzung eingetreten. Unsere Kollegen dürfen nach allem diesem mit der Materie hinreichend vertraut sein. Auf die Einrichtungen in den beiden Verbänden kann es bei der Verschmelzung nicht ankommen, die Stärkung der Agitations- und Stützkräfte der Organisation ist das leitende Motiv. Die Kämpfe im Baugewerbe können in einer geeinten Organisation des Baugewerbes erfolgreicher geführt werden als von einer einzelnen Organisation. Auch die Verhandlungen bei Tarifberatungen werden erleichtert, wenn die Zahl der beteiligten Verbände eine geringere ist. Die Entwicklung zwingt uns zum Zusammenschluß, ist doch auch die Konzentration sozialistischer Verbände des Baugewerbes zu einer kompakten Masse eine eiserne Notwendigkeit. Die Unternehmern schließen sich immer mehr zu großen Verbänden zusammen. Bei Lohnkämpfen kommt es oft vor, daß andere Verufe in die Bewegung mit hineingezogen werden. Schon aus diesem Grunde ergibt sich die Notwendigkeit einer Einigung aller Bauarbeiter. Freilich, es gibt auch noch Organisationen, die glauben, die Konzentration der Arbeiterverbände sei nicht notwendig. Die Zimmerer sind beispielsweise noch weit entfernt, die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Bauarbeiter einzusehen. Ja, sie suchten unseren Zusammenschluß noch zu hintertreiben. Bringmanns Ansichten können wir nicht zustimmen, er stellt in den „Praktischen Winken“ das Prinzip der Solidaritätslosigkeit auf. Wir müssen uns bei unserer Entschlossenheit von dem Gedanken leiten lassen: wie wirkt der Beschluß auf die gesamten Bauarbeiter, stärken wir durch einen Zusammenschluß unsere Organisation in dem Kampfe mit dem Unternehmertum? Wer sich vor diesen Gesichtspunkten leiten läßt, dem wird die Abstimmung nicht schwer fallen. Die einzelnen Fragen, die bei einem Uebertritt noch in Betracht kommen, brauche ich hier nicht zu erörtern, darüber wird ja noch gesprochen. Wollen Sie nun die Entscheidung.

Uebe-Regensburg beantragt, in keine Debatte einzutreten, sondern gleich zur Abstimmung zu schreiten. Man sei ja von der Notwendigkeit der Verschmelzung einig, nebensächliche Punkte zu erörtern, habe doch keinen Wert.

Rittner-Dresden spricht gegen den Antrag. Die Verschmelzungsfrage sei wichtig genug, daß man sich noch mit ihr beschäftigen sollte. Es seien manche Punkte vorhanden, die noch geklärt werden müßten.

Für den Antrag Uebe stimmen 46, dagegen 81 Delegierte. In seinem Schlußworte polemisierte Wehrendt in längerem, zum Teil sehr scharfen Ausföhrungen gegen die Haltung der Zimmerer, besonders Bringmanns. Wenn man dessen Ansichten Rechnung tragen würde, dann müßte man sich wieder in kleine Gruppen auflösen, dann käme man wieder dahin, wo man vor 20 Jahren war.

In einer nun folgenden Geschäftsordnungsdebatte wird der Unzufriedenheit über den Schlußantrag Uebe lebhaft Ausdruck gegeben. Man einigte sich schließlich darauf, daß Anfragen bezüglich den Uebertritt gestellt werden können. Einzelne Redner sprachen Befürchtungen bei der Regelung der Affordarbeit und bei Abbrucharbeiten aus. Heine mann-Bremen hoben bei gegen die Verschmelzung überhaupt Bedenken. Er befürchtet, daß nach dem Zusammenschluß die Bauhilfsarbeiter vergewaltigt würden. Da sei es doch besser, getrennt zu marschieren und vereint zu kämpfen.

Schließlich wird in namentlicher Abstimmung die Verschmelzung mit den Maurern mit 103 gegen 4 Stimmen beschlossen.

Dann werden Delegierte zum Internationalen Kongreß in Kopenhagen gewählt.

Einen Antrag des Vorstandes folgend, wird der Gau Posen aufgehoben und dem Gau Danzig angeschlossen.

Einstimmig wird beschlossen, daß der alte Vorstand bis zum Uebertritt im Amte bleibt.

Der Sitz des Ausschusses bleibt Berlin.

Auf Antrag der Verschmelzungskommission wird der Ausschluß gegen Kraft-Bremen aufrecht erhalten.

Die Arbeiten des Verbandstages sind damit vorerst beendet. Es wird aber noch nicht geschlossen, sondern vertagt.

## Aus der Frauenbewegung.

Die traurige Lage der Näherinnen in Dänemark und namentlich auch in Kopenhagen beschäftigt fortgesetzt die Öffentlichkeit. Die Zahl der Frauen und Mädchen, die genötigt sind, durch Konfektionsarbeit ihr Brot zu verdienen, ist sehr groß. Ihr Arbeitsverdienst ist überall schlecht. Es ist festgestellt, daß Konfektionsarbeiterinnen in Kopenhagen kaum 450 Kronen, solche, die auf Mäntel arbeiten, ungefähr 675 Kronen im Jahre verdienen; Weibnäherinnen müssen sich mit 400 Kronen, Handnäherinnen sogar mit 300 Kronen Jahres-einkommen begnügen. Auf einer Ausstellung, die vor einigen Jahren in Kopenhagen stattfand, sah man unter anderem ein Seidenkleid, das 90 Kronen Wert hatte, aber für 4 Kronen Arbeitslohn angefertigt worden war. Der Arbeitslohn für Jackets, die 10 Kronen das Stück kosteten, war auf 85 Öere berechnet; für Hemden zu 2 Kronen waren 23 bis 31 Öere Arbeitslohn gezahlt worden. Das beste Mittel, der Ausbeutung der Arbeitskraft bestimmte Grenzen zu setzen, wäre selbstverständlich eine starke Organisation der Näherinnen. Aber es ist auch in Dänemark, wo doch sonst die Arbeiterklasse sehr gut organisiert ist, dies jetzt noch immer nicht gelungen, die Arbeiterinnen dieses Berufs hinreichend zu organisieren. Doch macht sich jetzt auch in dieser Hinsicht ein größerer Fortschritt bemerkbar. Dazu werden immer mehr Stimmen laut, die gelegentliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Näherinnen fordern. Namentlich wird die Einführung von Lohnnämtern verlangt. Außerdem wird die Frage eifrig er-wogen, ob man nicht durch einen allgemeinen Küsterverband und durch Boykott der schlimmsten Ausbeuter ein gut Teil zu einer selbständigen tariflichen Regelung der Lohnverhältnisse der Näherinnen beitragen könne.

## Briefkasten der Redaktion.

Die farbliche Oberkante findet Linienstraße 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Postkassett 11 wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Briefkasten 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Oberkante um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Aufhänger und eine Zahl als Briefkasten beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen rufe man in der Oberkante vor.

G. V. 1893. Soweit aus der Darstellung ersichtlich, handelt es sich um die Wanne. Die Frau ist nicht strafbar. — G. V. 15. Es wird sich um die Wanne, Securite (Holocharioiden), auch Semolse genannt, handeln. Keine Pflanzen, sondern Tierart und gehört zu den Schlangentieren. Sie demohnt namentlich die Tropenmeere. Entwidlung erfolgt meist durch Larven; sie nützt durch Fäulnis gewonnen. — G. V. 11. Sie müssen den Lebererkrankungen erlischen, den Unterleib während der ganzen Stunde zu erlösen. Kommt er diesen Erösen nicht nach, so können Sie den Betrag sofort lösen. Andersfalls müssen Sie für die Kündigungsbauer Zahlung leisten. — G. V. 16. 1. Sofern die Räume den hiesigen oder gesundheitspolizeilichen Vorschriften entsprechen, müssen Sie sich entsprechende Änderungen gefallen lassen. 2. Ihnen muß Mitteilung gemacht werden; das Ihnen über-mittelte Benutzungsverbot dürfte ausreichen. 3. 4. u. 5. Sie können sofort gehen, wenn der Vermieter Ihnen nicht auf Aufforderung hin andere gleichwertige Räume zuweist. Bitte beachten Sie, daß Sie nicht mehr zu zahlen, Sie können auch Ersatz der Umzugskosten verlangen. Straßbar machen Sie sich namentlich nicht. 6. Haben die Vorschriften über Miete, §§ 535 ff. G. O. Anwendung. 8. Ein zur Erledigung von Beschlüssen und Anträgen aus der Mitte der Versammlung bestimmter Sitzungstag. — G. V. 20. Der Beamte kann für einen solchen Fall den betreffenden aus dem Raum verweisen; ein nützlicher Versuch nimmt aus dem Gut ab, ohne sich dabei etwas zu vergehen. — G. V. 24. Wenden Sie sich wegen Zustellung an die „New Yorker Volks-Zeitung“, New York City, 184 William Street.

Oeffentliche politische

# Volks-Versammlungen

Sonntag, den 13. Februar, 12 Uhr mittags.

Tages-Ordnung:

## Die Verhöhnung des Volkes Wahlrechtsreform genannt!

**Berlin.**

- |   |  |
|---|--|
| <b>1. Kreis:</b> Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.  | <b>4. Kreis:</b> Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Thor.   |
| <b>2. Kreis:</b> Aliens Festsäle, Hasenheide 13/15.<br>Victoria-Brauerei, Lützowstr. 111/112  | <b>5. Kreis:</b> Sophien-Säle, Sophienstr. 17/18.  |
| <b>3. Kreis:</b> Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.<br>Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58/59.  | <b>6. Kreis:</b> Prater-Theater, Kastanien-Allee 7/9.<br>Borussia-Säle, Ackerstr. 6/7.<br>Berliner Vorkbrauerei, Abt. 2,<br>Chausseeſtr. 64.<br>Ballſchmieders Säle, Badstraße 16.<br>Pharus-Säle, Müllerstraße 142.<br>(Zwei Verſammlungen.)<br>Brauerei Pagenhofer, Turmstr. 25/26 |
| <b>4. Kreis:</b> Kellers Festsäle (Freyer), Koppenstr. 29.<br>Elyſium, Landsberger Allee 40/41.<br>Litſius Festsäle, Memeler Straße 67.<br>Sausſouci, Kottbuſer Straße 6. |  |

Referenten: Die Genossen **Barth. Eduard Bernstein. Bloek. Düwell. Rich. Fischer. Theod. Fischer. Grunwald  
Heine. Paul Kirsch. Kohlenzer. Ledebour. Leid. Pfannkuch. Sassenbach. Robert Schmidt. Singer.  
Stücklen. Dr. Weyl.**

## Teltow-Beeskow.

- |  |  |
|--|--|
| <b>Adlershof.</b> Gaul, Bismarckstraße 16.   | <b>Rixdorf.</b> Hoppe, Hermannstr. 48/49.<br>Felsch, Kneſebeckstr. 48/49.<br>Karlgarten, Karlgartenstraße. |
| <b>Charlottenburg.</b> Zwei Verſammlungen im Volkshaus,<br>Rosinenstraße 3.  | <b>Schöneberg.</b> Schloßbrauerei, Hauptstraße 122.  |
| <b>Köpenick.</b> Stadttheater, Friedrichstraße.  | <b>Trebbin.</b> „Geſellſchaftshaus“, Bahnhofstraße 1.  |
| <b>Groß-Lichterfelde.</b> Kaiserhof am Kranoldplatz.   | <b>Treptow.</b> Restaurant Zur Rennbahn, Treptower Chaussee 45.  |
| <b>Königswusterhausen.</b> Wedhorn, Altes Schützenhaus.  | <b>Wilmersdorf.</b> Viktoriagarten, Wilhelmſaue 115.   |
| <b>Nieder-Schöneweide.</b> „Haſſelwerder“, Haſſelwerderſtr. 19.  |  |
| <b>Nowawes.</b> Schmidt, Wilhelmstraße 41/43.  |  |
| Referenten: Die Genossen <b>Borgmann. Buhl. Dr. Oskar Cohn. Davidsohn. Dittmer. Drunsel. Dupont. Ebert.<br/>Glocke. Kunze. Küter. Sonnenburg. Störmer. Wels. Zuhell.</b> |  |

## Nieder-Barnim.

- |   |  |
|---|--|
| <b>Bernau. (11 Uhr.)</b> Elyſium.   | <b>Nieder-Schönhausen.</b> „Lindengarten“, Lindenstraße 43.                |
| <b>Lichtenberg.</b> Gebr. Arnhold, Schwarzer Adler, Frankfurter<br>Chaussee 5/6.  | <b>Reinickendorf-Ost und -West.</b> „Schützenhaus“,<br>Reſidenzstraße 1/2. |
| <b>Rummelsburg.</b> Café Bellevue, Tempel, Bahnhofstraße.   | <b>Tegel-Borsigwalde.</b> Crapps Festsäle, Bahnhofstraße 1.                |
| <b>Ober-Schöneweide.</b> Mörners Blumengarten.  | <b>Weißensee.</b> Schloß Weißensee.  |
| <b>Pankow.</b> Ebersbach, „Zum Kurfürsten“, Berliner Str. 102.  |  |
| Referenten: Die Genossen <b>Swald. Dr. Herzfeld. Käming. Müller (Parteiſekretär). Postzsch. Schütte. Stadthagen.<br/>Wissell. Wurm.</b> |  |

**Spandau.** Köpnick's Saal, Pichelsdorfer Straße 39. } Referenten: Genossen **Bauer und Kallski.**  
Gottwaldt, Schönwalder Straße 80.

Alle Genossen und Genossinnen ſind zum Beſuch der Verſammlungen  
verpflichtet. Niemand darf fehlen.

Für die Einberufer: **Eugen Ernst, Böhlerstraße 9.**

**Heute: Flugblattverbreitung** von 7 Uhr abends ab, von den bekannten Stellen. Kein Mitglied der Organisation darf fehlen.

**Partei-Angelegenheiten.**

**Zum Kostümfest der Sozialistischen Monatshefte.**

Wie erhalten mit der Bitte um Veröffentlichung folgende Zuschrift: **Nichtigste II. u. g.** In Nr. 33 bringt der „Vorwärts“ eine von der Lokalkommission unterzeichnete Mitteilung, in der von dem Verlag und der Redaktion der „Sozialistischen Monatshefte“ behauptet wird, daß sie im „Festsaal des Zoologischen Gartens“ ein Kostümfest veranstalten. Hierzu bitten wir ausdrücklich bemerken zu dürfen, daß das Fest, das die Lokalkommission nach Ort und Datum offenbar meint, weder vom Verlag noch von der Redaktion der „Sozialistischen Monatshefte“, sondern von einem völlig von den „Monatsheften“ unabhängigen Komitee, dem auch die Unterzeichnete angehört, als eine private Angelegenheit vorbereitet wird. Die Eintrittskarten zu diesem Fest werden weder in Parteikreisen noch sonstwie öffentlich „vertrieben“, vielmehr haben nur Eingeladene Zutritt. Ist somit schon aus diesen Gründen die Warnung an die Arbeiterschaft sehr deplaziert, so beruht auch die Annahme, daß das Fest im „Festsaal des Zoologischen Gartens“ stattfindet, auf einem Irrtum. Die Veranstaltung wird vielmehr in zwei kleinen Räumen abgehalten, die sich oberhalb der „Ausstellungshallen“ befinden, jedoch von diesen wie von dem erwähnten Festsaal auch in der Verwaltung völlig getrennt sind. Diese zu dem Fest in Aussicht genommenen Räume sind für die Abhaltung von Versammlungen durchaus ungeeignet und werden, wie uns auf besondere Anfrage noch mitgeteilt worden ist, hierzu überhaupt nicht hergegeben. Es sollte uns freuen, wenn diese Nichtigstellung die Gemüter derjenigen, denen die gestrige Veröffentlichung der Lokalkommission etwa Unbehagen bereitet hat, einigermaßen beruhigen würde. Im Auftrage des Komitees: **Käthe Kollwitz.**

Von anderer Seite werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß diese Nichtigstellung an der Sache wenig ändere. Die Veranstaltung diene der Sache der „Sozialistischen Monatshefte“ und die in Aussicht genommenen Räumlichkeiten ließen sich auch bei noch so gekünstelter Auslegung von den Ausstellungshallen, die für die Arbeiterschaft nicht zur Verfügung ständen, nicht trennen. Wichtig sei auch, daß Wilkett's à 5 M. an bekannte Parteigenossen versandt worden seien.

**Steglitz.** Heute Freitag abend Flugblattverbreitung in allen Bezirken. Nachdem Zahlabend.

**Friedrichshagen.** Heute abend pünktlich 7 Uhr findet von den Bezirkslokalaus eine sehr wichtige Flugblattverbreitung statt. Die Bezirksleitung.

**Königs-Wusterhausen.** Sonntag, den 13. Februar, mittags 12 Uhr, bei Bedhorn (Altes Schützenhaus): Demonstrationssammlung. Hierzu Sonnabendabend 7 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalaus aus; in Wildau treffen sich die Genossen beim Genossen Adolf Zaenzig.

**Pankow.** Das Material zu der heutigen Flugblattverbreitung steht den betreffenden Genossen bei Wilmann (Speidition) zur Verfügung. Die Verbreitung selbst erfolgt von 7 Uhr abends ab von den Zahlabendlokalaus aus.

**Französisch-Buchholz.** Da am Sonntag am Orte keine Protestversammlung stattfindet, erlauben wir die Genossen, sich am Sonntag vormittags 10 1/2 Uhr bei Röhne pünktlich einzufinden, um die Versammlung in Pantow zu besuchen. Die Bezirksleitung.

**Buch (Bezirk Französisch-Buchholz).** Am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Starke, Bahnhof- und Schönower Straße-Ecke der Zahlabend statt. 1. Vortrag des Genossen Wähler-Lichtenberg. 2. Wichtige Angelegenheiten. Die Bezirksleitung.

**Nieder-Schönhausen-Nordend.** Heute, Freitag, den 11. Februar, abends 7 Uhr, findet von den Bezirkslokalaus eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Die Bezirksleitung.

**Wilhelmsruh.** Morgen, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Kollmann, Kronprinzenstr. 2, ein Lichtbildvortrag statt. Die Bezirksleitung.

**Spandau.** Heute Freitag abend 7 Uhr findet von den Bezirkslokalaus eine Flugblattverbreitung statt. Sonntag, den 13. Februar, mittags 12 Uhr, finden zwei Volksversammlungen statt und zwar bei Karl Gottwald, Schönwalder Str. 50, und Emil Köpcke, Wiedersdorfer Str. 39. Tagesordnung: „Wahlrechtsvorlage und Volksverböhrung“. — Die außerordentliche Generalversammlung findet Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Hölldorf, Seeburger Straße 26 statt. Tagesordnung: Bericht vom preussischen Parteitag. Referent: Genosse Wilhelm Staab-Potsdam. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand.

**Berliner Nachrichten.**

**Aus der Stadtverordnetenversammlung.**

Der Streit um die Krananlagen der Ziegeltransport-Gesellschaft entbrannte gestern noch einmal. Noch einmal warnte Genosse Wurm davor, sorglos die Monopolgelüste dieser Gesellschaft zu fördern. Von der Annahme des Beschlusses, für den im Ausschuss sich eine Mehrheit gefunden hatte, sei nicht nur eine schwere Schädigung der Kleinschiffer, sondern auch eine weitere Vertiefung der Bauten und der Wohnungen zu erwarten. Der Ausschuss hatte, um seinen Beschluß annehmbarer erscheinen zu lassen, zugleich eine Resolution empfohlen, die eine Beschränkung auf drei Jahre forderte. Etwas weiter gingen die „Sozialfortschrittler“ mit ihrem Antrag Deutsch, der die Frist auf zwei Jahre bemessen wollte, noch weiter Herr Barth von der „Alten Linken“, der sich für seine Person den Seitenprung gestattete, eine Frist von nur einem Jahre zu beantragen. Gegen Wurms Mahnung, hier nicht wieder mal einer privaten Erwerbsgesellschaft Rechte zu überlassen, die der Stadt zustehen, legte Stadtrat Alberti die Behauptung, daß das im vorliegenden Falle unbedenklich sei. Genosse Dr. Cohn legte dar, wie weit die Macht der auf Monopolisierung des Ziegeltransportes und der ganzen Ziegelproduktion hinarbeitenden Gesellschaften schon jetzt entwickelt ist. Die Schuld an der verfahrenen Situation, in der man sich mit den bereits gestatteten Krananlagen leider befinde, treffe weniger die Verkehrsdeputation als den Magistrat. Als im Anschluß an diese Bemerkung der Stadtrat Alberti die Debatte auf das Gebiet des Persönlichen hinüberspielen wollte, fertigte Genosse Singer den Magistratsvertreter mit der Feststellung ab, daß gerade in der Kronfrage es wieder die sozialdemokratischen Mitglieder der Verkehrsdeputation gewesen sind, die mit Energie, wenn auch leider

diesmal erfolglos, sich als treibende Kraft zu betätigen und die Rechte der Stadt zu schützen suchten. Erfolglos blieb leider auch der letzte Versuch, noch gestern den entscheidenden Beschluß der Versammlung in diesem Sinne zu beeinflussen. Die Mehrheit billigte alles, was der Ausschuss ihr empfahl. In drei Jahren wird man das Weitere sehen. Glaubt einer, daß der Stadtfreisinn es dann noch übers Herz bringen wird, die privatkapitalistische Gesellschaft aus ihrem warmen Nest zu vertreiben?

**Der Berliner Armenverwaltung zur Nachachtung empfohlen.**

Die möglichst schnelle Auszahlung von Armenunterstützungsgeldern resp. die umgehende Erledigung von Recherchen in Armesachen betrifft eine Verfügung der städtischen Armenverwaltung in Charlottenburg an die Armenkommissionsvorsitzer. Die Armenkommissionen sollen, so heißt es darin, sich namentlich bei Besuchen von Personen, die noch keine Unterstützung erhalten haben, stets die Lage des Hilfsbedürftigen vor Augen halten, der ein Besuch eingereicht hat und nun von Tag zu Tag darauf wartet, daß jemand bei ihm erscheint, um seine Lage zu untersuchen und ihm zu helfen. Einem Unterstützungsgesuch, namentlich wenn es von ungelübter Hand geschrieben ist, kann man sehr häufig nicht ansehen, ob die größte Eile geboten ist, um unabwehrbringlichen Schaden zu vermeiden. Ist können auch durch schnelles Eingreifen später notwendig werdende höhere Aufwendungen erspart werden. Nur die Prüfung an Ort und Stelle kann in den meisten Fällen zeigen, ob eine Beschleunigung geboten ist oder nicht. Wir haben angeordnet, daß in unserer Geschäftsstelle alle eingehenden Gesuche und Anträge der Armenkommissionen mit größter Beschleunigung bearbeitet werden. Die Armenkommissionsvorsitzer haben alle ihnen zugehenden Unterstützungsgesuche, soweit nicht die Verhältnisse schon genau bekannt sind, stets sofort nach Eingang zu prüfen und an die Armenpfleger weiter zu geben, auch ist darauf zu achten, daß möglichst bald eine wenigstens vorläufige Prüfung der Unterstützungsgesuche erfolgt.

Diese für — Charlottenburg schon länger geltende, jezt nur wiederholte Anordnung wäre auch für Berlin dringend zu wünschen, denn hier ist die Regel, daß eine endgültige Erledigung eines Unterstützungsgesuches Wochen erfordert.

**Mißstände im Siroh-Krankenhaus.** Unter vorstehender Spikmarke hatten wir in unserer gestrigen Nummer die neue Unterstützungskommission unter anderem auf die Station 15 aufmerksam gemacht, in der Kranke mit „Möhrenwäsche“ versorgt würden. Das ist insofern ein Verium, als es sich um die Station 23 und nicht 15 handelt.

**Die unzufriedenen Schiffer.**

Man gibt sich in gewissen Kreisen viel Mühe, um die Schiffer fromm und patriotisch zu machen, weil man glaubt, daß sie dann recht zufriedene Schiffe sein werden. Aber die Schiffer sind nicht gar so dumm. Sie bliden mit Mißtrauen auf alle „kirchliche Fürsorge“, solange diese Sorge sich nicht einmal darauf erstreckt, daß den Schiffern die volle Sonntagsruhe gewährt werde. Und ihr Patriotismus wird auch nicht gestärkt, wenn sie zusehen müssen, wie Staat und Kommune die Kleinen im Schiffergewerbe durch die Großen unterdrücken helfen. Koch stimmen sie in manchen Versammlungen in ein Kaiserhoch ein, aber gleich darauf räsonnieren sie nicht wenig über die vielen Bladereien durch die kaiserlichen und königlichen Behörden, über Schiffsabgaben und Vorschleusegebühren und andere Dinge. Die patriotischen Vereine werden immer kleiner und die frommen Schiffer werden immer seltener; so mancher, der gar fromm und patriotisch tut, ist ein Heuchler, der nur seinen Vorteil im Auge hat.

In Stralau in der „Alten Taberne“ saßen am Mittwochabend etwa 60 bis 70 Schiffer bestimmen, zusammenzukommen vom Charlottenburger Schifferverein, der auch in Patriotismus und in kirchlicher Fürsorge macht. Zu seiner Führung hat er einen studierten Herrn bestellt, einen Dr. Damm, der sich seit drei Jahren Mühe gibt, den Verein etwas mehr auf die Beine zu bringen, aber ohne Erfolg. Vor einiger Zeit wollte man sogar den Verein auflösen, denn er zählt nur noch 100 Mitglieder, wie der Vereinsleiter in seinem Geschäftsbericht mitteilte. In der Generalversammlung des Vereins, am 22. Januar, wurde beschlossen, von einer Auflösung noch Abstand zu nehmen und neue Agitation in Schifferkreisen zu entfalten. Der Vereinsleiter erzählte von den vielen Bestrebungen, aber zugleich auch von den vielen Mißerfolgen des Vereins, und er bat dringend, die kleine Zahl der Organisierten vergrößern zu helfen, denn ein starker Verein könnte alle seine Wünsche durchsetzen. Der Redner führte als leuchtendes Beispiel den — Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband an, der 250 000 Mitglieder besähe. Nun, die Hälfte dieser Zahl läme der Wirklichkeit etwas näher, aber trotz der großen Mitgliederzahl ist der genannte Verband nur ein Beispiel der Unfruchtbarkeit, die sich hinter nationalen Phrasen und billigen Patriotismus verbirgt.

Gleichgültig und gelangweilt hörten die versammelten Schiffer den Redner an, der noch ganz besonders großes Gewicht darauf legte, daß „Seine Durchlaucht der Prinz von Löwenstein-Vertheim ufm.“ die Generalversammlung mit seinem Besuch beehrt habe und den Angelegenheiten der Schiffer Interesse entgegenbringe.

Etwas Leben kam erst in den recht einseitigen Verlauf der Versammlung, als ein Redner aufstand, der in radikaler Weise zeigte, daß die Schiffer noch lange warten können, bis ihre Wünsche erfüllt werden, solange sie bitten und betteln gehen und den bürgerlichen Parteien Vertrauen entgegenbringen. Sie sollten lieber ihre Aufmerksamkeit dahin richten, wo die Gesehe gemacht werden und für eine geeignete Vertretung ihrer Interessen sorgen. Sie sollten die Genossenschaften pflegen und sollten lernen, ganz energisch zu fordern, was ihr gutes Recht ist. — Bei diesen Worten wurde die Versammlung erst munter und spendete dem Redner lebhaften Beifall. Der Vereinsleiter dachte nicht daran, ihn zu widerlegen, er mahnte nur in sanften, süßen Worten, keinen Streit zu beginnen und sich von der Polizei fernzuhalten, aber der Diskussionsredner nahm noch öfter das Wort, und seine kernige Art gefiel den Schiffern offenbar besser, als die weidlich-süßliche ihres Führers. Die Schiffer sind unzufrieden, sie wissen nur nicht recht, wohin mit dieser Unzufriedenheit, und da ist es von Nutzen, daß ihnen bei Gelegenheit gesagt wird, daß auch sie unsere Reihen führen müssen, um ihre Interessen zu wahren und einen festen Halt zu gewinnen.

Die Freie Vereinigung der Bädermeister Berlins nahm dieser Tage Stellung zu der geplanten Verschmelzung der beiden Bäderinnungen und Gründung einer Zwangsinnung. Nach einer herben Kritik an den Zwangsinnungsagitatoren wurde beschlossen: Da

eine Zwangsinnung zur wirtschaftlichen Hebung des Gewerbes nicht beitragen kann, und im Gegenteil fürs Gewerbe noch einen Hemmschuh bedeutet, weil die großen Betriebe und Genossenschaftsbetriebe nicht gezwungen werden können, der Zwangsinnung anzugehören, folglich für sie die Innungsbeschlüsse nicht bindend sind, beauftragt die Versammlung den Vorstand, alle Mittel zu geeigneter Zeit in Anwendung zu bringen, um die Zwangsinnung für Berlin zu verhindern.

Den Diebstählen im städtischen Obdach widmet der Schriftsteller Schwennert einen besonderen Artikel, in welchem er seine Erfahrungen, die er in der Nacht im Obdach gemacht hat, aufzählt. Auch diese Dinge sind der Verwaltung nicht unbekannt und wiederholt Ursache langer Diskussionen im Kuratorium gewesen. Daß die Diebe selten abgefaßt werden, liegt daran, daß durch den hinteren Korridor die einzelnen Säle miteinander verbunden sind und die Türen der Säle nach diesem Korridor hin geöffnet bleiben müssen, damit die Insassen zu den gemeinschaftlichen Retiraden gelangen können. Dadurch können die Spitzbuben reine Streifzüge durch die einzelnen Säle abhalten, ohne daß am andern Morgen es möglich ist, die Burschen abzufassen. Es ist ausgeschlossen, Tausende zu visitieren, wenn die Diebstähle gemeldet werden. Neunzig Prozent dieser Diebstähle wären mit einem Schläge aus der Welt geschafft, wenn die Säle anders gebaut wären, daß heißt, wenn jeder Saal eine eigene Retirade hätte. Die seit Jahren von unseren Genossen im Kuratorium gestellten Anträge stiegen immer auf ein „Unmöglich“; auch hier dürften die hohen Kosten die geheimen Triebfedern der Ablehnung der vorgeschlagenen Änderungen gewesen sein. Es soll eben bei den Keruissen der Armen gespart werden.

Vor kurzem ist endlich dem Kuratorium eine Vorgehung vorgelegt worden, nach der die Retiraden wohl verneht werden sollen, aber nicht in dem Maße, daß jeder Saal seine eigene Retirade erhält. Dagegen wandten sich unsere Genossen ganz entschieden, und zwar auf Grund der geradezu überhandnehmenden Diebstähle. Sie erreichten in diesem Falle wenigstens, daß die Vorlage an die Bauverwaltung zurückbewiesen wurde, mit der bestimmten Aufforderung, gründliche Arbeit zu machen und einen Gesamtumbau des nächtlichen Obdachs mit Oberetagen vorzunehmen, bei dem jeder Saal isoliert werden kann. Offenlich kommt diese Reform endlich in ein schnelleres Tempo.

Der Tod des Arbeiters Jäbide in der U. E. G. in der Brunnenstraße, über den wir gestern berichteten, lenkt die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die Arbeitsmethode in diesem Tiefenbetriebe. In vielen Abteilungen wird über eine allzu große Schinderei geklagt. Auch viele andere Mißstände, die bereits in Betriebsbesprechungen erörtert worden sind, bestehen noch, trotz allem Vorstelligwerden der Arbeiter. Welche Rücksichtslosigkeit geübt wird, beweist folgender Fall: Vor einigen Monaten war ein Neubau aufgeführt worden. Die Schloffer mußten bei strenger Kälte arbeiten, weil noch keine Türen eingesezt waren und weil noch keine Heizung vorhanden war. Die Arbeitszeit dauerte von 7—12 und 1/2—10 Uhr. Am Tage der Bauabnahme mußten die hier beschäftigten Arbeiter von 12—3 Uhr Mittagsspaufe machen und alles aufräumen, so daß es aussah, als sei alles nur vorläufig hingestellt. Angefangen zu arbeiten sollte erst werden nach der Abnahme. Einsteilen wurde auch das Materiallager im Keller des Neubaus untergebracht, wo das Wasser den Wänden entlang lief. In diesem Raum hatten die Leute zehn Stunden arbeiten müssen.

Es ist wirklich bedauerlich, wenn die Arbeiter von der Millionenfirma bessere hygienische Zustände sowie Einrichtungen verlangen, die auch Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter verbürgen.

Eine aufregende Szene hat sich vorgestern abend in dem Rogdeburger Schnellzug abgespielt. In einem Abteil dritter Klasse schoß sich ein junges Mädchen kurz vor dem Eintreffen des Zuges auf dem Potsdamer Bahnhof der Revolvertugeln in die Brust. Vor den Augen der anderen Passagiere hatte die Lebensmüde die Schußwaffe hervorgeholt und sich die Schüsse beigebracht. Nachdem der Zug auf dem Potsdamer Bahnhof angekommen war, wurde die Selbstmordhandlatterin sofort nach der Rettungswache in der Köthener Straße gebracht, wo sie blutstillende Notverbande erhielt. Dann wurde sie nach dem Krankenhaus am Urban überführt. In der Lebensmüden wurde die 20 jährige Helene Schramm aus der Wörthener Straße 15 ermittelt. Fräulein Sch. hat die Tat aus Verzweiflung über den Tod ihres Verlobten verübt. Der letztere war kürzlich gestorben und da das Mädchen glaubte, es könne ohne ihn nicht leben, so wollte es ihm in den Tod nachfolgen. Der Zustand der Schwerverletzten ist sehr bedenklich.

Das Mädchen-Erziehungshaus in der Albertinenstraße in Weihensee (Velhabarakhist) ist in letzter Zeit wiederholt Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit junger Burschen gewesen, die in dem Stift anscheinend Praxen haben und diese zu befreien versuchten. Die Versuche sind aber fehlgeschlagen.

Aus dem Fenster des vierten Stockes des Hauses Niederbarnimstraße 23 gestürzt ist gestern der dreijährige Sohn des Arbeiters Wegener. Das Kind war in Abwesenheit der Mutter auf einem am Aischenfenster stehenden Stuhl geklettert und sah zum Fenster hinaus. Dabei beugte es sich zu weit vor, verlor das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Mit schweren Verletzungen wurde der Kleine nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain geschafft, wo er bedenklich darniederliegt.

Das Gebrüder Herrnsfeld-Theater leistete sich am Mittwochabend eine Premiere. „Eine Hebergangsch“ betitelt sich die einaktige Komödie, als deren Verfasser ein Herr August Reichardt zeichnet. Die kleine, nach französischem Muster angeordnete, einaktige Komödie sprach recht an. Sie ist mit einer unverkennbaren Routine angebahnt, die es versteht, geschickt über Bühnenscenen zu disponieren. Der Inhalt ist auf das Sentimentale gestimmt; der heruntergekommene Graf, der sich um eine halbe Million Frank dafür hergiebt, einem reichen Bourgeoisochterlein den Grafentitel durch eine Scheinhe zu verschaffen, damit diese später einen „wirklichen“ Prinzen „stabs-gemäß“ heiraten kann, verliebt sich in seine „Schein“-frau. Diese findet auch Gefallen an ihrem Hebergangsch und der Prinz geht leer aus. — Dargestellt wurde der Einakter prächtig, sowohl in Einzelleistungen, wie auch im Zusammenspiel; wir nennen besonders Fel. Kleist und die Herren Franzetti und Döblin. — Der Beifall war ein großer; auch der Autor wurde hervorgehoben.

Diesem Einakter folgte der Bruder Herrnsfeld unverwundliche Gefangenschaft „So muß man's machen!“ — und zwar in der hunderten Aufführung. Das Publikum ließ sich auch diesmal wieder gern in den Bann der vielen komischen Situationen des Stückes nehmen und lachte nicht mit seinem Applaus. Ein reicher Blumenregen folgte nach jedem Aktluß die Bühne und der fallende Vorhang mußte immer wieder in die Höhe gezogen werden.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Direktor Dr. Archenhold Sonntagmorgen 5 Uhr über die Frage: „Was haben wir von dem prophesierten Weltuntergang zu halten?“, abends 7 Uhr: „Ueber den Hallschen Kometen“; Montag, abends 9 Uhr: „Ueber unser Wissen von den Sternen“.

Mit dem großen Fernrohr wird jetzt täglich der Johannesburger- und der Halleysche Komet gezeigt, abwechselnd mit dem Mond und dem Saturn. Kleinere Fernrohre stehen den Besuchern zur Verfügung für Doppelsterne, Nebelwelten und andere Objekte.

## Vorort-Nachrichten.

### Steglitz.

In sonderbare Besetzung wurde in einer am Mittwochabend im großen Saale des „Albrechtshof“ tagenden, von weit über 1000 Personen besuchten Protestversammlung gegen die Wahlrechtsvorlage die behördliche Saalabtreibung gegen die Sozialdemokratie gerichtet. In dieser von Demokraten einberufenen und auch von unseren Genossen zahlreich besuchten Versammlung referierte Pfarrer Knöschke über die Wahlvorlage. Er bezeichnete die Vorlage als eine Mißgeburt, die schon bei lebendigem Leibe einen Ludergeruch verbreite. In der von Oberst Gädke eingeleiteten Diskussion nahm auch Genosse K. H. Mann das Wort, um noch einige vom Referenten nicht erwähnte besondere „Schönheiten“ des elenden Nachwerkes ans Tageslicht zu ziehen und dann einmal auch den Bürgerlichen zu zeigen, wie der in der Wahlrechtsvorlage vorgesehene Terrorismus der Sozialdemokratie vom behördlichen Terrorismus weit übertrifft wird. Hierzu habe unsere Polizeibehörde einen empörenden Beitrag geleistet. Am 16. Januar d. J. wollten die hiesigen Parteigenossen im „Albrechtshof“ eine Protestversammlung veranstalten. Dies wurde der Polizeibehörde gemeldet, aber der Einberufer wartete deswegen auf die polizeiliche Bekräftigung der Anmeldung. Statt dessen erhielt er ein Schreiben des Dekanats vom „Albrechtshof“, worin ihm mitgeteilt wurde, daß das Lokal nicht hergegeben werden könne. Bei einer sofortigen Rücksprache des Einberufers mit dem Wirt bedauerte letzterer lebhaft, daß er zum Wortbruch gezwungen sei. Aber er habe nur die Wahl zwischen Wortbruch oder geschäftlichem Ruin. Er sei nach dem Rathaus zitiert worden und dort habe man auf ihn eingewirkt, das Lokal den Sozialdemokraten zu verweigern. Aber das nicht allein. Unsere Polizeibehörde habe auch noch die Strafe, in der der Einberufer wohne, durch zwei Kriminalbeamte überwachen lassen und ganz sberflüssigerweise diese Herren beauftragt, den Einberufer persönlich zu sprechen, was erst nach drei vergeblichen Versuchen gelang. Und was wollte die Polizei von dem Einberufer wissen? Der Kriminalbeamte fragte: „Ach, Herr A., die Versammlung im „Albrechtshof“ findet doch wohl nicht statt?“ Da auf eine dumme Frage eine noch dümmere Antwort gehört, so lautete diese: „Aber selbstverständlich findet sie statt!“ Weiter wurde dem Fragenden geraten, sich gefälligst bei seinem Vorgesetzten zu erkundigen. — Wir haben also hier, so fuhr der Redner fort, die empörende Tatsache, daß unsere Polizeibehörde der hiesigen Arbeiterschaft das Versammlungslokal abgetrieben hat. Nun existiere aber ein Erlaß des Ministers des Innern, in dem die Erwartung ausgesprochen ist, daß den Wirten aus Anlaß der Vergabe von Sälen für politische Versammlungen usw. keine gewerblichen Nachteile angedroht werden sollen, wie in Sachen der Polizei stunde usw.“ Sei dieser Erlaß der Polizeibehörde bekannt, so müsse gesagt werden, daß sie mit Rücksicht dagegen gehandelt habe. Da unser Gemeindevorsteher Rudrow zugleich Amtsvorsteher sei und als solcher die Polizeigewalt ausübe, so ersuchte der Redner die anwesenden bürgerlichen Gemeindevorsteher, in der nächsten Gemeindevorsteherung den Herrn darüber zu befragen, was er zu tun gedenke, um dem Erlaß des Ministers, seines höchsten Vorgesetzten, Respekt zu verschaffen. Nach der Landgemeindeordnung liege dem Gemeindevorsteher die Pflicht ob: „Die Befehle und Anordnungen sowie die Verfügungen der ihm vorgesetzten Behörden auszuführen.“ Noch einmal zur Wahlrechtsvorlage zurückkehrend, gab Redner der Erwartung Ausdruck, daß die augenblickliche Kampfstimmung in den bürgerlichen Kreisen anhalten möge, auch wenn zu noch kräftigeren Mitteln gegriffen werden müsse, um der Regierung planmäßig zu machen, daß das preussische Volk die Junkerherrschaft endlich satt habe. — Auch alle bürgerlichen Diskussionsredner waren sich einig in der Verurteilung der Vorlage. Eine Resolution, die glatte Ablehnung und Einführung des Reichstagswahlrechts forderte, fand einstimmige Annahme.

### Schöneberg.

Eine Vermehrung der Wochenmärkte sowie Einführung von Abendmärkten, besonders an den Sonnabenden, soll in kürzester Zeit stattfinden. Damit dürfte einem schon längst gehegten Wunsche der hiesigen Bevölkerung Rechnung getragen werden. Der jetzt von privater Seite eingerichtete Abendmarkt in der Kolonnenstraße hat sich außerordentlich gut bewährt. Noch vor einiger Zeit verlangten die Hausbesitzer die Aushebung der vorhandenen städtischen Wochenmärkte, da die Ladeninhaber darunter zu leiden hätten. Des Pudels Kern war jedoch nur, daß die Ladenmieten in die Höhe gedrückt werden konnten. Jetzt sind es dieselben Besitzer, die den Grund und Boden an Händler verpachten, damit diese ihre Waren feilhalten können. Vorgeesehen sind am Großgörschen-Bahnhof, GutsMuths-Platz und am neuen Rathausplatz sogenannte Tagesmärkte und in der Oberstraße ein Abendmarkt. Sollten sich die Märkte bewähren, soll eine weitere Vermehrung erfolgen. Da die Stadt aus diesen Märkten eine ganz erhebliche Einnahme erzielt, ist es auch deren Pflicht, für die Abendmärkte eine bedeutend bessere Beleuchtung zu schaffen wie bisher.

### Rixdorf.

Am Montag, den 14. Februar, abends 8½ Uhr, findet in Hesses Hof, Hermannstr. 40, der Lichtbildvortrag über: „Die russische Revolution“ statt. Vortragender: Reichstagsabgeordneter Genosse Adolph Wed. Die im vorigen Jahre gelösten Eintrittskarten haben für diesen Vortrag Gültigkeit. Weitere Eintrittskarten à 10 Pf. sind noch bei den Funktionären und im obigen Lokale erhältlich.

### Johannisthal.

Mit der Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevorsteherwahl beschäftigte sich die letzte Mitgliederversammlung des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins. In der dritten Klasse sind zwei Hausbesitzer zu wählen; hierfür werden die bisherigen Vertreter, die Genossen Birsch und Rodumke wieder aufgestellt, während für die zweite Klasse einstimmig der Restaurateur Otto Senfleben als Kandidat nominiert wurde. Am 22. Februar findet eine öffentliche Gemeindevorsteherwahl im Lokal von Schulz, Friedrichstraße, statt. Zur Kreisgenossenschaft wurden die Genossen Kluge und Schmidt delegiert. Bekanntgegeben wurde, daß vom Freireisnerhilfsverband das Vorbürgerrecht von Schleder, Kaiser-Wilhelm-Straße gekündigt ist. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, bei jeder Aktion, zu der die Partei ruft, ihren Mann zu stehen. — Drei Genossen ließen sich in den Wahlverein aufnehmen.

### Ober-Schönebrunn.

Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, wird im Hause Klarastr. 2, parterre, das „Jugendheim“ eröffnet. Die Eltern

werden hiermit ersucht, ihre aus der Schule entlassenen Söhne und Töchter auf dieses Jugendheim aufmerksam zu machen und zum Besuch zu veranlassen. Eltern und Interessenten steht das Heim am Tage der Eröffnung von 4—5 Uhr zur Besichtigung frei.

Der Jugendausschuß.

### Nikolassee.

Im allgemeinen haben die Nebenregierungen, die in einer Anzahl Gemeinden in den verschiedenartigsten kommunalen Vereinen bestehen, die Vesplogenschaft, von ihrem Einfluß nach außen nicht allzuviel merken zu lassen. Wenn dann bei gelegentlichen Anlässen auf das unheilvolle Wirken dieses oder jenes kommunalen Vereins hingewiesen wird, so schreien dessen Mitglieder gewöhnlich Peter und Paul. Sie tun dann meist so, als wüßten sie wirklich nicht, wo der Bartel den Rest holt. Es gibt aber auch solche Vereine, die der Auffassung sind, daß alle Gemeindegangelegenheiten zu allererst ihre Mitgliedschaft zu passieren haben, ehe sie die ordentlichen Gemeindevorstände beschäftigen. Ein Musterbeispiel eines solchen Vereins scheint der Ortsverein der Villenkolonie Nikolassee zu sein, die in Kürze zur selbständigen Gemeinde avancieren soll. Dieser Verein sucht durch Insuper einen Gemeindevorsteher, der auch zur Uebernahme der Geschäfte des Amtsvorstehers bereit ist. Geeignete Bewerber sollen ihre Zuschriften bis zum 25. Februar an den Vorstand des Ortsvereins richten. Selbstverständlich will der Ortsverein die Wahl selbst selbst vornehmen, das würde — vielleicht der Herr Landrat doch nicht dulden. Der Verein will durch die Ausschreibung nur die Wahl vorbereiten, die dann gnädigst die erst zu wählende Gemeindevorstellung vornehmen darf. Dieses Verfahren hat vor dem sonst üblichen mindestens den Vorzug der Einfachheit und Uebersichtlichkeit. Dadurch weiß wenigstens ein jeder in Zukunft, wer im Dorfe regiert, und der neue Herr weiß sofort, wozu er sich zu richten hat.

### Rosfen.

Unter zahlreicher Beteiligung von Gewerkschafts- und Parteigenossen wurde am Mittwochnachmittag der Genosse Reinhold Knöschke zur letzten Ruhe geleitet. Auch der Vertreter des Kreises Genosse J. H. H. war erschienen und legte im Auftrage des Zentral-Wahlvereins für Teltow-Deeslow einen Kranz am Grabe nieder. Der Gesangsverein „Freie Sängler“ beschloß die Trauerfeier mit einem entsprechenden Liede.

### Nowawes.

Die Frage der Uebernahme sämtlicher im Ortsgelände belegenen Provinzialstraßen war Gegenstand der am Mittwoch stattgefundenen Gemeindevorsteherung. Die Provinzial-Verwaltung hat auf Anrohung des Gemeindevorstandes demselben ein Angebot unterbreitet, wonach dieselbe bereit ist, der Gemeinde die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzialstraßen zu überlassen und dafür der Gemeinde eine einmalige, ratenweise zu zahlende Entschädigung von 200 788 M., sowie eine jährliche Rente, welche für 1910 die Summe von 2932 M. beträgt und bis zum Jahre 1928 auf 4254 M. steigt, die jedoch später zum wachsenden Betrag abgelöst werden kann, anbietet. Die hierbei in Betracht kommenden Straßenstrecken haben eine Gesamtlänge von 6283 laufenden Metern. Der Bürgermeister begründete die Vorlage damit, daß die Gemeinde schon jetzt einen erheblichen Betrag für Benutzung der Straßen zur Abfuhr und Abreinigung zahlen müsse, der sich in Zukunft durch die Höherlegung des Bahnkörpers und sonstige notwendige Einrichtungen durch die Gemeinde noch bedeutend vergrößern werde. In der Debatte wurde von verschiedenen Rednern betont, daß die Annahme der Vorlage ein schweres Opfer für die Gemeinde bedeuten würde, da die angebotene Entschädigung nicht annähernd so hoch sei, wie die Kosten, welche die Unterhaltung der betreffenden Straßen verurteile, zu werden; andererseits wurde insbesondere vom Genossen Gruhl die Notwendigkeit hervorgerufen, im Interesse der Entwicklung des Ortes und eines besseren Ausbaues der Straßen dieselben in eigene Verwaltung zu übernehmen. Die Vertretung erklärte sich schließlich im Prinzip mit der Uebernahme der Straßen einverstanden, beauftragte jedoch den Gemeindevorstand, nochmals mit der Provinzialverwaltung in Unterhandlung zu treten und zu versuchen, für die Gemeinde höhere Entschädigungen zu erzielen; ein definitiver Beschluß soll erst in der nächsten Sitzung gefaßt werden.

Des weiteren beschloß die Vertretung den Verkauf des Gemeindegutstücks Wilhelmstr. 100; der Antrag wurde vom Bürgermeister damit begründet, daß das Grundstück, welches nach Pflasterung der Hermann- und Luisenstraße bauseig geworden und in 6 Parzellen eingeteilt ist, sich zur Ausnutzung für Gemeindegewerke wegen der unzureichenden Größendimensionen nicht eigne; dagegen habe die Gemeinde für dasselbe, welches jetzt pro Jahr 600 M. einbringt, eine jährliche Ausgabe an Hypothekenzinsen und Reparaturkosten von etwa 1600 M. zu leisten. Der Verkauf der Parzellen wird ausgeschrieben; er soll in der Weise erfolgen, daß die Unkosten für das Grundstück, welche sich bisher auf 33 500 M. belaufen, mindestens gedeckt werden.

Am Schluß der öffentlichen Sitzung fand noch eine Besprechung über die künftige Gestaltung des Müllabfuhrwesens in unserer Gemeinde statt. Der Bürgermeister erklärte, daß er von verschiedenen Vereinen ersucht worden sei, eine anderweitige Regelung der Müllabfuhr in die Wege zu leiten. Die jetzige Abfuhr, welche von zwei Unternehmern auf offenen Dreierwagen besorgt werde, habe viele Unannehmlichkeiten im Gefolge. Die Finanzkommission mochte deshalb den Vorschlag, auf zwei von der Gemeinde zu beschaffenden geschlossenen Wagen, wozu die Unternehmer nur das Besorger zu stellen haben, die Müllabfuhr auszuführen zu lassen und die Kosten von den Hausbesitzern von Gemeinde wegen einzuziehen. Die Vertretung erklärte sich nach unentschiedener Debatte im Prinzip mit diesen Vorschlägen einverstanden. Desgleichen stimmte die Vertretung der Beschaffung zweier Sprengwagen zwecks Erweiterung der Straßenbesprengung zu.

### Potsdam.

Der Selbstmord eines Bankiers, der gestern früh erfolgte, wird mit dem Zusammenbruch eines alten Potsdamer Bonshofes in Verbindung gebracht. Die seit dem Jahre 1872 auf dem Wilhelmplatz bestehende Bankfirma Ulrich Wolf, die im Jahre 1908 in den Besitz des jetzigen Inhabers, Bankiers Albrecht, übergegangen ist, hatte in der letzten Zeit sehr unter finanziellen Krisen zu leiden, die schließlich zur Eröffnung des Konkurses führten. Nach der Bilanz des Konkursverwalters stellte sich heraus, daß sich Albrecht mehrerer Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht hatte und daß Depots in Höhe von 50 000 bis 60 000 M. fehlten. Da sich die Anklagen gegen Albrecht verdichteten, verübte der Bankier gestern früh Selbstmord durch Erhängen. Albrecht war dreißig Jahre alt, verheiratet und Vater eines Kindes.

Die Leiche einer vermählten Lehrsche, des 40 Jahre alten Fräulein Alma Hork aus der Weihenburger Straße 10, wurde gestern vormittag an der Villa Hagen bei der Pirchstraße, angeschnitten und beerdigt.

## Gerichts-Zeitung.

### Bestener Nachtleben.

Ein recht unangenehmes Großstadtabenteuer eines Viehhändlers aus Dessau hatte gestern vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I ein gerichtliches Nachspiel. Wegen Diebstahls im Rückfalle war die Frau Auguste Wagner angeklagt. Am 10. November v. J. war der Viehhändler H. aus Dessau mit einem größeren Viehtransport nach Berlin gekommen. Nachdem er auf dem Kogelbühnenhof in Friedrichsfelde sein Vieh mit gutem Nutzen verkauft hatte, beschloß er, einmal das Berliner Nachleben sich anzusehen, von dem man ihm Wunderdinge berichtet hat. Er ging bei diesem

Stadium schon in dem stillen Teile der Frankfurter Allee an, so daß er, als er sich durch sämtliche Nachtcafés und Restaurants bis zum Alexanderplatz durchgetrieben hatte, dort schon in fast schwankender Verfassung anlangte. Ihm attachierte sich die jetzige Angeklagte, deren Anerbieten, ihm eine Begleiterin zu sein, er freudig annahm. Was sich weiter zugetragen, wußte M. nicht mehr, als er am nächsten Morgen mit einem wüsten Stopp in einer ihm völlig fremden Umgebung erwachte. Auf sein ungestümes Rufen eilte ein Kellner herbei, der ihn dahin aufklärte, daß er sich in einem kleinen Hotel in der Nähe des Rühriner Platzes befände. Mit vieler Mühe reichte er sich die einzelnen Vorgänge der Nacht wieder zusammen und da tauchte in dunklen Umrisen auch das Bild der Angeklagten, die sich ihm als Begleiterin angeboten hatte, in seiner Erinnerung auf. Plötzlich kam ihm ein furchtbarer Gedanke: er durchsuchte mit steigender Anruhe seine Kleidungsstücke und mußte zu seinem Schrecken feststellen, daß seine wohlgefüllte Geldbörse verschwunden war. In der tödlichsten Verlegenheit lief er zur Polizei, da er nicht einmal die Hotelrechnung bezahlen konnte und auch kein Geld zur Rückreise besaß. Auf der Polizeiwache war guter Rat teuer, da das einzige, an das sich M. erinnern konnte, die Taxische war, daß die diebstahlige Schönefiebner falsche Zähne hatte. Die Angeklagte wurde als die Diebin ermittelt. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 6 Monaten Gefängnis.

### Discrete Heilmittel.

Der arge Schwindel, der mit allerlei „diskreten“ Heilmitteln getrieben wird, trat wieder einmal in einer Verhandlung vor einer Strafkammer des Landgerichts II grell zutage. Angeklagt war der Rentier Christian Johannes Borsch aus Rixdorf. Der Angeklagte, der dänischer Staatsangehöriger ist, kam im Jahre 1908 nach Berlin und nahm in der Schillerpromenade in Rixdorf Wohnung. Von hier aus erließ er in dänischen und auswärtigen deutschen Blättern Inserate, in denen er Tee als probates Mittel gegen gewisse Frauenleiden anbot. Es liefen zahlreiche Aufträge zur Lieferung bei ihm ein. Die Bestellerinnen erhielten ein etwa 100 Gramm wiegendes Päckchen Tee, für welches sie 31 Kronen zu bezahlen hatten. Das Treiben des Angeklagten kam bald zur Kenntnis der Kriminalpolizei und diese nahm eines Tages eine Hausdurchsuchung vor, bei welcher mehrere Pakete Tee und die gesamte Korrespondenz beschlagnahmt wurden. Nach dem Gutachten des Gerichtschemikers Dr. Jelewich handelte es sich bei dem Tee lediglich um Hausbaumrinde und der Wert eines Paketes ist höchstens auf 30 Pf. zu bemessen. Medizinalrat Dr. Hoffmann begutachtete, daß dieser Tee lediglich eine abführende, sonst aber keinerlei Wirkung habe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Betruges zu 1 Monat Gefängnis und verhängte dessen sofortige Verhaftung, da er als Ausländer fluchtverdächtig erschien.

### Kindermißhandlung.

Ein betrübendes Bild von der rohen Behandlungsweise, die oft Pflegeeltern zuteil wird, entrollte eine Verhandlung, die sich gestern vor dem Rixdorfer Schöffengericht abspielte. Unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung hatte sich die Ehefrau Helene Sabatz zu verantworten. Frau S. hatte die zweijährige Erna Resche vor einiger Zeit in Pflege bekommen. Sie wurde nun beschuldigt, ihre Pflegeeltern in der rohesten Weise mißhandelt zu haben. Mit einem Stock oder einem anderen harten Gegenstand schüttelte die Rabenmutter das Kind brutal. Nachbarn, die durch das Geschrei des bebauerten Kindes schließlich auf das Treiben der Angeklagten aufmerksam wurden, nahmen sich der Kleinen an und erstatteten gegen Frau S. Anzeige. In der gestrigen Verhandlung behauptete die Angeklagte, das Kind sei nicht „mißhandelt“ gewesen und habe aus diesem Anlaß viel zu schaffen gemacht. Sie will das Pflegekind nur einmal geschlagen haben. Aus dem Gutachten des ärztlichen Sachverständigen, Dr. Waldheim, der das mißhandelte Kind untersucht hatte, geht jedoch hervor, daß die kleine Erna häufig mißhandelt worden ist. Die breiten Strichen, die der Körper aufwies, zeugten dafür. Auch das Gesicht wies Spuren schwerer Mißhandlungen auf. Die Angeklagte wurde zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

### Erstverurteilung der Rechtsfindung.

Wegen Uebertretung des Hausversteuergesetzes hatte das Landgericht Breslau den Angeklagten J. zu einer Geldstrafe von 192 Mark verurteilt. Die Regierung zu Breslau, die dem Verfahren beigetreten war, legte Revision ein zugunsten des Angeklagten. Sie machte geltend, daß J. nach Lage des Falles nur zur Hälfte der Strafe verurteilt werden könne. — Das Kammergericht hatte nunmehr die Frage zu entscheiden, ob die Regierung als Nebenklägerin überhaupt berechtigt sei, zugunsten des Angeklagten Revision einzulegen.

Das Kammergericht verwarf die Revision der Regierung als unzulässig und führte aus: Entgegen einer Entscheidung des Reichsgerichts nehme das Kammergericht an, daß der Nebenkläger nicht zugunsten des Angeklagten die Revision einlegen könne. Wenn sich, wie hier, die Verwaltungsbehörde dem Verfahren angeschlossen habe, dann habe sie die Rolle der Nebenklägerin, und als solche habe sie die Rechte des Privatklägers. Für diesen komme nun in Betracht der § 430 der Strafprozeßordnung, wo es heißt: Dem Privatkläger stehen die Rechtsmittel zu, die im Verfahren auf Erhebung der öffentlichen Anklage der Staatsanwaltschaft zustehen. Nun sei allerdings richtig, daß nach § 343 desselben Gesetzes jedes von der Staatsanwaltschaft eingelegte Rechtsmittel die Wirkung habe, daß die angefochtene Entscheidung auch zugunsten des Angeklagten geändert oder aufgehoben werden könne. Hier sei aber nur von einer Wirkung des Rechtsmittels der Staatsanwaltschaft die Rede, während § 430 lediglich von der Einlegung des Rechtsmittels spreche. Wenn dem Privatkläger das Recht hätte zugestanden werden sollen, auch zugunsten des Angeklagten ein Rechtsmittel einzulegen, dann würde das im § 430 ausgedrückt worden sein. Der § 430 würde dann nicht bloß von der Einlegung des Rechtsmittels sprechen, sondern auch von der Wirkung und würde ausdrücken, daß dem Rechtsmittel des Privatklägers dieselbe Wirkung innewohnen solle, wie dem Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft. — Demnach stehe der Regierung nicht das Recht zu, zugunsten des Angeklagten das Rechtsmittel einzulegen, wenn gleich sie dem Verfahren beigetreten war.

Diese Entscheidung dürfte gar zu sehr auf das formelle Recht achten, ohne zu berücksichtigen, daß der Antragstellerin doch auch die Möglichkeit zustehen muß, zugunsten des von ihr Verfolgten einzutreten.

### Revision Colander verworfen.

Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision des früheren Hausvaters der Bismarck-Bildnis, Friedrich Wilhelm Colander, der am 30. Oktober v. J. vom Schwurgericht Altona wegen Verleitung mehrerer Fürsorgeglinge zum Weineß unter Anrechnung der wegen Körperverletzung auferlegten Gefängnisstrafe von acht Monaten zu einem Jahre sechs Monaten Jugendhaus verurteilt worden war.

## Vermischtes.

### Das Hochwasser.

Der Rhein und der Rodar sind, wie aus Mannheim gemeldet wird, in verflorenen Nacht wiederum sehr erheblich gestiegen. Der Wasserstand des Rheins war gestern früh 6,28 Meter, der des Rodars 6,45 Meter. Der Rodar ist über die Ufer getreten. Eine Meldung aus Köln vom gestrigen Tage besagt: Der Rhein ist hier heute vormittag nur noch wenig gestiegen, der Pegelstand betrug mittags 6,40 Meter. Aus Koblenz und vom Oberlauf des Rheins wird ein Fallen des Wassers gemeldet, während es bei der

Redaktion noch gestiegen ist. Die Kofel ist im Laufe der Nacht um 14 Zentimeter gefallen.

Wassersgefahr in Paris.

Aus Paris wird gemeldet: Genietruppen errichteten gegenüber der Nationalbrücke und der Tolbiacbrücke einen Damm von 90 Zentimeter Höhe. Zwei Wohnhäuser in der Rue Villot, welche einzustürzen drohten, wurden geräumt.

Nach einer Meldung aus Reims ist infolge der starken Schneefälle und Regenfälle die Marne in den letzten 24 Stunden um 52 Zentimeter gestiegen.

Bei einem Automobilunglück verbrannt.

Wie aus Bordeaux gemeldet wird, stürzte gestern ein von dem Sportmann v. Mumm gelenktes Automobil um, als es einem Wagen ausweichen wollte.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 20. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die preussische Wahlrechtsvorlage.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen.

Witterungsübersicht vom 10. Februar 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag.

Wetterprognose für Freitag, den 11. Februar 1910. Bärmer, vorwiegend kräbe mit Niederschlägen und sehr lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 11. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Don Juan. Königl. Schauspielhaus. Strandbäder.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Freitag 8 Uhr: Im Firnenglanz des Ober-Engadin.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr zum 50. Male: Der Graf von Luxemburg.

Volks-Oper. SW., Belle-Alliance-Strasse Nr. 72. Anfang 7 1/2, 9 Uhr.

Die Afrikanerin. (Kaiserabonnement.)

Residenz-Theater. Direction: Richard Alexander. Abends 8 Uhr.

Im Taubenschlag. Schwan in 3 Akten von Heinequin und Weber.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Metropol-Theater. Volksschauspiel in 4 Akten v. Rosenthal. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Hünkel und Gretel.

Hallo!!! Die große Revue! In 8 Bildern von Jul. Freund.

Apollo Theater. 8 Uhr: Die neuen Spezialitäten. 8 1/2 Uhr: Sum 7. Male: Der Liebeswalzer.

Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Hohe Politik. Morgen: Pension Schöller.

Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der Philosoph von Sanssouci.

Der Philosoph von Sanssouci. Morgen und folgende Tage: Der Philosoph von Sanssouci.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die gefährliche Frau.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Freitag, den 11. Februar, 8 Uhr: Die Jungfrau von Orléans.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Gib mich frei.

Gib mich frei. Schauspiel in 5 Akten nach einer Erzählung von Courtes-Bähler von Ernst Ritterfeldt.

Original-Island-Glima-Truppe. Isländische Kampfspiele.

Palast-Theater. Direction: Robert Dill & Karl Pirnau. Burgstraße 24, am Sühndol Bock.

Der Liebeswalzer. Operette in 3 Akten. Musik von E. W. Rehrer.

WINTERGARTEN. Neues Programm! Robert Steidl. Der Vampyr-Tanz.

Städt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 13. Februar 1910: Novität! Einjährig-Unfreiwillig.

Reichshallen-Theater. StettinerSänger. Der Nachtwächter von Zerpenschlense.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 13. Februar 1910: Novität! Einjährig-Unfreiwillig.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Gussy Holl Lamborg Schneider Duncker.

Volgt-Theater. Gebuldrunnen Hofstr. 53. Freitag, den 11. Februar 1910: Große Benefiz-Vorstellung für Karl Baumolster.

Reichshallen-Theater. StettinerSänger. Der Nachtwächter von Zerpenschlense.

Volgt-Theater. Gebuldrunnen Hofstr. 53. Freitag, den 11. Februar 1910: Große Benefiz-Vorstellung für Karl Baumolster.

Volgt-Theater. Gebuldrunnen Hofstr. 53. Freitag, den 11. Februar 1910: Große Benefiz-Vorstellung für Karl Baumolster.

Schiller-Theater (Wallner-Theat.). Freitag, abends 8 Uhr: Der Pfarrer v. St. Georgen.

Schiller-Theater (Charlottenburg). Freitag, abends 8 Uhr: Geschäft ist Geschäft.

Schiller-Theater (Charlottenburg). Freitag, abends 8 Uhr: Geschäft ist Geschäft.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114. Täglich im großen Saal: Bockbierfest in den bayerischen Alpen.

Brauerei Friedrichshain am Königstor. Heute Freitag: Eilttag. Damen-Schönheits-Konkurrenz.

Schorsch Ehrengreber. mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.

Unionsbrauerei. Hasenheide 22-31. Sensationen über Sensationen sowie tägliche Neuheiten bietet das einzige Original Münchener Bockbier-Fest.

I. Großer Konfektionsabend. Die ganze Berliner Konfektion hat freien Eintritt.

Herrnfeld Theater. Kommandantenstr. 57. I. u. 4. 5083. Sum 3. Male: Eine Übergangs-Ehe.

W. Noacks Theater. Trautenau 16, am Rosenfelder Tor. Abends 7 1/2 Uhr: Die Anna-Lise.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Schiller-Theater (Charlottenburg). Freitag, abends 8 Uhr: Geschäft ist Geschäft.

Schiller-Theater (Charlottenburg). Freitag, abends 8 Uhr: Geschäft ist Geschäft.

Schiller-Theater (Charlottenburg). Freitag, abends 8 Uhr: Geschäft ist Geschäft.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114. Täglich im großen Saal: Bockbierfest in den bayerischen Alpen.

Brauerei Friedrichshain am Königstor. Heute Freitag: Eilttag. Damen-Schönheits-Konkurrenz.

Schorsch Ehrengreber. mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.

Unionsbrauerei. Hasenheide 22-31. Sensationen über Sensationen sowie tägliche Neuheiten bietet das einzige Original Münchener Bockbier-Fest.

I. Großer Konfektionsabend. Die ganze Berliner Konfektion hat freien Eintritt.

Herrnfeld Theater. Kommandantenstr. 57. I. u. 4. 5083. Sum 3. Male: Eine Übergangs-Ehe.

W. Noacks Theater. Trautenau 16, am Rosenfelder Tor. Abends 7 1/2 Uhr: Die Anna-Lise.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 18-20, Rosenthal-Tor. Anfang 8 Uhr: Neue Spezialitäten.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Busch. Heute Freitag, 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Komischer Gala-Abend.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentl. gr. Vorstellung.

Zirkus Schumann. Freitag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Au

# Sechster Wahlkreis

Freitag, den 11. Februar, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr:

## Öffentliche Frauen-Versammlung

in der Berliner Bockbrauerei, Abt. II, Chausseest. 64.

Tages-Ordnung:

### Die preußischen Frauen im Wahlrechtskampfe.

Referentin: Frau Luise Zietz. — Freie Diskussion.

224/20\*

Der Vorstand. S. N.: Frau Maria Rudolph, Müllerstr. 7.

## 6. Wahlkreis.

Sonntag, den 13. Februar, abends 6 Uhr, bei Raabe, Kolberger Straße 23:

## Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung:

Vortrag des Genossen Albrecht Fülle über:  
„Moderne Raubritter.“

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Einberufer: E. Ernst, Böhlerstraße 9.

Nach der Versammlung:

225/1\*

### Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

## Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

### Achtung! Kollegen! Achtung!

Die zu Sonntag, den 13. Februar, mittags 12 Uhr, geplanten öffentlichen Versammlungen der Bauhilfsarbeiter von Berlin und Umgegend finden wegen der Wahlrechts-Versammlungen an diesem Tage nicht statt, sondern acht Tage später. Die Lokale werden im Laufe der nächsten Woche im „Vorwärts“ bekanntgegeben.

Der Zweigvereinsvorstand.

## Zentral-Krankenkasse

### der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure

Deutschlands.

### Grundstein zur Einigkeit.

Die Mitgliederversammlung am Sonntag, den 13. Februar, fällt aus. Dafür findet dieselbe am Sonntag, den 20. Februar, im Lokale von Herrn Jannasch, Inselstraße 10, vormittags 10 Uhr, mit der bekannten Tagesordnung statt.

Die örtliche Verwaltung.

# Hosen-Woche

Schluß: Morgen Sonnabend.

Außergewöhnl. billige Preise

## Tausende Hosen

erheblich unter regulären Preisen.

I. Serie.....	Jede Hose	2.95 M.
II. Serie.....	Jede Hose	4.50 M.
III. Serie.....	Jede Hose	4.95 M.
IV. Serie.....	Jede Hose	7.50 M.
V. Serie.....	Jede Hose	9.— M.

Tadellose Stoffe  
Gute Verarbeitung

Knaben-Stoffhosen Größen 1 bis 6 zum Einheitspreise von 65 Pf.  
Rest-Hosen am Stoffresten der Maßabteilung gearbeitete Hosen ..... spottbillig

# BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für gute Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30

11 Brückenstraße 11

Gr. Frankfurterstr. 20

Schöneberg, Hauptstr. 10

\*Der Haupt-Katalog (Neueste Moden) kostenlos und portofrei.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Die Ortsverwaltungs-Sitzung fällt heute aus.

Die Kollegen werden ersucht, die Notiz im gewerkschaftlichen Teil zu beachten.

## Vergolder.

Montag, den 14. Februar, abends 8 Uhr:

### Branchen-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58-59.

Tages-Ordnung:

1. Die Frauen im Kampf und Dasein. Referentin: Genossin Fräulein Hanna. 2. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Die Frauen werden ersucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Sonntag, den 13. Februar, abends 6 Uhr:

### Öffentliche Versammlung

aller in der

## Jalousien-Branche

beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen bei Voeker, Weberstraße 17.

Tages-Ordnung:

Unsere nächsten Aufgaben. — Die Grundlagen eines neuen Tarifs. Die Antwort der Arbeitgeber.

Referent: Kollege Rosemann.

Da die Tagesordnung von bedeutender Wichtigkeit ist, erwarten wir von unseren Kollegen, deren Frauen und Kolleginnen, wenn sie an den gegenwärtigen Vorkommnissen und der wirtschaftlichen Lage in der Jalousienbranche Interesse haben, einen recht regen Besuch, zumal die gegebenen Verhältnisse die Einführung eines neuen Tarifs ermöglichen.

Die Kommission.

## Branche der Einseher.

Sonntag, den 13. Februar:

Abf. 4<sup>1/2</sup> Uhr. Winter-Vergnügen Abf. 4<sup>1/2</sup> Uhr.

bei Voeker, Weberstraße 17.

Billetts a 50 Pf. sind bei den Bezirksleitern zu haben.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Kommission.

Die Bezirksversammlungen der Einseher am 13. Februar fanden wegen des Vergnügens pünktlich um 9 Uhr an und werden um 11 Uhr wegen der politischen Versammlungen geschlossen.

Die Branchenkommission.

## H. Pfau, Bandagist

Berlin, Direksenstraße 20

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidenten. — Amt VII, 13790.

Für Damen Frauen-Bedienung.

Referent für alle Krankenkassen.

## Möbelfabrik Zukunft

G. m. b. H.

Fortsetzung d. Generalversammlung

vom 6. Februar 1910

am Sonntag, den 27. Februar,

mittags 2 Uhr, im Lokal von Licht,

Gubener Str. 5: Statutenänderung.

Der Vorstand.

## Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin.

Geschäftsstelle Berlin O. 54, Mühlstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518

Die für Sonntag, den 13. Februar, anberaumte Generalversammlung ist der Parteiversammlungen wegen auf Dienstag, den 15. Februar 1910, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal, verlegt.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht vom 4. Quartal 1909. 2. Jahresbericht pro 1909. 3. Wahl der gesamten Ortsverwaltung und der Revisoren. 4. Organisationsangelegenheiten.

Mitgliedskarte legitimiert zum Eintritt.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.

NB. Am Sonnabend, den 19. Februar, findet im Lokal „Neue Welt“, Gatenbeide 108/114, unser diesjähriges Hippenfest statt.

D. D.

## Tischlerverein, E. H. 89.

Sonnabend, den 12. Februar,

abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Melchiorstr. 15:

### Versammlung.

Vortrag des Herrn W. Hampel

über „Vollberziehung“. Verschiedenes.

Billettausgabe zu dem am 26. Februar

in „Sandsouci“ stattfindenden Rosenball.

Der Vorstand.

Die Firma Barbier- und Friseur-

Genossenschaft „Vorau“, eingetragene

Genossenschaft mit beschränkter

Haftung, hat sich aufgelöst. Die

Gläubiger der Genossenschaft werden

angefordert sich zu melden.

Berlin, 21. Januar 1910.

Barbier- und Friseur-Genossen-

schaft „Vorau“,

eingetragene Genossenschaft mit be-

schränkter Haftung,

in Liquidation.

Paul Liere. Otto Wermke.

Julius Langner. 103/11\*

## Blumen- und Kranzbinderei

von Robert Meyer,

am Mariannen-Straße 2.

## Verband der Sattler und Portefeullier.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Militärsattler! Achtung!

Sonnabend, den 12. Februar, abends präzise 5<sup>1/2</sup> Uhr,

im „Englischen Garten“:

### Außerordentl. Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Das Verhalten der Fabrikanten zu unseren

Forderungen und unsere weitere Stellungnahme.

2. Diskussion.

Da nur die Fabrikanten Stadel und Wiedermann,

deren Lohn- und Arbeitsbedingungen schon immer vorteilhaft

von denen der übrigen Fabrikanten abwichen, unsere

Forderungen anerkannt haben, so gilt es für die übrigen

Betriebe Beschlässe zu fassen, durch welche auch dort unsere

Forderungen verwirklicht werden.

Kein Kollege darf die Versammlung versäumen.

Die Branchenleitung.

156/6

## Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend.

Eingeschriebene Hilfskasse No. 118. — Bureau: C. 54, Steinstraße 89 I.

Sonntag, den 13. Februar, vormittags 10 Uhr,

bei Wille, Brunnenstraße 188:

### Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresabrechnung, Revisionsbericht, Vorstands- und Ausschussbericht.

2. Ergänzung des Vorstandes: erster Vorsitzender, zweiter Stellvertreter, eines

Beisitzers und vier Ersatzmänner, Wahl des Ausschusses und vier Ersatz-

männer.

3. Wahl eines Hilfskassierers für Friedrichshagen.

4. Innere Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Der Vorstand. S. N.: G. Meißner.

03/1\*

## Selowsky's

# Bolero-Cigaretten

**bleiben unübertroffen!**

mit Mundstück ohne Mundstück Goldmundstück

## 10 Stück 20 Pfg.

Verleih-Institut:  
Friedrichstr. 115/1, a. Ordng.  
Tor. Weg. Franz, Gehrad  
150, Seite 100, Seite 303f.

Sobald erschienen!  
Die Städteordnung  
für die sechs östlichen  
Provinzen der preussischen  
Monarchie.  
Erdreut von Paul Hirsch.  
Preis gebunden 3 Mark.  
Expedition des „Vorwärts“  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Stadtverordneten-Versammlung.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 10. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Michelot eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr und veranlaßt zunächst die Einführung des an Stelle des Dr. Mugdan neu gewählten Stadtv. Geh. Sanitätsrats Herzberg (A. L.), der dann auf die Städteordnung verpflichtet wird.

In den Ausschuss für die Vorbereitung der Neuwahl eines unbesetzten Stadtrats (für v. Friedberg) sind unter anderem von der sozialdemokratischen Fraktion deputiert Borgmann, Druns, Singer.

In erneuter Ausschussberatung ist die Vorlage wegen der Krananlage der Ziegeltransport-A.-G. am Hafenplatz erörtert worden. Es wird jetzt folgende Beschlusfassung vorgeschlagen:

Die Versammlung erklärt nachträglich ihre Zustimmung zu der erfolgten Einrichtung der Krananlage. Gleichzeitig erlucht die Versammlung den Magistrat, die Genehmigung für die übrigen bereits errichteten Krane nicht auf länger als auf drei Jahre zu erteilen, sowie etwaige neue Krane der Gesellschaft vorläufig nicht zu konzessionieren.

Ein Gegenantrag der Soz.-fortsch. Fraktion will die Genehmigung zum Betriebe für 1910 und 1911 gestatten und fordert außerdem, daß die Uebernahme der Anlagen in städtische Regie in Betracht gezogen werden soll.

Referent Stadtv. Oberland (A. L.) betont, daß im Ausschuss allseitig die Ansicht vorherrschte, ein Monopol der Gesellschaft auf alle Krane zu verhindern; man glaube, mit den vorgeschlagenen Kranten dieses Ziel erreichen zu können.

Stadtv. Warm (Soz.): Wenn auch diese Krananlage nur ein Teil dessen ist, um was es sich bei unserer Genehmigung handelt, so ist es doch der bedeutendste Teil, nämlich der Teil der Krane, welche den Ziegelhandel mit der Ziegelproduktion verbindet, so daß der Berliner Markt von der Gesellschaft beherrscht werden kann, wenn dieses Mitglied in die Krane eingeschaltet wird.

Hier bedarf sich einmal der Standpunkt der Referenten gegen die Vorlage, das Privatinteresse der Kleinschiffer, die Stellungnahme der Kranten der Kaufmannschaft mit dem Interesse der Gemeinde, weil doch die Konzessionierung der Krananlage und die damit in Aussicht stehende Monopolisierung des Ziegelhandels hier zu sehr übertriebenen Ziegelpreisen führen kann, die auch das Bauwesen Berlins empfindlich beeinträchtigen könnte.

Das brandenburgische Ziegelgewerbe hat ja tatsächlich in der Zwischenzeit ein Syndikat gebildet; die letzte Wirkung davon muß eine Verteuerung des Brennens sein. Auch der Preis des Ziegels ist in den letzten Jahren um 50 Proz. gestiegen. Das Interesse der Hausbesitzer wie der Mieter ist gleichmäßig durch diese Anlage gefährdet. Es ist auch im Ausschuss nicht der geringste Grund vorgebracht worden, warum die Stadt nicht sofort von ihrem Rechte Gebrauch machen soll und die von der Verkehrsdeputation erteilte Genehmigung zurücknimmt und sofort in Verhandlung über die Uebernahme in städtische Regie eintritt.

Die Krananlage ist eine feststehende und ihre Arbeitsweise lediglich im Interesse einer großen Firma, während die Kleinschiffer meist in der unangenehmen Lage sind, Ziegel für mehrere Abnehmer in einem Krane verfrachtet zusammenzubringen, die sie nicht gleichzeitig abladen können; sie sind daran interessiert, zunächst einen Teil auszuladen und später einen anderen, so daß inzwischen ein anderer Krane an den Krane herankommen kann. Das ist aber nur möglich bei einem Krant, nicht bei einem feststehenden Krane. Es ist also nicht ein Zufall, daß hier entgegen den sonstigen Gepflogenheiten der Technik ein feststehender Krane errichtet wurde, sondern ein weiteres Mitglied in der Krane der Krane jener Gesellschaft, den Krane in ihrem Interesse voll auszunutzen zu können und die anderen Interessenten warten zu lassen oder ihnen alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Nachdem dem Großbetriebe durch das Vorstehende eine außerordentliche Begünstigung zuteil geworden ist, wird diese durch eine solche Art der Anlage zu Ungunsten der Kleinschiffer nur noch gesteigert. Neben diesen wirtschaftlich-technischen Gründen, welche uns zur strikten Ablehnung des Magistratsantrages veranlassen, betonen wir noch, daß wir kein Verzeihen dafür schaffen wollen, daß Krane der Stadt einer Privatgesellschaft in die Hand gegeben werden. Ganz zufällig, nämlich durch die Verhandlung über die Zeitungs-Affäre, sind wir gewarnt worden, sonst hätten wir von der ganzen Sache nichts erfahren, zumal sich die Interessentenkreise viel zu spät an uns gewendet haben, weil zu spät ihre Rechte geltend zu machen gesucht haben. Warum soll denn die Stadt nicht in der Lage sein, einen solchen Krane zu übernehmen, wo andere Städte das längst getan haben? Was soll der Antrag Karzoff? Zwischen ihm und dem Magistratsantrage ist ja kaum ein Unterschied. Wozu die Genehmigung auch noch für zwei weitere Jahre? Das bedeutet höchstens einen Unterschied von einem halben Jahre gegen den Magistratsvorschlag. Ist ein solcher Krane erst ein paar Jahre in Gang, so kann er soviel Anteil an den Kleinschiffern und dem Ziegelhandel angerichtet haben, daß es nachher ganz gleichgültig ist, was hier beschlossen wird, wenn die Einrichtung Monopol einer Kapitalistengruppe geworden ist. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Barth (A. L.): Es ist sehr bedauerlich, daß die ganze Sache jetzt so verfahren ist. Es handelt sich hier nicht um die Kleinschiffer allein, sondern es liegt hier schließlich eine Erdröschung des Berliner Ziegelhandels und in der Konsequenz eine Katastrophe für den Berliner Baumarkt vor. Eine kapitalistische Gesellschaft hat bereits eine Flottille von 120 Kränen gebaut; das schließt schon von Hause aus die Beteiligung anderer Interessenten aus. Wie der Verkehr auf den Wasserstraßen frei ist, sollte man ihn auch frei halten an den Anlegeplätzen, die Verkehrszielen dienen. Den Zeitpunkt, wo man die Ueberführung in die städtische Regie vornehmen kann, muß man so kurz wie möglich bemessen. Ich möchte retten, was noch zu retten ist, und beantrage deshalb, die Frist auf nur ein Jahr zu bemessen. Ich persönlich wäre am liebsten für sofortige Verstaatlichung im Sinne der Sozialdemokraten.

Stadtv. Alberti: Die Verkehrsdeputation hat die Aufgabe und das Recht für das Böhse und Boshafte in Berlin zu sorgen und alle bezüglichen Anlagen zu genehmigen und zu fördern. Auf diese Ermächtigung hin haben wir schon eine Reihe solcher Krananlagen genehmigt. Nachdem inzwischen der Wunsch der Versammlung, bei solchen Anlagen vorher ihre Zustimmung zu geben, geäußert war, sind wir sofort diesem Wunsch entsprechend verfahren; in lokalster Weise ist vereinbart worden, daß der Krane wieder abgerissen werden muß, wenn die Versammlung die Genehmigung nicht erteilt. Mit der Verstaatlichung will man den Schaden abheben, die für die Zukunft befürchtet werden. Wir werden aber damit nichts erreichen. Wir sind auch nicht in der Lage, die Tarife festzusetzen; die bekommen wir diktiert. Diese Gründe lassen es als höchst bedenklich erscheinen, diesen Teil selbst in die Hand zu nehmen und zu glauben, daß wir damit die ganze Situation beherrschen. In der Verkehrsdeputation waren früher keine Bedenken geltend gemacht worden; man dachte dort sogar an einen längeren Vertrag. Jetzt haben wir uns auf 3 Jahre beschränkt, und ich verstehe nicht, warum der Deputation Mißtrauen entgegengebracht wird.

Stadtv. Deutsch (Soz.-fortsch.): Alle diese Ausführungen können unsere sozialen Bedenken nicht beseitigen. Nachdem nun einmal eine Anzahl Krane — zu unserem Bedauern — konzessioniert sind, kann man sich nicht auf den Standpunkt der äußersten Linken stellen: „Weg damit!“ Die Verantwortlichkeit dafür, daß sie wieder

beseitigt werden, wollen wir nicht übernehmen. Wir schlagen vor, die Frist nur auf die Jahre 1910 und 1911 zu erstrecken.

Stadtv. Fischer (Fr. Fr.): Wir werden für die Vorlage stimmen. Solche Verkehrsrichtungen müssen stets den modernsten Anforderungen entsprechen. Wir kommen mit der Anlage ohnehin 20 bis 30 Jahre zu spät. Für das Ausladen gilt ein Tarif, den drei Minister genehmigen müssen; die Gesellschaft wird also nicht so leicht hohe Sätze festsetzen dürfen. Im übrigen ist bis heute noch kein Unternehmen, das sich bewährt, ohne Konkurrenz geliebt; das wird eventuell auch hier geschehen, und die Krane werden auch hier nicht in den Himmel wachsen. Mit der Zeit freilich wird die Kleinschifferei darunter leiden.

Stadtv. Dove (A. L.): Der größte Teil meiner Freunde stimmt für die Ausschussvorlage. Wir sind auch keine Freunde von Monopolen, aber dieser Krane ist sicher nicht die Geburtskammer für ein Ziegeltransportmonopol. (Heiterkeit.) Die Verkehrsdeputation hat keinen Staatsverstoß begangen, sondern durchaus nach ihrer Kompetenz gehandelt.

Stadtv. Barth: Es handelt sich hier in der Hauptsache nicht um den Steintransport, sondern um den Steinhandel. Will die Gesellschaft florieren, so muß sie den Steinhandel in die Hand bekommen. Ich will nicht, daß die Gesellschaft erst schlaff wird; hat sie die 3 Jahre hinter sich, dann ist sie in Permanenz erklärt.

Stadtv. Gohs (Soz.): Ueber den technischen Fortschritt sind wir alle einig, denn auch wir wollen den technischen Fortschritt absolut nicht ablehnen. Einig sind wir auch darüber, daß ein Monopol für die Ziegeltransport-Aktiengesellschaft verhindert werden soll; nur darüber besteht Streit, ob die Vorlage die Gefahr des Monopols näher rückt. Wenn Herr Dove meinte, es handele sich bloß um den einen Krane, so ist das ungefähr dieselbe Methode, die das Mädchen befolgte, als sie auf den Racourf, daß sie ein uneheliches Kind habe, erwiderte: „Ja, aber nur ein ganz kleines.“ (Heiterkeit.) Nach drei Jahren wird es heißen: „Ja, wir haben einmal die Sache verlängert, wir sie weiter auf 3 oder 5 Jahre, und so wird es dann weiter gehen.“ (Widerspruch.) Stadtv. Alberti meint, die Gesellschaft könne das Monopol gar nicht an sich reißen. Das stimmt nicht mit den Tatsachen. Jeder der Transportkrane der Steinhandels-Gesellschaft hat 40 000 bis 41 000 Steine. Der Kleinschiffer rechnet mit 800 Tagen im Jahre, ich will die Gesellschaft nicht günstiger stellen, nehme auch für sie 800 Tage an, das ergibt 12 Millionen Steine. 120 Kräne sind vorhanden, macht 1440 Millionen Steine. Der ganze Bedarf Berlins an Mauersteinen beträgt jährlich zwei Milliarden; sie kann also schon jetzt annähernd 2/3 des Bedarfs heranschaffen, wenn sie genügend Ausladeplätze hat. Sie kann ja auch die Zahl der Kräne vermehren. Das Unternehmen ist zudem nicht von irgend einem Belieben begründet, sondern von der A. G. und von Siemens u. Halske, und es ist sehr auffällig, daß diese beiden Unternehmungen, die sonst Konkurrenten sind, sich hier zu jammergehen haben. Lediglich ihrem Einfluß und ihren

guten Beziehungen zum Kriegsminister ist es zu danken, daß die Ziegeltransport-Aktiengesellschaft das Vorstehende bekommen hat. Es handelt sich hier also nicht bloß um die Umbahnung eines verlustreichen Geschäfts, wie des Ziegelhandels. Das Ziegelhandelsgebiet für Berlin umfaßt eine Menge Stellen nicht weit von Berlin, aber von sehr verschiedener Beschaffenheit. Die Gesellschaft hat jedes Geld der Welt zur Verfügung und wird leicht imstande sein, die Preise für den Berliner Baumarkt zu normieren. Das kommende Monopol ist in der Vorlage nicht nur zu weitern, sondern schon zu greifen. Von einem Mißtrauensvotum ist hier gar keine Rede; hoffentlich wird die Verkehrsdeputation das nächste Mal besser aufpassen.

Stadtv. Alberti: In der Verkehrsdeputation sitzen doch auch die Herren Borgmann und Singer, und die haben die Genehmigung mit beschlossen. Tatsächlich bewilligt die Ziegeltransportgesellschaft nur den dritten Teil des Berliner Bedarfs; diese Angabe ist auch von allen anderen Interessenten als richtig anerkannt worden. Die Ueberführung der Krane in die städtische Regie würde an dem Geschäftsgange der Gesellschaft, an ihrer Macht, ihrem Einflusse nicht das geringste ändern.

Stadtv. Singer (Soz.): Es ist richtig, daß in der Verkehrsdeputation diese Sache ohne erheblichen Widerspruch durchgegangen ist, wenigstens ich schon damals die Anregung der Uebernahme in städtische Regie gab. Dann aber setzte ein Zwischenspiel ein. Zwischen der Magistratsvorlage und der Beratung im Plenum erhielt ich eine Menge neues Material, auf Grund dessen wir Ausschussberatung beantragten. Da haben wir die Genehmigung der Krane mit aller Energie bekämpft und den Uebergang in die städtische Regie gefordert; speziell auf unser Betreiben hat der Ausschuss beschlossen, Erhebungen stattfinden zu lassen bei den Interessenten, und auf Grund der Ergebnisse derselben ist weiter beraten worden. Wir haben gar keine Schwankung gemacht.

Nachdem nochmals Stadtv. Alberti und Stadtv. ordneter Deutsch sich kurz geäußert, wird unter Ablehnung aller Anträge der Ausschussvorschlag angenommen.

Die Vorlage wegen Baues zweier Feldbahnen und wegen Errichtung einer Reihe von Baulichkeiten auf den städtischen Kieslagern überweist die Versammlung einem Ausschuss.

Schluss 7 1/2 Uhr.

Der Kongreß der englischen Arbeiterpartei.

Newport, 10. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Am heutigen Vormittag diskutierte der Kongreß stundenlang den Antrag der Weber und des Hubbardfelder Gewerkschaftskartells, wonach die Kandidaten berechtigt sein sollen, offiziell als sozialistische Arbeiterkandidaten aufzutreten. Die Hauptredner für den Antrag waren der Maschinenbauer Butler und der Schuhmacher Kneeb. Beide sind Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. Wegen den Antrag sprachen der Doctordriver Sexton und der Gasarbeiter Lynch. Der letztere forderte den Kongreß namens des Parteivorstandes auf, den Antrag so entschieden abzulehnen, daß er nimmer wiederkehre, da die Einheit und der Fortschritt der Partei von der Weibehaltung des Titels Arbeiterkandidat abhängig seien. Der Antrag wurde sodann mit 1492 000 gegen 42 000 Stimmen verworfen.

Aus Industrie und Handel.

Die Reichsbank ermäßigte am Donnerstag ihren Diskont um 1/2 Proz. auf 4 Proz. Gleichzeitig wurde der Lombardzinsfuß für Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren auf 5 Proz. herabgesetzt.

Die Bank von England ermäßigte ihren Diskont ebenfalls um 1/2 Prozent auf 3 Prozent.

Große Berliner Straßenbahn. Das finanzielle Ergebnis des Jahres 1909 wird von der Verwaltung als besiedigend bezeichnet. Auf den Bahnhöfen des Unter-

nehmens wurden im Berichtsjahre 306 610 000 Personen gegen 307 200 000 im Vorjahre befördert; die Einnahme aus der Personenbeförderung betrug 37 779 274 M. gegen 37 836 921 M. im Vorjahre. Die Gesamteinnahme einschließlich der auf Betriebverrechnung verbuchten Nebenverträge beläuft sich auf 88 610 757 M. gegen 88 496 352 M. und die Gesamtausgabe auf 21 164 782 M. gegen 21 509 950 M. im Vorjahre. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung ergibt sich für das Geschäftsjahr 1909 einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre ein Reingewinn von 9 222 421 M. (9 048 673 M.), aus dem wieder eine Dividende von 8 1/4 Proz. auf das Aktienkapital von 100 982 400 M. gezahlt werden soll. Für das Geschäftsjahr stellen sich die Obligationentilgungsquoten auf 1 300 600 M. gegen 1 314 100 M., die Obligationenzinsen auf 115 856 M. gegen 102 747 M. im Jahre 1908; die Hypothekenzinsen beliefen sich auf 68 941 M. wie im Vorjahre.

Die Gesamtabreibungen einschließlich der Rücklagen zu den Erneuerungsfonds, der Obligationen-Tilgungsquote und der Abschreibung auf den Geschäftsanteil der Großen Berliner Automobil-Gesellschaft m. b. H. sowie der Rückstellung für die Zehnsteuer betragen 5 302 594 M. gegenüber 4 667 515 M. Die von der Grunderwerbungsan die Stadtgemeinde Berlin und andere Gemeinden vertragmäßig zu entrichtende Abgabe beziffert sich im Berichtsjahre auf 2 640 375 M. gegen 2 650 747 M. im Vorjahre; der vertragmäßige Anteil der Stadtgemeinde Berlin am Reingewinn beträgt 882 789 M. gegen 889 325 M. im Jahre 1908.

Bemerkenswert ist der Rückgang der beförderten Personen. Um so mehr als der letzte Winter für die Straßenbahn sehr günstig war, nicht so viel Störungen und Betriebsausfälle infolge Unwetter zu verzeichnen waren als im Jahre vorher.

Erhöhung der Butterpreise.

Der Verein Berliner Butterkaufleute C. V., der schon mehrfach versuchte, die Butterpreise in die Höhe zu schieben, hat jetzt einen neuen Vorstoß nach dieser Richtung gemacht. Er kündigt eine Erhöhung auf 1,50 M. bis 1,60 M. für das Pfund Tafelbutter an. Bei solchen Preisen wird natürlich noch mehr als bisher nach Ersatzteilen gegriffen werden. Und wenn das in ausreichendem Maße geschieht, dann wird man wohl auf die Preissteigerung verzichten müssen.

Bierzug Prozent Dividende.

Die Aktionäre der Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha Company in Hannover sollen, wie im Vorjahre, wiederum 40 Prozent Dividende erhalten.

Kein Fleisch mehr im Topfe des amerikanischen Arbeiters.

Man schreibt uns aus New York: Die amerikanische Nation steht im Zeichen der Wohlstands gegen die Nahrungsmittelkrisis. Am die Mitte des Januar lag es in Cleveland an. Dort versammelten sich 20 000 Familien mit etwa 80 000 Köpfen schriftlich zur Fleisch-einkaufskomitee, bis die Preise heruntergesetzt seien. Dann sprang die Bewegung auf Omaha, Nebraska über, und darauf war es das Nebraska Trades Council (Gewerkschaftsverband) von Milwaukee, der sozialistischen Hauptstadt Amerikas, das einen Beschluss zugunsten des Wohlstands faßte und zum 15. Februar eine Massenversammlung zu dem gleichen Zweck einberief. Der gewerkschaftliche Zentralkörper Pittsburgs folgte am 20. Januar, indem er einen Fleischboykott von 60 Tagen beschloß. In wenigen Tagen nahm die Bewegung dann riesige Dimensionen an. Bereits eine Woche, nachdem sie in Cleveland eingeleitet war, wurde es in der Presse als sicher bezeichnet, daß eine Million Menschen an dem Boykott beteiligt seien, der sich mittlerweile auf Maryland, Delaware, Wisconsin, Missouri, Iowa, Michigan und Illinois ausgedehnt und auch schon in Pennsylvania, Connecticut und Kansas Fuß faßte. Sowohl aus Pittsburg, wie aus Cleveland wurde am 25. Januar berichtet, daß 125 000 Menschen den Boykott ausgenommen hätten. In New York ärgern die Arbeiter noch, von der unfehlbaren Verminde rung des Fleischgenusses zur organisierten Entlohnung fortzuschreiten; in Chicago wird der Kampf dagegen sehr energisch und nicht ohne Erfolg geführt. In Baltimore wirkt die Federation of Labour in gleicher Richtung mit bürgerlichen Frauenverbänden zusammen. Natürlich konnte der Wohlstand beim Fleisch nicht Halt machen, da ja ungefähr alle anderen Nahrungsmittel ebenfalls enorm verteuert sind, und zwar einschließlich des Brotes. Man hört aus allen Teilen des Landes von Wohlstand gegen den Milch, der Butter, der Eier usw.

Daß der Boykott seine augenblickliche Wirkung auf die Marktpreise nicht verfehlt, ist unleugbar. Die unmittelbare Einbuße im Fleischhandel trifft aber viel weniger den Krust als die unabhängigen Schlächter und Fleischer Händler, denn der Fleischkrust kann die boykottierte Ware in seinen riesigen Schlachthäusern aufbewahren und warten, bis die Arbeiter, soweit sie sich den Luxus noch leisten können, wieder zu seinen Fleischstücken zurückkehren. Der Wohlstand wird dann reichlich wieder eingebracht. Innerhalb der Arbeiterkreise regt sich denn auch bereits eine Reaktion gegen die Wohlstandsidee. Gerade in Cleveland, von wo die Bewegung ihren Ausgang nahm, war es acht Tage später die berufene Vertretung der organisierten Gesamtarbeiterschaft, die gegen den Wohlstand Stellung nahm und den Kampf um höhere Löhne und die Errichtung eines städtischen Schlachthaus als wirksamere Heilmittel bezeichnete. Und die gleiche Körperlichkeit in Toledo erklärte den Wohlstand, insofern er von bürgerlicher Seite geschieht, gar als einen hinterlistigen Versuch, die Arbeiterlöhne zu beschneiden, indem man die Arbeiterschaft an bedürftigere Lebensweise gewöhnt. Zu dieser Auffassung stimmt jedenfalls die verdächtige Begünstigung des Wohlstands durch die großkapitalistische Presse, die freilich nicht durchweg so ehrlich ist, wie die New Yorker Evening Post, die es als das Gute des Wohlstands hinstellt, die Arbeiterfamilien zu überzeugen, daß eine vegetarische Ernährungsweise weit besser ist, als man gewöhnlich glaubt. Bedeutend mächtiger ist schon die Begeisterung dieser Väter über die in einigen Südstaaten in Unlauf gesetzte Massenpetition um zöftrische Einfuhr von Fleisch und die Erhebung eines Ausfuhrzollens. Beide Maßnahmen könnten dem Krust weiter keine Verhinderung machen, wenn keine Erklärung, daß die Ursache der hohen Preise in der Viehmangel liegt, ebenso wahr wäre, wie sie gelogen ist. Die Marktpreise hat von vornherein den auf Kleinbürgerliche Experimente hereinfallenden amerikanischen Arbeitern zugewandt: Kein Hungerstreik! Kampf! Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiter!

Das Beste des Wohlstands ist seine alarmierende Wirkung auf die öffentliche Meinung, der von ihm ausgehende Geist der Empörung gegen das Uebel. Ein deutschbürgerliches Blatt New Yorks zitierte dieser Tage folgendes Eingekündigt des republikanischen Senators Collins von West-Virginia: „Die jetzigen Zustände lassen sich nicht viel länger ertragen, denn die Arbeiterlöhne sind von den Lebensmittelpreisen bereits überholt worden. Das bedeutet, daß die großen Massen nicht mehr menschenwürdig leben können. Wenn eine Familie nicht hungern soll, müssen die Kinder in hartem Alter zur Arbeit gezwungen werden, um verdienen zu helfen. Das ist der Untergang der Zivilisation.“ Daß der Senator, der keine andere als die kapitalistische Zivilisation kennt, nicht zu schwarz sieht, bewies am gleichen Tage folgende bürgerliche Zeitungsidee aus St. Louis: „Die hohen Lebensmittelpreise haben viele Familien gestungen, ihre Kinder anstatt in die Schule zur Arbeit zu senden. Noch nie vorher sind so viele Gesuche um Arbeitszertifikate für Kinder beim Fabrikinspektor eingelaufen und fast in jedem einzelnen Falle als Begründung die herrschende Teuerung angegeben.“ Schlimmere Erfahrungen sollten nicht nötig sein, um ein Volk klug zu machen!

